

(Beginn: 15:45 Uhr - Ende: 20:29 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 41. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie natürlich alle Mitglieder des Rates ganz herzlich.

(Markus Wiener [pro Köln]: Herr Oberbürgermeister!)

- Bitte schön.

Markus Wiener (pro Köln): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. - Ich beantrage für die Fraktion pro Köln eine Unterbrechung der Sitzung, bis alle Mitglieder unserer Fraktion anwesend sein können.

(Lachen bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken)

- Ja, da lachen Sie auch noch dumm. - Wir wurden draußen von bestimmt 20, 30 Linksextremisten tätlich angegriffen. Es gab mehrere Festnahmen, hier vor dem Rathaus. Das sind Weimarer Verhältnisse, verdammt noch mal! So geht es nicht.

Ich beantrage hier in aller Form die Unterbrechung der Ratssitzung, zumindest bis alle Mitglieder unserer Ratsfraktion da sind. Es geht zu in Ihrer Stadt, Herr Oberbürgermeister, dass es wirklich ein Armutszeugnis ist. Das war ein tätlicher Angriff. Die Polizei ist draußen im Großeinsatz. Das waren Linksextremisten, die üblichen Leute, die sonst mit Herrn Ludwig rumhängen usw.

(Lachen bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken)

Das ist wirklich gerade jetzt hier passiert.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Also, Herr Wiener, all diejenigen, die zum demokratischen Spektrum unserer Fraktionen gehören, sind bereits hier. Ich unterbreche die Sitzung, bis die Mitglieder Ihrer Fraktion anwesend sind.

Markus Wiener (pro Köln): Das sind auch gewählte Ratsmitglieder. Die müssen hier auch reinkommen. Ist das etwa ein Freibrief,

(Zuruf: Ruhe!)

dass auch in Zukunft Leute draußen mit Gewalt daran gehindert werden, an den Sitzungen hier teilzunehmen? Das sind doch Weimarer Verhältnisse, Herr Oberbürgermeister! Ich bitte meine Erregung zu entschuldigen. Ich bin selber gerade tätlich angegriffen worden. So geht es nicht, Herr Oberbürgermeister!

(Martin Börschel [SPD]: Die Sitzung wird doch unterbrochen!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir klären ab, wie lange es dauert, bis die übrigen Mitglieder der Fraktion pro Köln hier anwesend sein können. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 15.47 bis 15.52 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie noch einmal ganz herzlich begrüßen. Wir können, da jetzt alle Mitglieder der Fraktion pro Köln anwesend sind, mit unserer Ratssitzung fortfahren.

Bestellung einer weiteren stellvertretenden Schriftführerin für den Rat 0681/2013

Zu Beginn dürfen wir Frau Jennifer Willms als Nachfolgerin von Frau Hoffmann zur weiteren stellvertretenden Schriftführerin wählen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist Frau Willms für die verbleibende Zeit der Wahlperiode als stellvertretende Schriftführerin gewählt. - Vielen Dank für Ihre Bereitschaft!

(Beifall)

Nach den mir vorliegenden Meldungen ist Herr Bosbach heute entschuldigt. Weitere Meldungen gibt es nicht.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Schneider, Herrn van Benthem und Herrn Helling.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich

eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die FDP-Fraktion hat am 13. März fristgemäß einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Schneechaos auf Kölner Straßen“ eingereicht, den wir als Tagesordnungspunkt 1.1 behandeln werden. Ich gehe davon aus, dass alle damit einverstanden sind.

(Ralph Sterck [FDP]: Der Titel der Aktuellen Stunde ist aber länger!)

- Ich sage das nur, um das zügig voranzutreiben. Sie können ja gleich noch etwas dazu sagen. Das ist auch nicht Schnee von gestern.

Ich gehe ebenfalls davon aus, dass alle damit einverstanden sind, dass der Geschäftsführer der AWB Herr Mooren hier heute anwesend ist für den Fall, dass es Fragen an ihn geben sollte.

Jetzt kommen wir zu den Zu- bzw. Absetzungen. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: 4.3, 4.4, 4.5, 6.3.1, 6.4.1, 17.4, 17.5, 17.6 und 18.1.

Abgesetzt werden vonseiten der Verwaltung die Tagesordnungspunkte 10.1, 10.8, 10.11 und 10.16.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich komme dann zu den Dringlichkeitsanträgen. Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor.

Dann kommen wir zur Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, den Tagesordnungspunkt 6.3.1 gemeinsam mit den Punkten 16.1 und 16.2, und zwar unter Tagesordnungspunkt 6.3.1, zu behandeln und dann jeweils getrennt abstimmen. Wir ziehen die Punkte also nach vorn.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Zur Tagesordnung selbst, ja. Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte beantragen, dass der Antrag unter TOP 3.1.3 unmittelbar verwiesen wird in den Ausschuss Anregungen und Beschwerden. Dort liegt ein wortgleicher Antrag der Initiatorengruppe vor. Wir sind der Meinung, dass er erst einmal dort behandelt werden muss, bevor er den Rat erreicht.

Zum Zweiten möchte ich beantragen, unter 10.0 eine Aussprache zu den Grundsätzen für die Werbung im öffentlichen Raum im Zusammenhang mit dem Werbenutzungsvertrag aufzunehmen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gegenrede von Herrn Ludwig?

Claus Ludwig (Die Linke.): Ja, nämlich zu dem Antrag von Herrn Frank, den Antrag zur Vermögensteuer in den Beschwerdeausschuss zu verweisen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir müssen uns hier an Regeln halten!)

Dieser Antrag ist ja vom DGB in den Beschwerdeausschuss eingebracht worden in der Hoffnung, dass er noch während bzw. vor den Haushaltsberatungen diskutiert wird, weil das inhaltlich dazugehört. Die Verwaltung hat darauf nicht reagiert. Ergebnis ist: Er wurde nicht behandelt. Deswegen haben wir ihn heute in den Rat eingebracht. Wenn er jetzt wieder zurückgeht in den Beschwerdeausschuss, können wir dazu nur sagen: Ein politischer Antrag, eine politische Debatte ist kein geschlossener Wertstoffkreislauf nach dem Motto: „Rein in den Beschwerdeausschuss, dann in den Rat, dann wieder zurück und darüber entsorgt“. So geht es nicht. Dieses politische Gremium muss sich der Debatte stellen. Die Sache ist durchaus wichtig für die Haushaltsberatungen.

Es geht um die finanzielle Ausstattung der Kommune. Frau Kämmerin hat gestern selber noch einmal darauf hingewiesen, dass die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen nicht aus eigenen Bordmitteln gelöst werden kann. Es muss Maßnahmen von Bund und Land geben. Das ist schon einer Debatte wert. Deswegen sind wir eindeutig dagegen, dass das auf diese Weise - wie gesagt: abfallartig - entsorgt werden soll.

Wir hatten es so verstanden, dass die SPD durchaus Interesse gehabt hätte, diesen Antrag mit einzubringen. Die Grünen sind auf die Bremse getreten. Nichtsdestotrotz schlagen wir vor, heute eine Debatte zu diesem Antrag zu führen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dann können wir direkt darüber

abstimmen. Wer dem Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Tagesordnungspunkt 3.1.3 in den Beschwerdeausschuss zu überweisen, zustimmt, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen, Herr Hoffmann, die CDU, die FDP.

(Zurufe: Nein!)

Die CDU ist dafür, die FDP nicht. Wer enthält sich? - Enthaltung der Fraktion pro Köln. Damit ist der Antrag so beschlossen.

(Jörg Detjen [Die Linke.] meldet sich zu Wort]

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Aufsetzung eines Tagesordnungspunktes 10.0, Grundsätze für die Werbung im öffentlichen Raum. Wer gegen eine solche vorweggenommene allgemeine Diskussion ist, bitte ich um das Handzeichen. - Niemand. Wer enthält sich? - Damit ist die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 10.0 erweitert.

Herr Detjen, Sie hatten sich gemeldet. Sie wissen aber, wir haben das bereits beschlossen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Ich bitte um eine Stellungnahme vonseiten der Verwaltung, ob es richtig ist, dass der Antrag einer Fraktion ohne inhaltliche Begründung und ohne Diskussion einfach so verwiesen werden kann. Soweit ich die Geschäftsordnung kenne, ist das nicht möglich.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich lasse das prüfen und werde Ihnen gleich eine Antwort geben.

Bitte schön, Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir beantragen, die Punkte 3.1.6 und 3.1.1 aufgrund der ähnlichen Thematik gemeinsam zu behandeln.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wer für diesen Vorschlag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Damit ist er abgelehnt.

Dann lasse ich über die Änderungen der Tagesordnung abstimmen. Wer vor dem Hintergrund der beiden Tagesordnungspunkte, die wir gerade ab- bzw. neu aufgesetzt haben, damit einverstanden ist, dass die Tagesordnung so wie vorgetragen behandelt wird, bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion der CDU, die Fraktion der FDP und Herr Hoffmann. Damit ist die Tagesordnung so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 1.1:

1.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend "Schneechaos auf Kölner Straßen trotz Schneesteuer" AN/0369/2013

Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister! Ich hoffe, Sie hatten einen angenehmen Aufenthalt in Cannes.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es hat geschneit.

Ulrich Breite (FDP): Oh, dort hat es auch geschneit. Ich dachte, dort gäbe es schon frühlingshafte Temperaturen. Dann haben Sie so wie wir hier den Schnee erlebt. Denn wir, die wir zu Hause in Köln geblieben sind, konnten leider von Frühlingstemperaturen nur träumen. Bekanntlich gab es noch einmal einen Wintereinbruch mit Schneefall, wobei das primäre Problem nicht der Schneefall war - so doll war er nun wahrlich nicht -, sondern die Qualität des städtischen Winterdienstes, wenn man hier überhaupt von Qualität reden kann.

(Beifall bei der FDP)

Spötter deuteten darum Ihren Besuch in Cannes, Herr Oberbürgermeister, kurzerhand um in: Selbst der OB flieht vor der AWB.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, was ist passiert? Warum ist die Kölner Bevölkerung so aufgebracht? Die Situation fasst die Pressemeldung des Taxi Ruf Köln unter der Überschrift „Fehlender Winterdienst der AWB

legt Taxiverkehr lahm“ sehr gut zusammen. Ich darf zitieren:

Der heutige Neuschnee war nun wirklich lang genug angekündigt.

Genug Zeit für die AWB, um die nötigen Vorbereitungen zu treffen, denkt man. Aber:

Auch um 9 Uhr schlittert der komplette Autoverkehr über vollkommen geschlossene Schneedecken auf den Hauptverkehrsadern durch Köln.

Das Fass zum Überlaufen nach dem miserablen Winterdienst brachte bei den Kölnern aber die öffentliche Stellungnahme der AWB, die ich mit meinen Worten so zusammenfassen möchte: Wir haben einen guten Job gemacht.

(Beifall bei der SPD)

In Zeiten von Facebook & Co. ist das nicht nur eine dreiste, sondern auch eine leicht zu widerlegende Bemerkung; denn im Sekundentakt posteten und twitterten die Menschen die aktuellen Verkehrs- und Räumungsverhältnisse in Köln, und diese widersprachen der Stellungnahme der AWB eklatant.

(Beifall bei der FDP)

Die Meldungen der sozialen Netzwerkgemeinde bestätigten vielmehr die Kritik des Kölner Taxigewerbes am unbefriedigenden Winterdienst.

Leider hat oder durfte die KVB keine Pressemeldung zum fehlenden Winterdienst herausgeben, denn: Die wahren Helden waren doch die Busfahrer, die Ihre Fahrgäste trotz chaotischer Verkehrsverhältnisse wegen fehlender Schneeräumung und Salzstreuung sicher beförderten. Ein Dank an die Busfahrer der KVB!

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, deren Erfahrungsberichte würden auch den letzten Beschwichtigter verstummen lassen.

Die Kölnerinnen und Kölner sind auch deshalb so aufgebracht, weil Sie, Herr Oberbürgermeister, ihnen einen besseren Winterdienst versprochen haben und für dieses Versprechen die Bürgerinnen und Bürger mit der Schneesteuer als Aufschlag auf die Grundsteuer auch zur Kasse gebeten haben. Die Schneesteuer müssen die Kölnerinnen und

Kölner nun bezahlen, aber die von Ihnen versprochenen Leistungen, Herr Oberbürgermeister, nämlich einen verbesserten Winterdienst bleiben aus. Die Leute fühlen sich betrogen und abgezockt. Wer will ihnen das nach den Erfahrungen in diesem Winter verübeln?

Verschärfend kommt hinzu, dass die Schneesteuer als Aufschlag auf die Grundsteuer zu Mieterhöhungen führt; denn die Erhöhung kann auf die Bruttomiete umgelegt werden. Schlechter Winterdienst und gleichzeitig ins Haus flatternde Mietpreiserhöhungen: Das ist ein echt rot-grüner Wahlkampfhit!

(Beifall bei der FDP und Teilen der CDU)

Auf der einen Seite beklagen die Erfinder der Schneesteuer von SPD und Grünen den hohen Mietpreisspiegel in Köln; auf der anderen Seite gehören SPD und Grüne mit der Einführung der Schneesteuer zu den Mietpreistreibern in Köln. Da hat man wohl den Bock zum Gärtner gemacht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Herr Oberbürgermeister, Sie haben den Menschen einen besseren Winterdienst versprochen. Erhalten haben sie eine Steigerung der Bruttomiete. Wenn Sie schon keinen besseren Winterdienst garantieren können - Sie wollen ja jetzt mit der Umweltdezernentin darüber reden -, dann geben Sie wenigstens den Menschen ihr Geld wieder zurück. Schaffen Sie die Schneesteuer respektive die Grundsteuererhöhung wieder ab! Alles andere wäre eine Irreführung der Bürger. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Ich gebe das Wort der Frau Beigeordneten Reker.

Beigeordnete Henriette Reker: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Breite, Ihr Eindruck wird - jedenfalls nach der Menge der Beschwerden zu urteilen, die uns erreicht hat - nur von wenigen Bürgerinnen und Bürgern geteilt. Es sind wohl überwiegend die Taxifahrer. Nach Prüfung des Sachverhalts kommt die Verwaltung jedenfalls zu dem Ergebnis, dass die AWB sowohl die Wetterlage zutreffend eingeschätzt hat als auch ihren Auftrag

umfänglich erfüllt hat. Die Hauptverkehrsstraßen, bei denen es Probleme gab, weil sie nicht geräumt waren, fallen nicht in unsere Zuständigkeit. Ich finde es gut, dass die Presse das so deutlich herausgearbeitet hat. Eine Koordination mit dem Landesbetrieb wird allerdings angestrebt. Ich glaube auch, dass man, wenn man dies erreicht, Schnittstellen noch etwas beruhigen kann.

Die notwendigen Vorbereitungen auf diesen Schneefall waren getroffen. Alle 60 Fahrzeuge standen zur Verfügung. Dass diese Fahrzeuge bereits auf Sommerbetrieb umgerüstet waren, ist eine Legende, der ich hier deutlich widersprechen möchte. Es waren insgesamt über 100 Mitarbeiter mit 60 Fahrzeugen in drei Schichten im Winterdienst tätig. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Mitarbeitern, die nachts aufstehen und dafür sorgen, dass wir unsere Ziele innerhalb des Stadtgebiets sicher erreichen können, ganz herzlich bedanken. Ich finde, das ist nicht selbstverständlich.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Insgesamt werden in Köln 2 900 Kilometer vom städtischen Winterdienst geräumt und gestreut. Dafür gelten verschiedene Planstufen - das ist Ihnen bekannt -: Die wichtigen Hauptverkehrsstraßen und die Brücken in der Planstufe 1 umfassen 1 800 Kilometer. Verkehrswichtige Nebenstraßen sind der Planstufe 2 zugeordnet; das sind 600 Kilometer. Straßen in Wohngebieten gehören zur Planstufe 3; das sind 500 Kilometer. Für eine Streuung von 10 Gramm Salz auf den wichtigsten Straßen und Brücken in Planstufe 1 - sie fallen in die Planstufe 1, damit die Stadt auf ihren großen Verkehrswegen funktioniert - werden durchschnittlich drei Stunden benötigt.

Am Montagabend setzte leichter Schneefall ein. Diejenigen unter Ihnen, die zu diesem Zeitpunkt unterwegs waren, werden gesehen haben, dass das Begleitgrün und die Straßen ein bisschen überzuckert waren. Von einem Extremwetterereignis konnte jedenfalls wirklich noch keine Rede sein.

(Unruhe bei der FDP - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Die FDP schon!)

Gleichwohl wurden in der Nacht vorbeugend die Rheinbrücken und ebenso die Hauptverkehrsstraßen gestreut. Am Dienstagmorgen begann um 4 Uhr der

Haupteinsatz. Es begann jedoch nicht nur der Haupteinsatz, sondern es begann auch der Schneefall. Was der Oberbürgermeister nämlich nicht versprochen hat, ist, dass es nicht mehr zu Schneefall kommen kann.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir beschließen das!)

- Beschließen kann man ja alles Mögliche. - Wie wir alle erlebt haben, nahm der Schneefall stündlich zu, und das bei Temperaturen von minus 4 Grad. Das führte dazu, dass eine Menge Salz gestreut werden musste, was ein Nachladen der Fahrzeuge erforderlich machte. Und weil das Streuen von 40 Gramm Salz pro Quadratmeter auf Straßen und Brücken der Planstufe 1 ein Nachladen der Fahrzeuge erforderlich macht, war das innerhalb von drei Stunden nicht mehr zu bewältigen - und das zur Hauptverkehrszeit.

Deswegen möchte ich Ihnen auch sofort sagen: Immer dann, wenn umfangreiche Schneefälle mit Verkehrsspitzen zusammentreffen, wird es das Problem geben, dass sich solche Situationen trotz aller Bemühungen, trotz aller Vorkehrungen nicht vermeiden lassen. Die Erwartungshaltung, dass der erweiterte Winterdienst - dieser wird wie der gesamte Winterdienst aus dem städtischen Haushalt bezahlt - in Hauptverkehrszeiten bei starkem Schneefall optimale Verkehrsverhältnisse herstellen kann, ist unrealistisch. Ich möchte an dieser Stelle erst mal schließen, aber wir sind auf Ihre Fragen natürlich vorbereitet.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Falls es noch Fragen geben sollte, steht Herr Mooren zur Beantwortung zur Verfügung. - Der Nächste auf meiner Liste ist Herr Möring.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion über die Einführung einer Schneesteuer haben wir ja vor dem Hintergrund der katastrophalen Ergebnisse, nämlich dem so ziemlich vollständigen Zusammenbruch des Winterdienstes in den Wintern 2010 und 2011, geführt. Wir haben die Einführung dieser Schneesteuer damals kritisiert

und gesagt: Die Grundsteuer um 6 Millionen Euro zu erhöhen, um die zusätzlichen finanziellen Belastungen schultern zu können, egal, ob der Winter kommt oder nicht, ist der falsche Ansatz. - Dass unsere Kritik richtig war, zeigte sich dann im darauffolgenden Winter, als die AWB diese 6 Millionen Euro mehr oder weniger einsacken konnte, ohne eine entsprechende Leistung erbringen zu müssen.

Ich will hier ausdrücklich sagen: Ich glaube wirklich nicht, dass die AWB uns bei diesem Ereignis nur zeigen wollte, dass 6 Millionen Euro nicht genügen, um Köln auf den Hauptverkehrsstraßen einigermaßen schneefrei zu machen. Ich glaube auch nicht, dass die AWB ihren Job extra schlecht gemacht hat. Ich glaube vielmehr, dass die Mitarbeiter all das, was sie tun sollten, auch getan haben, dass sie ihre Räumpläne abgefahren sind, dass sie genug Salz geladen haben. Daran hat es überall nicht gemangelt.

Worin steckt dann der Wurm? Mit der Erhebung der Schneesteuer sollte erreicht werden, dass die Kölner Straßen und Wege bei einer derartigen Witterung einigermaßen zügig freigeräumt werden können, sodass der Verkehr - ob Fußgänger, Radfahrer, Autofahrer, KVB, völlig egal; alle sind betroffen - einigermaßen zügig fließen kann. Jetzt stellen wir fest: Das ist nicht gelungen. Warum ist das nicht gelungen? Irgendwas stimmt am Konzept nicht. Das scheinen mehrere Dinge zu sein. Ich weiß nicht, ob die AWB für eine Region nur einen Räumplan hat, nach dem trotz unterschiedlicher Wetterlagen immer gleich oft gefahren wird. Ich weiß nicht, ob die Einsatzzeit immer um 4 Uhr morgens beginnen muss oder ob sie nicht bei bestimmten Wetterlagen vielleicht auch mal um 3 Uhr beginnen kann.

Ich weiß vor allen Dingen nicht, wie das, was mir ein Journalist erzählt hat, zu verstehen ist. Er hat gesagt: Ich bin in der Nacht auf einem AWB-Fahrzeug mitgefahren. Es war fantastisch. Der Kölner Norden wurde geräumt. Rund um die Müllverbrennungsanlage war alles wunderbar. Morgens um 6 war die Schicht zu Ende. Dann bin ich in mein Auto gestiegen, um nach Hause zu fahren. Vom Kölner Norden bis nach Rondorf habe ich zwei Stunden gebraucht, weil ab Köln-Mitte die Straßen allesamt dicht waren. - Und dann hat er mir auch aufgezeigt, warum, nämlich weil ein Großteil der Straßen - das weiß inzwischen jeder - von der AWB gar nicht geräumt wird. Das ginge ja noch, wenn dort jemand anders räumen würde. Aber dieser „Jemand-anders“ tut das nicht, weil er sagt: Ich

setze andere Prioritäten, bei mir kommt zuerst die Autobahn. - Das hat er zwar an diesem Morgen auch nicht geschafft, wie ich mich selber überzeugen musste; ich habe mir selber diesen Weg freigefahren.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Haben Sie ein Räumfahrzeug?)

- Nein, aber ich habe Winterreifen, dann kann man spüren, vorsichtig zwar, aber es geht.

Das ist aber nur die eine Hälfte der Problematik. Die andere Hälfte ist, dass wir große Strecken in Köln haben, wo alle paar Hundert Meter die Zuständigkeit wechselt. Hier ist die AWB zuständig, dort der Landesbetrieb Straßen.NRW, abhängig davon, ob da Häuser stehen oder nicht, vereinfacht gesagt. Warum ist das vorher eigentlich niemandem aufgefallen? Ich glaube, die Antwort ist einfach: weil der Winterdienst auch früher nie funktioniert hat, und zwar egal, ob von der AWB oder von Straßen.NRW.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich hatte eben gesagt: Irgendwas stimmt am Konzept nicht. Hinzufügen möchte ich: Liebe Frau Reker, bei allem Verständnis, aber es interessiert den Bürger wirklich nicht, wie viel Gramm Salz in welcher Zeit wo ausgebracht wird. Wenn die Politik, wenn der Rat mit seinen Beschlüssen, wenn die AWB mit ihrer Aussage: „So können wir es machen“ dem Bürger verspricht oder auch nur suggeriert, dass man mit diesem Betrag einen Winterdienst unterhalten kann, der seinen Namen verdient, dann aber feststellt, dass dies nicht der Fall ist, muss man am Konzept etwas ändern. Das Mindeste, was man ändern muss, ist: Man muss eine verbindliche Vereinbarung mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW treffen, wer wofür zuständig ist. Der Versuch einer Kooperation, Frau Reker, greift zu kurz. Es ist doch völlig absurd, dass der eine 500 Meter räumt, dann seinen Streudienst einstellt, durch den Schnee fährt, bis er wieder zuständig ist, und dann wieder räumt, das Zwischenstück aber, nur weil die andere Abteilung andere Prioritäten setzt, ungeräumt bleibt. Das muss man abstimmen: Ich mache dies, und du machst das, und fertig ist die Chose.

Ich möchte die AWB bitten, uns darzulegen, mit welchem Konzept sie auf solche Witterungslagen zu reagieren gedenkt. Noch einmal: Das Ergebnis ist das, was zählt. Und das Ergebnis war absolut unbefriedigend. Deswegen muss

hier etwas geändert werden. Dafür braucht man Kreativität und keine Bürokratie.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Brust, bitte.

Gerd Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es war jetzt viel von der Schneesteuer die Rede, obwohl jeder weiß, dass es die gar nicht gibt. Wir haben eine Erhöhung der Grundsteuer beschlossen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Na, na! -
Henk van Benthem [CDU]: Es gibt auch keine Bettensteuer!)

Die Grundsteuer ist, wie Sie wissen, nun mal nicht an einen bestimmten Zweck gebunden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die
Grünen - Henk van Benthem [CDU]:
Das ist schon peinlich!)

Wir haben sie damals beschlossen, damit die Stadt das Geld hat, um Zusatzaufgaben übernehmen zu können. Es stellt sich jetzt die Frage: Sind diese Zusatzaufgaben erledigt worden?

Wir haben vor zwei Jahren erlebt, wie hier wirklich das Chaos herrschte. Wir haben in der Diskussion danach überlegt: Wie kann man möglichst schnell Verbesserungen erreichen? Wir haben - das werden Sie nicht bestreiten, Herr Breite - eine Reihe von Verbesserungen erreicht, die auch in diesem Jahr sichtbar waren.

(Henk van Benthem [CDU]: Solange
kein Schnee lag, gebe ich Ihnen recht!)

- Hören Sie doch einfach mal zu! - Das Chaos in der Abstimmung mit dem Landesbetrieb ist geblieben, weil wir das Problem wegen Verweigerung des Landes nicht lösen können. Schon der damalige Oberbürgermeister Schramma hat versucht, mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW eine Vereinbarung dahin gehend zu treffen, dass zum Beispiel die Auf- und Abfahrten von Autobahnen auf Kosten der Stadt gereinigt werden. Es ist ja nicht so, Herr Möring, dass das niemandem vorher aufgefallen ist. Vielmehr hat schon der Alt-OB versucht, das Problem zu lösen, gerade weil es, wenn die Autobahnen nicht geräumt werden, zu

Rückstaus kommt, die bis in die Stadt hineinreichen. Das hat das Land damals leider abgelehnt. Wir können das Land aber nicht zwingen, auf Kosten der Stadt freiwillig deren Straßen zu räumen.

Was aber gelungen ist, ist eine Absprache innerhalb der Stadt. So gab es vor zwei Jahren noch das Problem, dass das Amt für Straßen und Verkehrstechnik außerhalb von Ortschaften, die AWB aber innerhalb der Ortschaften zuständig war, was zu so absurden Situationen führte, dass die AWB in Pesch streuen musste, den Weg dorthin aber nicht streuen durfte; denn diesen Weg musste das Straßenamt streuen. Das heißt: Beide mussten dieselbe Strecke abfahren. Das ist inzwischen durch Streckentausch geändert worden. Es hat auch in diesem Jahr funktioniert, dass die AWB das aus einem Guss gemacht hat.

Uns als Grüne war damals besonders wichtig, dass bei solchen Witterungsverhältnissen zumindest der öffentliche Nahverkehr funktioniert. Vor zwei Jahren waren ja manche Buslinien tagelang nicht befahrbar, weil die Straßen streckenweise gar nicht geräumt waren. Daraufhin ist geändert worden, dass alle Buslinien in die Kategorie 1 fallen. Damals waren sie zum Teil noch der Kategorie 2 zugeordnet und wurden deshalb erst Tage später geräumt. Heute fallen all diese Strecken in die Kategorie 1, sodass die Buslinien durchfahren konnten.

Das zweite Problem betraf die Schneeberäumung der Bushaltestellen. Das hat das meiste Geld gekostet und führte zur Erhöhung der Grundsteuer. Wir haben damals festgestellt: Es funktioniert nicht, die Beräumung den Bürgern zu überlassen, und haben entschieden: Das muss von der AWB gemacht werden. Die AWB hat aber natürlich nicht das Personal, um selber alle Bushaltestellen möglichst schnell zu beräumen. Deswegen ist die Reinigung der Bushaltestellen an Subunternehmer vergeben worden. Wir können heute feststellen: An den meisten hat es funktioniert; die Bushaltestellen waren sauber. Dort, wo es nicht funktioniert hat, war eine Firma zuständig, die ihre Aufgaben leider nicht erfüllt hat; diese muss man demnächst austauschen.

Ich vermute, dass die KVB an dieselbe Firma geraten ist; denn - das hat mich in diesem Winter am meisten geärgert - die Straßenbahnhaltestellen waren nicht geräumt, zum Teil sogar einen Tag später noch nicht. Und selbst wenn sie bearbeitet worden waren, hieß das lediglich, dass dort einfach unprofessionell

haufenweise Salz gestreut worden war, anstatt ordentlich zu räumen. Wenn aber Salz im Übermaß und völlig unkontrolliert gestreut wird, geht dadurch die Konstruktion der Brücken und der Haltestellen kaputt. Das ist ein Punkt, den wir im nächsten Jahr nacharbeiten müssen.

Was hier gar nicht angesprochen worden ist, ist die Frage: Was ist mit den Bürgersteigen? Die meisten Menschen in Köln sind ja keine Autofahrer. Alle müssen mal ein Stück zu Fuß gehen. Auch die alte Oma muss auf dem Bürgersteig laufen können, um zu dem Geschäft zu kommen, in dem sie einkaufen will. Mir ist aufgefallen, dass immer weniger Hausbesitzer ihrer satzungsmäßigen Pflicht des Bürgersteigräumens nachkommen. Deswegen müssen wir, denke ich, in den Winterdienstplan für das nächste Jahr auch aufnehmen, wie das Ordnungsamt damit umgeht, wenn die Bürger-

(Andreas Köhler: Das ist ja unterirdisch!)

- Bitte?

(Zuruf von Sylvia Laufenberg [FDP])

- Also, Frau Laufenberg, da kennen Sie die Satzung schlecht. Es ist nicht Aufgabe der Stadt, die Bürgersteige zu räumen.

(Zurufe)

Vielmehr müssen alle Hauseigentümer dafür sorgen, dass die Bürgersteige bis morgens 7 Uhr geräumt sind. Das haben sehr viele nicht getan. Man muss also überlegen, wie man das im nächsten Jahr besser organisieren kann.

(Zurufe)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Kommen Sie bitte langsam zum Ende!

Gerd Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Ja. - Ich denke, die Diskussion muss in einzelnen Punkten intensiv geführt werden. Es gibt Punkte, die funktioniert haben, und es gibt Punkte, die noch verbesserungswürdig sind, vor allem auch die Zusammenarbeit mit dem Land. Deswegen sollten wir, denke ich, die Aktuelle Stunde jetzt damit beschließen, den Antrag in den zuständigen Fachausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Wir kommen zu Herrn Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt viel in der Aktuellen Stunde gehört, wobei man davon ausgehen kann, dass dieser lange Winter an sich schon vorbei ist. Wir von der Fraktion pro Köln stimmen in die Kritik mit ein, dass der Winterdienst verbesserungs- und ausbaufähig ist. Wir müssen aber auch feststellen, dass sich der Winterdienst im Vergleich zu den Vorjahren verbessert hat: Viele Straßen waren geräumt. Bei den Bürgersteigen war das noch nicht überall so - das ist eben schon angesprochen worden -; dafür bekommt der Bürger dann eine Knolle. Im umgekehrten Fall aber, wenn der Bürgersteig geräumt ist und die Straße nicht, bekommt die Stadt keine Knolle.

Wir wollen es natürlich nicht bei dieser Aktuellen Stunde belassen. Wir können feststellen, dass alle Fraktionen im Rat Kritik an der AWB äußern - und das, obwohl dafür eine Steuer extra erhöht und keine zweckgebundene Gebühr erhoben wurde. Ich kann mich noch an die Sondersitzung des Hauptausschusses erinnern, in der die Kämmerin wörtlich sagte: Ich brauche Cash. Darum brauche ich eine Steuer, die direkt in den Haushalt fließt. - Selbstverständlich werden Teile dieser Steuer für andere Situationen des Haushalts genutzt worden sein. Davon ist auszugehen, obwohl wir das nicht anhand von Zahlen sagen können.

Ganz konstruktiv, auch als Quintessenz aus dieser Debatte, sagt die Fraktion pro Köln: Wir brauchen anscheinend hier eine Diskussion, ob dieser Winterdienst nicht ausgeschrieben werden sollte. Es gibt in der Tat Städte, die es besser schaffen, ihre Straßen vom Schnee zu befreien. Von daher sollte man eine Diskussion darüber führen, ob das vielleicht durch Privatisierung bzw. Schaffung einer Konkurrenzsituation verbessert werden kann. Die Fraktion pro Köln wird in den nächsten Sitzungsperioden dieses Thema in die Fachausschüsse und gegebenenfalls in den Rat einbringen. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: So weit Herr Uckermann. - Dann Frau Stahlhofen. Bitte schön.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Verehrte vom Winter gebeutelte Leidensgenossen! Zum Glück können wir das Wetter noch nicht im Rat beschließen;

(Beifall bei Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

das ist, wenn überhaupt, Europasache. Hier hat man aber nicht nur beim Wetter versagt. So müssen wir uns halt auf das einstellen, was die Meteorologen uns an Hinweisen anbieten.

Das macht auch der Winterdienst der AWB. Die AWB hat mitgeteilt, dass sie ab 4 Uhr morgens - das ist ja eben noch einmal dargestellt worden - mit 60 Fahrzeugen und 100 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen an den Start geht. Ab 6 Uhr kommen weitere 250 städtische Mitarbeiter dazu. Es wurde ja schon gerade auf die Vielfalt unseres kommunalen Winterdienstes eingegangen. Hinzu kommen noch die Straßenmeistereien, die sich in erster Linie um die Schnee- und Eisbeseitigung der Autobahnen kümmern müssen. Übergreifend zu den Kommunen werden von ihnen in der zweiten Priorität Land- und sogenannte Industriestraßen geräumt.

Ich weiß ja nicht, wann Sie morgen aufstehen. Ich muss manchmal morgens um 4.45 Uhr den ersten ICE nehmen, um nach Berlin zu fahren, just auch an diesem Morgen, als es schneite. Das Taxi, das mich zum Bahnhof brachte, fuhr auf absolut geräumten Straßen. Ich weiß nicht, wo Sie unterwegs waren. An der Stelle ein herzlicher Dank an die AWB dafür, dass mein Taxi auf wunderbar geräumter Strecke fahren konnte.

Ihr Antrag, meine Damen und Herren von der FDP, hat allein in der Überschrift schon zwei Fehler. Dass es sich bei der Grundsteuererhöhung eben nicht um eine Schneesteuer handelt, hat Kollege Brust Ihnen schon ausführlich dargelegt; das kann ich also überspringen. Wenn Sie von „Schneechaos“ schreiben und sprechen, meinen Sie doch tatsächlich und ausschließlich „Autoverkehrschaos“. Dann benennen Sie das doch bitte auch so. Nur, weil in Köln mal zwei Schneeflocken runterkommen, wissen viele schon nicht mehr, wie sie ihr Auto überhaupt bewegen sollen. Jetzt haben wir genug über Autofahrer geredet. Wie gesagt: Wenn schon ein paar Schneeflocken zu panischem Fahrverhalten führen, kann ich Ihnen nur empfehlen: Nutzen Sie öffentliche Verkehrsmittel! Sie kommen vielleicht später, aber sicher ans Ziel.

Was in der Tat noch immer im Argen liegt, sind die unzureichend geräumten Fußwege. Hier bitte ich Sie, meine Damen und Herren von der FDP und der CDU, Ihre Klientel darauf hinzuweisen, dass auch bei Schnee Eigentum verpflichtet.

(Beifall bei der Linken)

Das bedeutet, dass man mal eine Schneeschippe in die Hand nehmen muss. Dann sehen Sie exemplarisch, was es bedeutet, den Winterdienst oder sonstige wichtige Leistungen in private Hand zu nehmen. Gerade an diesem Wochenende schleuderte die FDP ja mal wieder ihre Forderung nach Verkauf städtischer Gesellschaften in die Landschaft wie andere ihren Müll. Zum Glück ist die AWB seit 2003 wieder eine hundertprozentige Stadtwerke-Tochter. Wir haben direkten Einfluss und nicht irgendein Privatbetrieb, der nach Vertragsabschluss nur noch seinen Gewinn maximieren möchte.

Gestatten Sie mir abschließend noch eine Anmerkung: Der Ebertplatz, über den ich mich letztes Jahr in Sachen Winterdienst häufig beschwert habe, ist in diesem Jahr vorbildlich geräumt gewesen. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Hoffmann.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wieder einmal reden wir über Steuereinnahmen, welche die finanzielle Situation der Stadt verbessern sollten, heute die sogenannte Schneesteuer. Herr Brust hat es korrigiert: Es ist eigentlich die erhöhte Grundsteuer, die unter anderem deswegen eingeführt wurde, damit die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt sich auch dann auf die Straße wagen können, wenn einmal Schneeflocken fallen.

Einmal mehr hat die Verwaltung ihre Glaubwürdigkeit und gleichzeitig das Ansehen der Politik beschädigt. Die Bürger werden von der Verwaltung abkassiert, damit die AWB ihre Aufgaben erfüllt, aber dann ist die AWB nicht in der Lage, die bezahlte Leistung zu erbringen. Dies wird auch nicht dadurch besser, dass so mancher Bürger - darauf wurde von Herrn Brust hingewiesen - seiner Pflicht zur Verkehrssicherung nicht nachkommt. Aber, Herr

Brust, wir brauchen hier im Rat keine Oberlehrer, die die Bürger dieser Stadt belehren.

(Beifall bei der FDP)

Es ist mir auch aufgefallen, dass da einiges zu tun ist. Aber wir müssen nicht schon wieder irgendwelche Gesetze oder Verordnungen erlassen, sondern wir müssen die Bürger auf ihre Pflichten hinweisen. Oberlehrerinnen oder Oberlehrer brauchen wir nicht.

(Zuruf: Oh! - Heiterkeit)

Darin zeigt sich wieder einmal die Konzeptlosigkeit, die auch schon von Herrn Möring angeführt worden ist. Man könnte fast sagen: Bei einigen Verantwortlichen in Köln herrscht Kopfllosigkeit. Selbst wenn Rot-Grün die Grundsteuer in der Stadt verdoppeln und weitere Steuern einführen würde, wäre die Daseinsvorsorge nicht gewährleistet. Am Geld allein kann es nicht liegen. Das Wetter schlägt zwar in der heutigen Zeit Kapriolen, aber diesmal kam der Schnee mit Ansage. Was würde in Köln passieren, wenn er plötzlich käme? „Et kütt wie et kütt“ ist ein Motto, das für hochbezahlte Beamte und Angestellte absolut inakzeptabel ist.

Für Bürger wäre es wichtig, zu erfahren, worin die Optimierung des Winterdienstes bestand. Frau Reker hat eben einige Ausführungen dazu gemacht, die ich in einigen Punkten aber noch nicht schlüssig finde. Was wurde im Vergleich zu den Vorjahren wirklich verbessert?

Es klappt an einigen Stellen immer noch nicht. Wie reagiert die Verwaltung auf Unzulänglichkeiten in der Ausführung? Welche Evaluationen führt sie durch? Lernt man eigentlich aus Fehlern, oder geht es weiter nach dem Motto „Et hät noch emmer joot jejang“?

Herr Oberbürgermeister, Herr Börschel, Frau Moritz, angesichts der wieder einmal deutlich gewordenen Unzulänglichkeiten bei der Erfüllung von Standardaufgaben, die wir uns selbst auferlegt haben, kann ich nur sagen: Lassen Sie die Finger weg von den unseligen Leuchtturmprojekten, mit denen Sie das Geld der Bürger verbrennen! Kümmern Sie sich um die Erfüllung der Kernaufgaben! Kontrollieren Sie die AWB in der Erfüllung ihrer Aufgaben! Was nicht sein kann, ist, den Kopf in den Schnee oder in den Sand der Ausgrabungen vor dem Rathaus zu stecken und zu hoffen, dass es beim nächsten Mal schon von alleine besser wird. Das bringt uns bestimmt nicht weiter. - Danke schön.

(Beifall bei Winrich Granitzka [CDU] und Ursula Gärtner [CDU])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Ich will noch Herrn Mooren das Wort geben, auch weil Fragen zur Konzeption und zur Art und Weise der Reinigungsintervalle gestellt worden sind.

Peter Mooren (AWB Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Schönen Dank, dass ich hier Stellung nehmen kann. - Der Winterdienst hat, wie wir finden, im abgelaufenen Winter sehr gut funktioniert. Dass in der letzten Woche, am Montag und am Dienstag, sehr viel Schnee den Straßenverkehr beeinträchtigt hat, ist sicherlich zu bemängeln. Aber die Frage ist: Was haben wir, was hat die AWB getan?

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass wir natürlich die Vorhersagen des Wetterdienstes gelesen und dementsprechend geplant haben. Wir wussten bereits am Montag, dass ab Dienstagnacht 4 Uhr Schneeschauer zu erwarten sind, die bis Dienstagabend 21 Uhr anhalten sollten. Wir mussten uns also darauf einstellen, dass wir 17 Stunden Schneeschauer zu bewältigen haben.

Damit das sinnvoll und effizient passieren kann, sind wir in der Nacht von Montag auf Dienstag in die Hauptstraßen gefahren und haben dort prophylaktisch gestreut. Den größten Erfolg, um Schnee zu beseitigen, erzielt man aber erst, wenn der Schnee gefallen ist und dann auch geräumt werden kann. Wenn man Salz oder Sole auf die Straßen aufbringt und noch kein Schnee gefallen ist, kann man keine Tauwirkung erzielen, weil das aufgebrachte Salz nur verwirbelt und an die Seite verweht wird, sodass es, wenn dann Schnee fällt, keine Wirkung mehr entfaltet. Wenn das Salz liegen bleibt und es heftige Schneefälle gibt, wie das am Dienstagmorgen der Fall war, dann passiert Folgendes: Zunächst taut der Schnee an, dann aber wird das aufgebrachte Salz quasi mit dem Tauwasser wieder beiseitegeschoben. Wenn die Schneebeseitigung effektiv und effizient sein soll, muss natürlich der Schnee geschoben und anschließend gestreut werden. Deswegen macht es eigentlich keinen Sinn, das Salz vorher auf die Straßen aufzubringen. Wir haben in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch dennoch Salz aufgebracht, um auf den dann schon feuchten

Straßen Eisbildung und Eisplattenbildung zu verhindern.

Wir haben natürlich auch die Proteste gehört und die Presse gelesen. Für uns hat das einen Vorteil gebracht. Offensichtlich hat die Rückkopplung aus der Presse bei den Kollegen der Landesbehörden bewirkt, dass sie jetzt nach neuerlicher Ansprache durch uns bereit sind, in zukünftigen Wintern zu versuchen, die zugegebenermaßen häufig wechselnden Zuständigkeiten so zu regeln, wie wir das in Köln bereits unter den städtischen Betrieben geregelt haben, indem wir die Straßenzüge zwischen Amt für Straßen und Verkehrstechnik und AWB wechselseitig aufgeteilt und damit eine durchgehende Streuung realisiert haben.

Lassen Sie mich noch kurz etwas zum Winterdienstkonzept sagen. Es ist ja hier die Frage gestellt worden: Was haben wir zusätzlich bestellt? Was wollten wir zusätzlich erreichen?

Zum einen hatten wir in den Wintern zuvor das Problem, dass wir nicht genug Salz eingelagert hatten. Ich glaube, das ist hier breit diskutiert worden; das ist auch allseits bemängelt worden. Weil in dem Winter westeuropaweit Schneefälle auftraten, kam es damals zu der Situation, dass wir kein Salz mehr nachbestellen konnten. Deshalb haben wir jetzt eine höhere Menge Salz eingelagert, nämlich 7 000 Tonnen. Ich hatte angenommen - das gebe ich gerne zu -, dass wir sie in diesem Winter nicht in Gänze brauchen werden, aber wir haben sie auch in diesem Winter gebraucht. Mittlerweile haben wir wieder 2 300 Tonnen eingelagert. Jetzt mag man sagen: Im März ist das zu spät. Ich hoffe nicht, dass wir in 14 Tagen sagen müssen: Gott sei Dank haben wir in Köln noch Salz übrig gehabt.

Zum anderen hat die Stadt zusätzlich - ich denke, da ist Köln sicherlich auf Augenhöhe mit deutschen Städten wie Hamburg und Berlin - für die Bushaltestellenreinigung die Verantwortung übernommen, die bis dahin in der Verantwortung der Bürger lag. Diese Verantwortung hat die Stadt der AWB übertragen. An dieser Stelle hatten wir eine ganz neue Aufgabe zu erledigen. Auch da muss ich sagen: So wie sie schlussendlich gelungen ist, bin ich zufrieden.

Herr Brust oder Frau Reker - ich bin mir jetzt nicht ganz sicher - hatte darauf hingewiesen, was nicht gut funktioniert hat. Nicht alle 1 200 Bushaltestellen konnten morgens zwischen 4 Uhr und 7 Uhr - und, bei andauerndem Schneefall wie an diesem Dienstag, noch einmal nachmittags - von unseren Mitarbeitern gereinigt

werden. Deswegen haben wir diese Winterdienstleistungen an den Bushaltestellen ausgeschrieben. Wir haben sowohl Angebote von Kölner Dienstleistern als auch von überregionalen privaten Dienstleistern bekommen. Wir konnten feststellen, dass nicht alle Dienstleister bereit waren, die Leistungen zu den Konditionen wie denen, die wir der Stadt angeboten haben, zu erbringen. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Die Stundensätze, die wir im Winterdienstvertrag mit der Stadt vereinbart haben, sind über die Ausschreibung nicht erreicht worden. Vielmehr war unter den vielen Anbietern - acht Stück an der Zahl - nur einer, der diese Leistung zu geringeren Stundensätzen erbringen wollte als die, die wir der Stadt angeboten haben. Und das war genau der Dienstleister, der leider Gottes die Dienstleistung, als sie dann abgefragt wurde, nicht geleistet hat. Dessen Mitarbeiter sind schlichtweg nicht gekommen, sodass mit Kräften der AWB, aber auch mit Kräften anderer Subunternehmen seine Dienstleistung übernehmen mussten.

Abschließend: Ich bin insgesamt damit zufrieden, wie es in diesem Winter gelaufen ist. Immer dann, wenn es ein Großschneeereignis gibt, wenn heftige Schneefälle einsetzen, wird es kurzfristig zu Problemen auf den Straßen kommen. Ich habe hier Fotos aus der Verkehrsüberwachung mitgebracht, auf denen Sie sehen können, dass die Straßen am 12. März um 8.21 Uhr schon wieder eine schwarze Decke hatten. Es gibt, wie Sie wissen, in Köln nicht überall Verkehrsüberwachung. Insofern kann ich Ihnen das nicht für alle Straßen darstellen. Aber diese Fotos zeigen doch, dass wir dort, wo wir unterwegs waren, mit unserem Einsatz auch erfolgreich waren. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Mooren. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann schlage ich vor, dass das Thema zur weiteren Beratung in die jeweils zuständigen Ausschüsse verwiesen wird. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so geschehen. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Wir kommen jetzt zur Erörterung der weiteren Tagesordnungspunkte.

(Eine Trillerpfeife ertönt - Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne erheben sich, entrollen

ein Transparent und singen „Wehrt euch, leistet Widerstand“ - Beifall bei der Linken)

Ich darf Sie auf der Tribüne bitten, das Singen einzustellen. - Ich darf Sie noch einmal bitten, das Singen zu beenden.

(Die etwa 8 bis 10 Protestierenden auf der Besuchertribüne verlassen den Saal)

Wir kommen nun zur Erörterung weiterer Tagesordnungspunkte.

2 Annahme von Schenkungen / Vermächnissen / Erbschaften

2.1 Trimm-Dich-Pfad am Decksteiner Weiher hier: Annahme einer Schenkung durch die Kölner Grün Stiftung in Höhe von 57.000 € 4262/2012

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann bedanke ich mich ganz herzlich bei der Grün Stiftung für diese Schenkung.

(Beifall bei der CDU)

2.2 Schenkungen zur Ergänzung des Ratssilbers 0661/2013

Das Ratssilber ist inzwischen fast vollständig. Es sind Schenkungen weiterer Spenden eingegangen. Ich darf die Herren namentlich nennen: Beumer, Brüggemann, Dohle, Günther, Haumann, Sterck und van Megen. Auch bei Ihnen bedanke ich mich ganz herzlich.

Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind. Gegenstimmen? -

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch!)

Einzelne Gegenstimmen bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Schenkung angenommen. Ich bedanke mich bei den genannten Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.1:

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Migration aus

den EU-Mitgliedstaaten Südosteuropas - Resolution an die Bundesregierung" AN/0380/2013

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) AN/0378/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Dann möchte ich Herrn Paetzold bitten.

(Unruhe)

Ulrich Breite (FDP): Also, Herr Oberbürgermeister, ich möchte Sie doch bitten, dass Sie die Originalfassung hier vorlesen.

(Reinhard Houben [FDP]: So haben wir die Tagesordnung beschlossen!)

Es gibt hierzu noch eine Drucksache, nämlich AN/0338/2013. Sie ist in der Tagesordnung aufgeführt, und darin wird auch die FDP-Fraktion genannt. Diese Drucksachenummer steht bei Punkt 3.1.1 an erster Stelle der Tagesordnung.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Noch eine Nachfrage, Herr Frank?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gibt eine neue Resolution!)

- Also: Es gibt einen neuen Resolutionsantrag, der von drei Fraktionen eingebracht worden ist, nämlich von den Fraktionen, die ich gerade genannt habe. Außerdem gibt es einen Ergänzungsantrag von der Fraktion Die Linke. und Herrn Zimmermann sowie den ursprünglichen Antrag, der jetzt - so verstehe ich das - nur noch alleine von der FDP getragen wird.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister, gegen das, was Sie hier machen, muss ich protestieren. Wir haben gerade die Tagesordnung beschlossen, und in der Tagesordnung ist unter 3.1.1 die Drucksache AN/0338/2013 aufgeführt. Darin wird die Verabschiedung einer Resolution beantragt, aber nicht von der FDP-Fraktion alleine, sondern diesen Antrag haben vier Ratsfraktionen gestellt. Das ist das, was wir mit der Tagesordnung beschlossen haben. Wenn es jetzt einen Änderungsantrag dazu gibt, kann man den

selbstverständlich stellen; das ist kein Thema. Aber ich möchte das hier schon richtig zu Protokoll haben.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters:
Okay. - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Es gab innerhalb der Antragsfrist einen Antrag der vier Fraktionen. Inzwischen haben aber drei Fraktionen erklärt, von diesem Antrag zurückzutreten und eine geänderte Fassung einzubringen, die auch der FDP bekannt war. Die FDP möchte aber diese geänderte Fassung nicht unterstützen, was ihr gutes Recht ist. Insofern würde der Ursprungsantrag, wenn er aufrechterhalten würde, nur noch vom Antragsteller FDP unterstützt, von den anderen nicht mehr; das ist ja ganz klar. Die Neufassung wird von den anderen drei Antragstellern eingebracht. Insofern ist dieser Antrag Gegenstand der Befassung. Sofern die FDP den Ursprungsantrag für sich allein aufrechterhalten möchte, kann sie das tun - das ist ihre eigene Entscheidung -, die anderen drei Fraktionen sind dann aber nicht mehr mit beteiligt.

(Reinhard Houben [FDP]: Als Änderungsantrag vielleicht!)

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister, dann wäre dieser Antrag verfristet. Wir müssen uns bitte an unsere Geschäftsordnung halten.

(Beifall bei der FDP)

Auf der Tagesordnung steht ein von vier Fraktionen fristgerecht eingebrachter Antrag mit der Drucksachenummer AN/0338/2013. Das haben wir beschlossen. Selbstverständlich hat jede Fraktion - das gilt auch für die drei anderen Fraktionen - das Recht, einen Ersetzungs- oder einen Änderungsantrag zu stellen. Aber das hier muss erst einmal so stehen bleiben.

(Reinhard Houben [FDP]: So haben wir es auch beschlossen!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters:
Okay. - Dann ist ja im Grunde eine Formalie.

(Widerspruch bei der FDP)

Wenn in einem Antrag, der zunächst von vier Fraktionen eingebracht worden ist, nachträglich von drei Fraktionen gewisse Änderungen vorgenommen worden sind, dann ist es meines Erachtens möglich, dass wir den Antrag der drei Fraktionen als den gestellten Antrag ansehen.

(Widerspruch bei der FDP)

Okay. - Dann sehen wir in Absprache mit den drei Fraktionen - ich schaue in deren Richtung - diesen Antrag als Änderungsantrag an. Dann bleibt es bei dem Vierer-Antrag, der aber von drei Fraktionen nicht mehr mitgetragen wird, sondern allein von der FDP; das wird man dann sehen. Es bleibt also zunächst bei diesem 4er-Antrag, und der Antrag der drei anderen Fraktionen wird als Änderungsantrag angesehen. Damit ist das geklärt.

Tagesordnungspunkt 3.1.1:

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Migration aus den EU-Mitgliedstaaten Südosteuropas - Resolution an die Bundesregierung"
AN/0338/2013

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde)
AN/0378/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Migration aus den EU-Mitgliedstaaten Südosteuropas - Resolution an die Bundesregierung"
AN/0380/2013

Wir kommen dann zu Herrn Paetzold.

(Zurufe: Nein!)

Ulrich Breite (FDP): Ich glaube, dann müsste jetzt Frau Hoyer zu dem Antrag reden, den wir auf der Tagesordnung haben.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann mag sie reden, gerne; ist in Ordnung - Frau Hoyer.

(Beifall bei Ralph Sterck [FDP])

Katja Hoyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Ich finde es ja schön, dass Sie mich reden lassen wollen, Herr Oberbürgermeister. Ich nehme das sehr gerne wahr. Gestatten Sie mir, dass ich, bevor ich zu inhaltlichen Aspekten komme, ein paar Anmerkungen zum Verfahren mache. Sie haben jetzt schon gemerkt, dass es vonseiten meiner Fraktion sehr großen Unmut gegeben hat. Um der Legendenbildung vorzubeugen, erscheint es mir recht wichtig zu sein, dazu noch ein paar Anmerkungen zu machen.

Bis heute Mittag gab es eine gemeinsame Resolution von SPD, Grünen, CDU und FDP sowie einen Änderungsantrag. Diese gemeinsame Resolution stammte - auch das muss man hier ganz deutlich sagen - aus Federn von SPD und Grünen.

(Beifall bei der FDP)

Da ich die Kollegen von SPD und Grünen als sehr sorgfältig und sehr bedacht agierende Kollegen kennengelernt habe, gehe ich davon aus, dass sie sich gute Gedanken gemacht haben, als sie diesen Resolutionsentwurf formuliert haben, und das nicht mal eben so ein Schuss aus der Hüfte gewesen ist.

(Beifall bei der FDP - Jörg Detjen [Die Linke.]: Hört! Hört!)

Ich möchte auch an eine Pressemitteilung des Kollegen Helling erinnern, die kurz nach dem Einbringen der Resolution auf der Seite der Grünen zu finden war, in der er sich sehr lobend über diese gemeinsame Aktion aller vier bürgerlichen Parteien geäußert hat. Herr Helling, da kann ich mich anschließen.

(Beifall bei der FDP)

Dann aber kam es zu öffentlicher Kritik vonseiten des Flüchtlingsrates und von Rom e.V., die CDU, SPD, Grüne und FDP Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unterstellt haben. Dieser Vorwurf gründete sich hauptsächlich auf die Formulierung in der Resolution: „diese Migration deutlich reduzieren und die soziale Balance in den Städten erhalten“. Herr Börschel hat daraufhin laut einer Zeitungsmeldung gesagt, da gebe es wohl Missverständnisse und diese Missverständnisse müssten ausgeräumt werden.

Ich möchte Ihnen sagen, wie Sie diese Missverständnisse mit diesem neuen Änderungsantrag beseitigen wollen. Die Formulierung, die Sie jetzt wählen, lautet nicht

mehr: „Migration deutlich reduzieren“, sondern: „Migration ... vermindern“, und statt der Formulierung: „soziale Balance in den Städten erhalten“, sagen Sie nun: „Sicherung der sozialen Balance“.

(Beifall bei der FDP)

Ich finde, damit haben Sie die angeblichen Missverständnisse nicht ausgeräumt. Die FDP bleibt bei der ursprünglichen Formulierung. Sie ist deutlicher, und sie ist ehrlicher.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich bin fest davon überzeugt: Wer die Augen vor der Realität verschließt und Probleme der Zuwanderung nicht offen anspricht, der nutzt der Integration von Menschen aus Bulgarien und Rumänien nicht; ganz im Gegenteil, er schadet ihr.

(Beifall bei der FDP)

Wie sieht denn die Realität aus? In der letzten Sitzung des Runden Tisches für Wohnungslose berichtete die Leiterin der Bahnhofsmision, dass ein Sechstel der Besucher aus Bulgarien und Rumänien stammen. Auch die Malteser Migranten Medizin sowie die Wohnungsloseneinrichtungen haben einen enormen Anstieg zu verzeichnen. Das stellt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Einrichtungen vor enorme und oftmals ganz neue Herausforderungen; denn - wie der Deutsche Städtetag in seinem Positionspapier richtig feststellt; ich zitiere -:

Als problematisch anzusehen sind oft eine schlechte Bildungs- und Ausbildungssituation sowie fehlende oder mangelhafte Sprachkenntnisse. Auch die sozialisationsbedingten Erfahrungshorizonte erschweren eine Integration erheblich.

Ich bin den vielen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der erwähnten Einrichtungen dankbar, dass sie diese Herausforderungen täglich neu meistern.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, neben dieser sozialen Dimension darf aber auch die finanzielle Belastung für die Kommunen nicht verschwiegen werden. Stichworte sind Schaffung von Unterkünften, medizinische Versorgung, Unterstützungsangebote etc. Wir alle wissen, dass es falsch wäre, die Frage der Zuwanderung vorrangig unter finanziellen Gesichtspunkten zu

diskutieren, aber wir dürfen sie natürlich auch nicht außer Acht lassen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist wahrlich keine leichte Aufgabe angesichts unserer angespannten Haushaltslage. Deshalb ist es gut, dass die von der Zuwanderung besonders betroffenen Städte sich zu Wort gemeldet und Unterstützung eingefordert haben. Ebenso richtig ist es, dass auch Land und Bund in die Pflicht genommen werden, weil es nicht sein kann, dass die Kommunen mit den Problemen, die sich aus der Zuwanderung ergeben, alleingelassen werden.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir an dieser Stelle noch ein Wort zu einem Thema, das am Rande der Diskussion eine Rolle gespielt hat, nämlich zum Schengen-Abkommen. Wir hätten das gerne in die Resolution mit aufgenommen, haben es dann aber aufgrund unserer Kompromissbereitschaft - denn uns war es wichtig, dass diese Resolution von allen vier Fraktionen verabschiedet wird - wieder zurückgezogen. Die FDP-Fraktion unterstützt hier die Haltung der Bundesregierung; denn im Gegensatz zu SPD und Grünen sind wir nicht der Meinung, dass es ausreicht, wenn ein Land die Schengen-Kriterien im engeren, das heißt im rein technischen Sinne erfüllt. Was hilft es, dass an den Flughäfen die neuesten Computer stehen, wenn die Grenzbeamten, die diese Computer bedienen, weiterhin von Korruption und organisierter Kriminalität beeinflusst werden und daher keine sachlichen Entscheidungen treffen? Diese Defizite bestehen in Bulgarien und Rumänien weiterhin, wie es im Übrigen auch die Europäische Kommission regelmäßig bestätigt.

Meine Damen und Herren, wir müssen darauf achten, dass sich die Mitgliedstaaten auch in der Sache der europäischen Integration den europäischen Werten verschreiben. Das ist entscheidend und nicht die Reduzierung auf rein technische Kriterien. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir, wenn wir die Menschen für die europäische Integration begeistern wollen - das ist mir wahrlich ein Herzensanliegen -, sie vor allen Dingen dadurch gewinnen können, wenn wir auf die demokratischen Werte setzen: ein funktionierender Rechtsstaat, der Grundrechte achtet, ein Rechtsstaat, dessen Handel nicht davon abhängt, dass Geld in die Taschen einzelner Beamter fließt, und vor allen Dingen

ein Rechtsstaat, der Minderheiten schützt und ethnische Diskriminierung bekämpft.

Die Sinti und Roma in Südosteuropa haben darunter zu leiden, dass es dort noch nicht so funktioniert. Natürlich kommen sie deswegen nach Deutschland. Ich bin auch froh, dass sie deswegen kommen, weil hier Rechtsstaatlichkeit und Toleranz Maßgabe des politischen Handelns sind. Deswegen kommen sie nach Köln. Diese Weltoffenheit, diese Toleranz sind das Gegenteil von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, was uns Rom e. V. und Flüchtlingsrat vorwerfen. Das vermag verstehen, wer will. Die FDP-Fraktion hat dafür kein Verständnis.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Hoyer. - Wir kommen dann zu Herrn Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Frau Hoyer, hätten Sie doch was gesagt. Ich hätte Sie doch auch so vor mir reden lassen; da hätte sich Herr Breite gar nicht so echauffieren müssen; das wäre überhaupt kein Problem gewesen. Das nächste Mal machen wir das auf dem kleinen Dienstweg.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Herr Breite, nun zu Ihnen. Um der Legendenbildung vorzubeugen: Dass wir, die drei Fraktionen, einen Änderungsantrag planen, war Ihnen seit letzter Woche Mittwoch bekannt. - Doch, das war Ihnen bekannt. Da können Sie den Kopf schütteln, so viel Sie wollen. - Wir haben diesen Antrag nicht fristgerecht gestellt, weil wir Sie bis zum letztmöglichen Zeitpunkt noch dazu bewegen wollten, unserem Antrag beizutreten. Das haben Sie nicht getan. Deshalb mussten wir ihn heute so stellen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt zur Sache. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind uns einig: Die Europäische Union, die Friedensnobelpreisträgerin des Jahres 2012, gehört ohne jede Frage zu den größten Errungenschaften der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts auf diesem Kontinent. Das, was die meisten EU-Bürger von dieser Errungenschaft, von diesem Kontinent des Friedens, wie es heißt, als Erstes bemerken

und was sie im Alltag am meisten betrifft, ist die Öffnung der Binnengrenzen. In meiner Jugend - ich gebe zu, das ist schon ein bisschen her - gehörten die Grenzen und die Grenzkontrollen, zum Beispiel auf der Reise in den Urlaub, noch zum ganz normalen Alltag. Meine jetzt auch schon erwachsenen Kinder kennen Schlagbäume und Grenzstationen fast nur noch aus Geschichtsbüchern.

Es geht aber nicht nur um Erleichterungen auf dem Weg in den Urlaub, sondern es geht um etwas viel Größeres, nämlich um die Freizügigkeit. Jeder EU-Bürger hat das Recht, seinen Aufenthaltsort innerhalb der EU frei zu wählen, und das ist gut so. Seit 2007 genießen auch Bürger aus Rumänien und Bulgarien dieses Recht, und auch das ist gut so.

Meine Damen und Herren, wir hier in Köln leben seit der Gründung unserer Stadt vor 2 000 Jahren durch Menschen, die aus dem heutigen Italien stammten, das Prinzip einer weltoffenen Stadt. Vielleicht ist Köln sogar der Prototyp einer europäischen Stadt. Über Jahrhunderte sind immer wieder Menschen aus allen Ländern des europäischen Kontinents in diese Stadt gekommen, um hier zu leben und, wie es die Bläck Fööss in einem Lied besingen, um hier ihr Glück zu suchen. Zu dieser 2 000 Jahre alten Tradition und zu einem Europa ohne Grenzen stehen wir Kölnerinnen und Kölner. Deshalb halten wir unsere Tore offen für die Menschen, die zu uns kommen wollen. Und da machen wir keinen Unterschied.

Genauso selbstverständlich ist es für uns, dass Menschen, die in unserer Stadt leben, mit dem Notwendigen versorgt werden müssen, wenn sie es nicht selbst erwerben können: das Dach über dem Kopf, Nahrung, medizinische Versorgung und Schulbildung für die Kinder, um nur die wichtigsten Dinge zu nennen. Zu dieser Verantwortung stehen wir Kölnerinnen und Kölner, aber wir können und wollen mit dieser Verantwortung nicht alleingelassen werden. Der Zuzug von Menschen, die aufgrund ihrer Armut auf die Unterstützung der öffentlichen Hand angewiesen sind, darf nicht allein in die Verantwortung der Großstädte gelegt werden, die naturgemäß für Migrantinnen und Migranten besonders attraktiv sind. Würde man dies tun - leider sieht es so aus, als wolle die Bundesregierung dies tun -, dann überfordert man diese Kommunen über Gebühr. Woher sollen denn diese Städte, woher soll denn Köln die Ressourcen nehmen, um die vielen Migrantinnen und Migranten mit dem zu versorgen, was sie brauchen?

Die Versorgung von zugezogenen Menschen, die zumindest zunächst für ihren Lebensunterhalt nicht selber sorgen können, ist eine Aufgabe, der sich die ganze Bundesrepublik, ja, der sich die gesamte Europäische Union stellen muss. Wir erwarten deshalb von der Bundesregierung, dass sie umgehend und durchaus zusammen mit den Entscheidungsträgern der EU dafür sorgt, dass Städte und Kommunen, die in größerer Zahl Migrantinnen und Migranten aufnehmen, die der Unterstützung bedürfen, auch mit den entsprechenden finanziellen Ressourcen ausgestattet werden.

(Beifall bei der SPD)

Erlauben Sie mir noch einen zweiten Gedanken: Freizügigkeit innerhalb der EU bedeutet nicht nur, dahin gehen zu können, wohin man will, sondern auch da in Freiheit bleiben zu können, wo man seine Heimat hat, ohne dort der Diskriminierung ausgesetzt zu sein und durch systematische Benachteiligung in lebensunwürdige Armut gezwungen zu werden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Menschen ihre Heimat aufgeben und in eine ungewisse Zukunft in ein Land ziehen, dessen Sprache sie nicht sprechen, wenn sie zu Hause die Chance auf ein selbstbestimmtes, freies Leben ohne Diskriminierung und ohne bittere Armut hätten.

Meine Damen und Herren, die Mitgliedschaft in der EU bedeutet für einen Staat nicht nur Rechte und Vorteile, sie bedeutet auch Pflichten. Die vornehmste dieser Pflichten ist es, dass ein Staat seinen Bürgern ein Leben in Freiheit und Gleichheit ermöglicht und Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft nicht diskriminiert. Der Wertekanon der Europäischen Union ist unveräußerlich, und er muss für alle Mitgliedstaaten gelten. Wir appellieren deshalb eindringlich an die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, dass die Europäische Union Maßnahmen ergreift und, wo nötig, auch Hilfen zur Verfügung stellt, damit auch in den neuen Beitrittsländern wirtschaftliche und vor allem humanitäre Rahmenbedingungen entstehen, die es Menschen ermöglichen, in ihrer angestammten Heimat ein menschenwürdiges Leben zu führen - ohne ethnische Diskriminierung, ohne Benachteiligung und unter auskömmlichen wirtschaftlichen Bedingungen.

Zum Schluss: Der Ihnen vorliegende ursprüngliche Antrag - Frau Hoyer hat eben dazu geredet - von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP ist in Teilen der Stadtgesellschaft - wohl nicht überall

unbewusst - missverstanden worden. Den Vorwurf, wir hätten mit diesem Antrag irgendeine Art der Restriktion oder auch der Ausgrenzung verfolgt, weise ich entschieden zurück. Gleichwohl haben SPD, CDU und Grüne in ihrem Änderungsantrag unser Anliegen noch einmal präzisiert. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Paetzold. - Wir kommen dann zu Frau Gärtner.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die vorgelegte Resolution in ihrer Ursprungsfassung und die, wie ich denke, eher als Präzisierung gedachte Neuformulierung befasst sich mit einem wichtigen Thema, das nicht nur die Stadt Köln, sondern auch die anderen Kommunen in der Bundesrepublik, insbesondere viele Städte, betrifft. Es ist gut und wichtig, dass die Resolution, die wir jetzt neu eingebracht haben, hier im Rat eine breite Mehrheit findet. Es wäre ein gutes Zeichen, wenn wir hier gemeinsam vorgehen; denn das Thema ist zu ernst, um es ideologisch zu befrachten.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Als die Südosterweiterung der EU um Bulgarien und Rumänien beschlossen wurde, sollten damit sowohl der EU als auch den aufgenommenen Staaten neue Perspektiven eröffnet werden, von denen alle profitieren. Seither sind viele Bulgaren und Rumänen hierher gekommen. Zahlreiche von ihnen haben sich und ihre Familien gut integriert, anderen ist das nicht gelungen. Für viele sind die Lebensumstände, unter denen sie jetzt hier leben, alles andere als gut, und das, obwohl sie ihren Lebensunterhalt sogar selber sicherstellen. Sie leben oft in nichtakzeptablen Wohnverhältnissen und leiden - insbesondere leiden ihre Kinder - unter beengten und unhygienischen Bedingungen, noch dazu zu überteuerten Mieten. Mit diesem Thema haben wir uns in den Fachausschüssen schon beschäftigt.

Es wird erwartet, dass sich diese Situation ab Januar 2014 noch erheblich verschärfen wird, wenn die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit auch für Bulgarien und

Rumänien gelten wird. Wir müssen verhindern, dass sich zunehmend Armutsflüchtlinge hier aufhalten, deren Erwartungen an eine Verbesserung der sozialen Situation nicht erfüllt werden können und die dadurch in unseren Städten verelenden und noch dazu ihren Kindern die Zukunftsperspektiven verbauen. Zudem erwächst bei diesen Menschen in zunehmend verzweifelter Lage die Gefahr eines Abrutschens in die Kriminalität.

Wichtige Themen für sie und ihre Situation sind nicht nur das Finden einer auskömmlichen Arbeit, sondern vor allem die Verbesserung ihrer Chancen durch den Erwerb von Sprachkenntnissen, die Beschulung ihrer Kinder und die Absicherung ihrer Gesundheit. Ein zentrales Thema ist auch ihre Wohnsituation. Es muss verhindert werden, dass es zu einem Verdrängungswettbewerb zwischen den bereits hier wohnenden, finanzschwachen Bürgerinnen und Bürgern und den Zugewanderten kommt; denn dann wäre der soziale Frieden in Gefahr.

Die bevorstehenden Probleme, liebe Kolleginnen und Kollegen, können nicht allein vor Ort gelöst werden. Zentrale Forderung ist, vor allem die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern zu verbessern. Das können wir Kölner nicht leisten. Dabei handelt es sich um eine Gemeinschaftsaufgabe der EU, des Bundes und der Länder. Erste Schritte sind erfolgt, indem sich eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe gebildet hat, die sich nach Forderung des Städtetages - Frau Hoyer hat schon darauf hingewiesen - insbesondere mit den Themen Krankenversicherung, Finanzierung der Kindergarten- und schulischen Versorgung, Sprachförderung, Beratungsangebote und Wohnungsvermittlung und gegebenenfalls auch mit Rückkehrerhilfsprogrammen befassen soll.

Unsere heutige, hoffentlich breit getragene gemeinsame Resolution soll das Problem und den Handlungsbedarf deutlich machen. Sie richtet sich an die Bundesregierung, da nur sie, nicht aber eine einzelne Stadt Köln, auf die EU einwirken kann. Die Bundesregierung hat bereits verhindert, dass Rumänien und Bulgarien kurzfristig in den Schengen-Raum aufgenommen werden. Aber damit allein ist es nicht getan. Wichtige Handlungsfelder, insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Wohnen, habe ich eben schon angesprochen.

Lassen Sie mich noch Folgendes anmerken: Es wird auch eine wichtige Aufgabe der verantwortlichen Behörden vor Ort, auch hier in Köln, sein, das Freizügigkeitsrecht konsequent

anzuwenden, das eben nicht eine uneingeschränkte Freizügigkeit regelt, sondern deren Grenzen. Es gibt klare Regelungen für die Aufenthaltsdauer und die Aufenthaltsgründe. Nur wenn gegen Missbrauch dieser Freizügigkeitsregeln vorgegangen wird, haben diejenigen, die sich integrieren wollen, eine reale Chance dazu. Ihre Integrationschancen verbessern sich im gleichen Maße, wie deutlich wird, dass sie nicht nur zu uns gekommen sind, um Sozialleistungen zu erlangen, sondern weil sie im Rahmen der europäischen Freizügigkeit, die wir ja letztlich alle anstreben, gekommen sind, um hier zu leben und sich und ihre Kinder zu integrieren.

Abschließend möchte ich noch betonen, dass wir dem Text des Änderungsantrags der Linken und von Herrn Zimmermann nicht zustimmen können. Wir haben in unserer Resolution deutlich andere Akzente gesetzt und hoffen, dass die gemeinsame Resolution von CDU, SPD und Grünen nach Möglichkeit eine breite Mehrheit findet. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau Gärtner. - Wir kommen dann zu Herrn Helling.

Ossi Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir bedauern, dass die ursprünglich vorgelegte Resolution, die sogenannte Vierer-Resolution, nach ihrem Bekanntwerden in der Öffentlichkeit zu Missverständnissen geführt hat, zu Missverständnissen insbesondere über einen einzigen Satz, der da lautete: Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die diese Migration deutlich reduzieren.

Dieser Satz ist uns so ausgelegt worden, als seien wir für repressive, einschränkende, zuwanderungsabwehrende Maßnahmen. Das war von den Antragstellern so nicht beabsichtigt. Insofern haben wir eine Änderung in der Resolution vorgenommen, aber nicht so, wie Frau Hoyer hier sehr polemisch und falsch zitiert hat. Vielmehr haben wir diesen Satz - das ist die einzige Änderung in der Resolution - wie folgt ersetzt:

Der Rat appelliert daher eindringlich an die Bundesregierung, seitens der Europäischen Union Maßnahmen und Hilfen zu verstärken, um in den

Herkunftsländern humanitäre, soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Lebenssituation vor Ort verbessern und ethnischer Diskriminierung entgegenwirken.

Aus dieser Formulierung geht jetzt ganz eindeutig hervor: Wir leugnen jeden repressiven Charakter und zielen eindeutig auf humanitäre und chancengleiche Politik in den Herkunftsländern ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt zu meinen Hauptaussagen kommen. Meinem Beitrag über die Zuwanderung aus Südosteuropa möchte ich zwei Bekenntnisse voranstellen; ich hoffe, dass diese Bekenntnisse von allen demokratischen Parteien im Kölner Rat mitgetragen werden: zum einen - das hat mein Vorredner von der SPD schon angedeutet - das Bekenntnis zu Europa als anzustrebendem gemeinsamen Wirtschafts- und Politikraum. Genauso wie Köln mit seinen europäischen Städtepartnerschaften keine Partnerschaften erster und zweiter Klasse unterhält, genauso sollte auch Europa nicht in ein Klassensystem, etwa von Nord- und Südländern oder Nord- und Süd- und Südostländern, unterteilt werden.

Zum anderen sollten wir uns zur Pflicht aller Deutschen bekennen, nämlich Lehren aus den Gräueltaten nationalsozialistischer Terrorherrschaft zu ziehen. Völlig zu Recht haben wir in Berlin ein denkwürdiges Holocaust-Denkmal. Völlig zu Recht haben wir in den 90er-Jahren noch unter Helmut Kohl Tausende jüdischer Kontingentflüchtlinge nach Deutschland geholt und mit besonderen positiven Integrationsleistungen unterstützt.

Meine Damen und Herren, inzwischen gibt es aber auch ein Denkmal für die ermordeten 500 000 Roma und Sinti in der NS-Zeit. Es gibt ein erschütterndes Buch mit dem Titel „Die nationalsozialistische Zigeunerverfolgung in Köln“. Dieses Buch ist erschienen in der Schriftenreihe des städtischen NS-Dokumentationszentrums. Gedenk-tätigkeiten müssen aber immer auch Taten folgen. Das haben wir gerade in dieser Stadt mit der erfolgreichen Integration von Roma-Familien seit Beginn der 90er-Jahre geschafft, und das müssen wir wieder schaffen mit den Roma-Familien, die derzeit aus Bulgarien und Rumänien zu uns nach Köln kommen.

Es ist schon gesagt worden: Dies können wir nicht allein aus eigener Kraft schaffen. Hier brauchen wir ein Sofortprogramm der Bundesregierung, einer bisher - das muss man leider sagen - eklatant passiven Bundesregierung,

(Beifall bei Michael Paetzold [SPD] -
Zurufe von der FDP)

- hören Sie sich doch erst mal an, worin die Passivität besteht! -, einer Bundesregierung, die auf eine EU-Anfrage 2011 geantwortet hat, dass es in Deutschland keines Nationalen Aktionsplans für Roma bedarf, -

(Anhaltende Zurufe von der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Lassen Sie Herrn Helling bitte weiter sprechen.

Ossi Helling (Bündnis 90/Die Grünen): - einer Bundesregierung, die nicht bereit ist, den aktuellen, von der EU aufgelegten 2,5 Milliarden Euro Hilfsfonds abzurufen, um die Kommunen, in die Bulgaren und Rumänen einwandern, zu unterstützen. Es gibt in diesem Zusammenhang eine Initiative der Städte Köln, Dortmund und Duisburg, die Mittel aus diesem Hilfsfonds dennoch einfordern und die Bundesregierung dringend auffordern, diese Gelder zu mobilisieren. Dieses Sofortprogramm, das wir brauchen von der Bundesregierung, ist der Kernpunkt unserer Resolution.

Wie schwierig die Situation in Köln ist, wie dramatisch Einwanderer aus dem Raster unserer Sozialsysteme herausfallen, sei an dem Beispiel einer Roma-Familie aus Rumänien gezeigt. Ein Rumäne hat eine Deutsche geheiratet. Er lebt mit Frau und Baby in einer kleinen Wohnung in Köln. Er hat einen Minijob und bezieht als ergänzende Hilfe Hartz IV. Seine später nachgekommenen drei Geschwister leben für 400 Euro ohne Mietvertrag mit ihren Partnern und drei Kindern in einem Zimmer. Zwei schulpflichtige Kinder gehen nicht zur Schule. Die auch hier lebende Mutter ist psychisch krank. Außer dem Mann hat keiner von ihnen ein regelmäßiges Einkommen, keine Krankenversicherung, null Perspektive. Natürlich gibt es unter den fast 10 000 Menschen bulgarischer und rumänischer Herkunft in Köln nicht nur Roma. Natürlich gibt es auch qualifizierte Facharbeiter und Akademiker mit ausreichendem Sozialversicherungsschutz. Aber

es gibt eben auch Hunderte, Tausende von Menschen wie in diesem Fallbeispiel.

Noch ein abschließendes Wort zur EU-Politik in den Herkunftsländern. In fast allen südosteuropäischen Ländern hat sich die wirtschaftliche Lage ärmerer Bevölkerungsschichten verschlechtert. Die Arm-Reich-Schere klappt auch hier weit auseinander. Fast überall grassiert ethnische Diskriminierung. Es ist die Pflicht der EU - es ist ihre verdammt Pflicht, muss man fast sagen -, diese Zustände nicht nur zu beklagen - das macht sie - und diverse wirtschaftliche Hilfspakete zu schnüren; es ist die unbedingte Pflicht der EU-Gremien, massiver auf die dortigen Regierungen einzuwirken und zu kontrollieren, dass Hilfen auch bei den unmittelbar betroffenen Menschen in diesen Ländern ankommen. Erst dies würde dazu führen, dass Menschen aus diesen Ländern tatsächlich frei entscheiden können, ob sie in andere Länder migrieren wollen. Auch dieser Gesichtspunkt wird in der jetzt vorgelegten Resolution gewürdigt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Helling, würden Sie bitte noch einen Augenblick da bleiben? Ich habe eine Frage an Sie.

Herr Helling, wir haben diese Resolution, deren Text ja vorliegt, hier gemeinsam eingebracht. Wir haben auch die Änderungen beraten und hier gemeinsam eingebracht. Die FDP hat befürchtet, was jetzt eingetreten ist, nämlich dass Sie hier eine Ideologisierung in das Thema hereinbringen,

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der
FDP)

dass Sie uns hier in nicht abgesprochener Weise mit in Haftung nehmen für Aussagen, zu denen wir überhaupt nicht stehen. Ich danke ausdrücklich Herrn Paetzold, der diese Linie nicht verlassen hat, sondern hier sachlich zum Thema gesprochen hat. Ich würde mich wirklich freuen, wenn Sie bei solch gemeinsamen Anträgen uns nicht in Geiselschaft nehmen, um die Bundesregierung und alle möglichen anderen ideologisch angreifen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Ossi Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Granitzka, Sie sind lange im Rat; ich bin auch lange im Rat. Sie wissen ganz genau, dass es häufig zwischen den Interessen der Kommunen und den Interessen der Länder oder den Interessen des Bundes viele unterschiedliche Positionen gibt, und Sie wissen auch, dass das Nennen dieser unterschiedlichen Positionen und auch das Kritisieren von Bundes- und Landesbehörden wie auch von Bundes- und Landesregierungen keineswegs polemisches Ideologieren ist,

(Zurufe von der FDP: Ach nein!)

sondern dass es dabei immer darum geht, für die Kommune selber die entscheidenden Fortschritte zu erzielen.

Ich habe hier nicht ideologisiert, sondern zwei Beispiele genannt, nämlich zum einen, dass die Bundesregierung

(Winrich Granitzka [CDU]: Die Bundesregierung hat genau die gleichen Interessen, nämlich dass die Menschen dort anständig behandelt werden!)

der EU - ich wiederhole es noch einmal - mitgeteilt hat, es gebe keine Roma-Probleme in Deutschland und deshalb müsse kein Sonderprogramm aufgelegt werden; das war im Jahr 2011. Das ist doch keine ideologische Polemik, sondern die Wahrheit. Das muss doch im kommunalen Interesse benannt werden können.

Das Zweite ist, dass es jetzt einen Hilfsfonds gibt, die Bundesregierung aber derzeit keine Aktivitäten zeigt, diesen Hilfsfonds für die Kommunen in Deutschland zu mobilisieren. Hier geht es doch nicht um parteitaktische Auseinandersetzungen.

(Zurufe von der FDP)

Hier geht es deutlich um die Wahrnehmung von Interessen für Menschen, die nach Köln gekommen sind und dringend alle Hilfen der Bundesregierung und der EU brauchen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Helling. - Als Nächste Frau Wolter, bitte.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir von der Fraktion pro Köln nehmen mit erstauntem Interesse zur Kenntnis, dass einige von Ihnen plötzlich Probleme benennen, die man bis vor kurzem nicht ansprechen durfte, ohne als Rassist oder Ausländerfeind beschimpft zu werden. Die Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme von Armutsflüchtlingen aus Osteuropa, bei denen es sich zumeist um Roma handelt, gehört dazu. Wir haben den Verdacht, dass Ihre Einsicht auch mit unserer Existenz und Ihrer Angst vor dem Verlust von Wählerstimmen an pro Köln zu tun haben könnte.

(Beifall bei pro Köln)

Aber das soll uns nur recht sein. Hauptsache ist, dass man die Probleme endlich offen diskutiert. Das ist der erste Schritt zur Lösung, meine Damen und Herren.

Ihrer ursprünglichen Resolution hätten wir ohne Bedenken zustimmen können. Sie wollten an die Bundesregierung appellieren, auf deutscher und europäischer Ebene Rahmenbedingungen zu schaffen, die diese Migration deutlich reduzieren. Das hört sich sehr gut an. Wenn die Bundesregierung unserem Appell gefolgt wäre und tatsächlich bewirkt hätte, dass sich diese Migration reduziert, wäre das auf jeden Fall im Interesse der Kölner Bürger.

Ich komme an dieser Stelle nicht umhin, zu erwähnen, dass die Parteien der antragstellenden Fraktionen an den Rahmenbedingungen für diese Einwanderung, nämlich an der EU-Osterweiterung, nicht ganz unbeteiligt sind.

(Beifall bei pro Köln - Zuruf von pro Köln: Das stimmt!)

Warum haben Sie denn damals nicht über die Folgen nachgedacht, liebe Vertreter der etablierten Parteien? Warum appellieren Sie nicht innerhalb Ihrer Parteien an die entsprechenden Vertreter, hieran etwas zu ändern? Sie tun bei Ihren Resolutionen immer so, als hätten Sie mit den Politikern in Land und Bund nichts zu tun. Ansonsten müssten Sie ja auch zugeben, dass es Ihre Parteien waren, die die entsprechenden Fehlentscheidungen getroffen haben. Das ist natürlich vollkommen

ausgeschlossen; denn dann müsste man zugeben, dass die politische Konkurrenz vielleicht zu Recht vor einer Erweiterung der EU gewarnt hat.

(Beifall bei pro Köln)

In der Debatte hier fallen Sie zudem wieder in alte Denkmuster der Political Correctness zurück. Dies zeigt schon der Umstand, dass Sie Ihre eigene Resolution auf öffentlichen Druck hin komplett umgeschrieben haben. Rückgrat ist etwas anderes, meine Damen und Herren.

(Beifall bei pro Köln)

Das beweist heute allein die FDP-Fraktion.

Aber wir werden auch dieser neuen, aufgeweichten Resolution zustimmen; denn sie ist immerhin besser als nichts. Natürlich haben Sie auch recht damit, dass eine Verbesserung der Bedingungen in den Herkunftsländern eine Reduzierung der Armutsmigration bewirken wird. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Kollege Börschel, der bezeichnenderweise gerade jetzt nicht im Saal ist,

(Ulrich Breite [FDP]: Der weiß, warum!)

meint - ich spreche jetzt Herrn Börschel an, Frau dos Santos -,

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Wie habe ich das denn jetzt zu verstehen?)

dass die Kölner Jusos, Teile der SPD-Ratsfraktion, der Rom e.V., der Kölner Flüchtlingsrat und die Ratsmitglieder von Deine Freunde und von der Linken Ihren Ursprungsantrag bewusst missverstanden haben. Mit den Worten „bewusst missverstanden“ wird Herr Börschel im *Kölner Stadt-Anzeiger* zitiert. Wer öffentlich die Reduzierung der Migration einfordert, weil sonst die soziale Balance gefährdet ist, hat meines Erachtens eine klare Aussage getroffen, und die ist nicht human, nicht sozial und nicht

demokratisch, sondern die ist schlicht und ergreifend repressiv.

(Beifall bei der Linken)

Viele Leute haben das nicht missverstanden. Es hätte Herrn Börschel gut angestanden, sich zu entschuldigen, so wie es gerade Herr Helling getan hat, und zu sagen: „Wir haben einen Fehler gemacht.“, statt - wie auch Sie jetzt, Herr Paetzold - den Fehler bei anderen zu suchen. Das muss ich Ihnen noch sagen: Sie haben sich nicht entschuldigt, Herr Helling hat es gemacht.

Ich glaube, Rot-Grün hat sich völlig verschätzt, als sie meinten, unbedingt mit Schwarz-Gelb kollaborieren zu müssen.

(Lachen bei Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen] - Zurufe: Oh!)

Das haben wir ja gerade gesehen.

(Zuruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

- Doch: „Kollaborieren“ ist der richtige Ausdruck dafür. Sie haben ja gesehen, wie die CDU auf die Rede von Herrn Helling gerade reagiert hat.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, wer letzte Woche die Sendung *Monitor* gesehen hat: Es ist beschämend, wie diese Diskussion in der Bundesrepublik geführt wird. Dort wurden Sprüche vom Bundesinnenminister gebracht, die allesamt auf Stammtischniveau der 70er-Jahre waren. Wer diese Sendung gesehen hat, hätte eigentlich klar wissen müssen, was die CDU und was insbesondere die CSU - da muss ich Herrn Granitzka verteidigen - vorhat.

(Winrich Granitzka [CDU]: Danke, Herr Detjen!)

Damit eines klar ist - ich glaube, viele wissen das gar nicht -: Wir reden hier nicht über Flüchtlinge oder Asylbewerber, sondern wir reden hier über Europa. Wir reden über Roma, die die europäische Staatsbürgerschaft haben. Nur, dass wir das mal klar haben. Ich glaube, viele von Ihnen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, haben das immer noch nicht verstanden. Nur so lässt sich erklären, warum sich Rot-Grün auf diese reaktionäre Soße mit dieser Resolution überhaupt eingelassen hat.

(Beifall bei der Linken - Zuruf von der FDP: Die kommt doch von denen!)

Dass Sie versuchen, ein Bündnis mit der Bundesregierung einzugehen, halte ich für völlig

illusionär. Die Positionen der EU sind doch strukturell, zumindest teilweise vernünftiger als die der Bundesregierung.

(Zuruf)

- Ja, natürlich. Herr Martin Schulz zum Beispiel hat in der Öffentlichkeit die Kommunen kritisiert, dass sie Panik machen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wissen Sie eigentlich, dass Tausende von rumänischen Ärzten in die Bundesrepublik gekommen sind? Wissen Sie, dass der rumänische Ärzteverband eine Entschädigung gefordert hat - meines Erachtens zu Recht -, weil wir rumänisches Know-how hier in unseren Krankenhäusern verbraten? Das ist doch eine Realität, mit der man sich auseinandersetzen muss. Insofern: Diese rumänischen Ärzte sind willkommen. Aber auch die Roma sind in unserer Gesellschaft willkommen. Das muss man doch ganz klar sagen, wenn man will, dass deutlich wird, worüber wir hier reden.

Die Unterbringung der Roma in der Turnhalle in Köln-Deutz fand ich beschämend.

(Zurufe von pro Köln)

Ich war mit dem Kollegen Helling und mit dem Kollegen Walter Schulz vor Ort. Ich glaube, wir waren uns einig: Eine solche menschenfeindliche Unterbringung darf es nie wieder geben. Die Verwaltung hatte sich zwar Mühe gegeben - das ist nicht als Kritik an die Verwaltung aufzufassen -, trotzdem waren die Zustände vor Ort katastrophal. Welche Bemühungen laufen denn jetzt vonseiten der Verwaltung und vonseiten der Stadt, entsprechend Vorsorge zu treffen? Gar keine.

Liebe Damen und Herren, vor zwei Tagen hat sich Professor Bukow von der Universität Siegen - er lebt in Köln - an uns gewandt und gesagt, wir hätten völlig recht mit der Ablehnung dieser Resolution. Professor Bukow hat das Handlungskonzept „Zuwanderung aus Südeuropa“ entwickelt, und zwar am Beispiel der Städte Duisburg und Dortmund. Dieses Konzept liegt vor. Damit sollte man sich auseinandersetzen. Er kritisiert darin, dass sich die Kommunen mit dem Problem inhaltlich nicht auseinandersetzen und gar nicht erst versuchen, eigenständig Konzepte zu entwickeln, sondern einfach nur Geld einfordern. Das kann aber nicht der Lösungsweg sein; das kann man auch machen. Vielmehr ist die Politik aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln, wie man diese Menschen

würdig unterbringt und in der Gesellschaft fair behandelt. Das ist der entscheidende Punkt.

Die öffentliche Meinung zu dieser Problematik verändert sich gerade etwas. Auch deswegen haben viele Leute auf die Ursprungsresolution sehr allergisch reagiert, wobei auch die Neufassung nicht viel besser zu sein scheint. Das muss man doch einfach mal feststellen. Das ist der entscheidende Punkt.

Wir sind allen Akteuren dankbar, die sich bemüht haben, eine vernünftige und sachliche Kritik an diesem Antrag zu entwickeln und zu sagen: Wir müssen in der Stadtgesellschaft eine Willkommenskultur aufbauen, damit diese Leute ordentlich behandelt werden, und zwar von allen Einrichtungen der Stadt, seien es die Stadtwerke, die Stadtverwaltung, die sozialen Träger oder wer auch immer. Das müssen wir einfordern, und das müssen wir praktizieren. Deswegen ist es unmöglich, solche Formulierungen zu entwickeln, wie sie in Ihrem Antrag stehen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir haben noch zwei weitere Wortmeldungen, eine von Herrn Zimmermann und eine von Herrn Hoffmann. Zunächst Herr Hoffmann, bitte.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute Morgen wurde in Rom Franziskus I. in sein Amt eingeführt

(Zurufe: Nur Franziskus!)

- Ich höre gerade: nur Franziskus; da lasse ich mich gerne korrigieren. - Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich betonen: Wir reden hier in erster Linie über Menschen. Bisher wurde nur über irgendwelche geänderten Formulierungen, irgendwelche Regularien - er hat dieses gesagt, er hat jenes gesagt - gesprochen.

Ich als Einzelmandatsträger möchte hier Folgendes sagen: Die Resolution vom 5. März war mir bekannt, ebenso natürlich das, was in der Presse dazu zu lesen war. Die Änderungen wurden mir Laufe des Tages unter der Bürotür durchgeschoben.

(Zurufe: Oh!)

Das kann man bedauerlich finden. Aber ich glaube, diese Resolution, die heute auf den Weg gebracht werden soll - oder sollte ich lieber sagen: auf den Weg gebracht werden sollte? -, hätte eigentlich etwas anderes verdient, nämlich dass wir uns hier gemeinsam, mit Ausnahme einer Fraktion, auf den Weg machen und Signale setzen.

(Michael Paetzold [SPD]: Sie sind ja herzlich eingeladen! - Gegenruf von pro Köln: Sektierer!)

- Das lasse ich mal so im Raum stehen. Man kann sich unter Umständen ändern; das stimmt schon. - Ich habe schon einmal angemahnt, bei Anträgen, die wirklich zukunftsweisend sind, auch die Einzelmandatsträger - ich nehme an, ich spreche da auch für Herrn Zimmermann - mitzunehmen. Wir hätten diese Resolution gerne mit Ihnen zusammen auf den Weg gebracht. - Das nur als Anmerkung vorab.

Wir haben es mit einer Herausforderung zu tun, die nicht erst seit gestern bekannt ist. Es sind in erster Linie wieder einmal die Kommunen, welche die mit der Migration verbundenen Probleme lösen müssen; das ist hier schon angekommen. Aber ein eindringlicher Appell an die Bundesregierung reicht meiner Meinung nach nicht aus. Die Kölner Bundestagsabgeordneten jeglicher politischer Couleur sind in die Pflicht zu nehmen, sich dafür einzusetzen. Sie sind das Bindeglied zwischen ihrem Wahlkreis und dem Parlament, dem sie angehören. Hier ist eine parteiübergreifende Linie zu finden. Dafür ist dieses Thema viel zu ernst.

Abgesehen davon, dass wir als Kommune auf externe Unterstützung drängen müssen, haben wir auch Sorge dafür zu tragen, dass ausreichend Mittel für den Fall, dass es nicht klappt, in unseren Haushalt eingestellt werden, um die im Antrag angesprochenen Probleme angehen zu können. Ein Spitz auf Knopf gerechneter Etat reicht bestimmt nicht aus. Wir brauchen Unterstützung. Für den Fall, dass diese Unterstützung nicht im erhofften Maße erfolgt, müssen wir geplant und angemessen mit den notwendigen personellen und finanziellen Mitteln reagieren können, ohne Gefahr zu laufen, einen Armen entkleiden zu müssen, um einen Nackten anzuziehen.

Ich möchte an dieser Stelle erklären, dass ich mich bei der Abstimmung enthalten werde. Ich habe hier schon die eine oder andere Resolution mit verabschiedet. Aber mit Blick auf das, was

sich hier heute abgespielt hat, weiß ich nicht, ob ich das in der Art und Weise weiter unterstützen kann. Deswegen meine Entscheidung. - Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Hoffmann. - Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal und auf der Tribüne! Es ist aus vielen Gründen manchmal schwierig, in einer solchen Debatte als Letzter zu sprechen, vor allem dann, wenn man vieles hört, mit dem man nicht einverstanden sein kann, und auch dann, wenn eine Debatte in die falsche Richtung geht.

Deshalb möchte ich meine Rede ausnahmsweise mal von hinten anfangen. Sie werden nichts hören zu dem Thema, dass 80 Prozent der Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien bei uns in sozialversicherungspflichtigen Jobs arbeiten und damit ihren finanziellen Beitrag in Deutschland entrichten.

Nicht erwähnen kann ich leider auch die durchaus meist positive Medienberichterstattung über das Thema. Sie ist viel sachlicher und präziser, als ich gedacht hätte. Es gibt hervorragende Beiträge - Herr Detjen hat einige zitiert - im Rahmen der Sendung *Monitor*, im *Kölner Stadt-Anzeiger*, im *heute-journal*, auch in der *Kulturzeit*. Die Medien gehen äußerst sachlich mit diesem Thema um; ganz prima.

Sie werden nichts dazu hören - darüber haben wir auch noch nicht wirklich gesprochen -, wie viele Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien hier bei uns im Niedriglohnsektor ausgebeutet werden. Auch dazu bleibt jetzt keine Zeit.

Auch nicht eingehen kann ich auf dieses ewige selbstbesoffene Gesülze von der Weltoffenheit Kölns,

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

die hier im Rat jedes Mal aufs Neue doch wieder eingeschränkt und infrage gestellt wird.

Ich kann auch nichts dazu sagen - ich weiß es wirklich nicht -, warum diese Resolution auf den Weg gebracht wurde. Nun gut, sie ist beantragt worden.

Deshalb ein paar Anmerkungen von mir als Mit Antragsteller des Änderungsantrages. Die kommende uneingeschränkte Freizügigkeit innerhalb der EU auch für Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien ist eine Errungenschaft im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses, auf die die EU stolz sein kann. Auch wenn sich unser Kontinent nach außen leider allzu oft als „Festung Europa“ präsentiert - man denke nur an Bootsflüchtlinge aus Afrika -, ist der Wegfall der Grenzen innerhalb der Union grundsätzlich begrüßenswert. Mir ist durchaus bewusst, dass Migrationsbewegungen innerhalb Europas in einzelnen Kommunen durchaus auch Probleme verursachen können. Doch es sind nicht die Menschen, die zu uns kommen, die diese Probleme verursachen, sondern es ist die Art, wie wir mit ihnen umgehen.

(Beifall bei der Linken)

Wenn die vier großen Ratsfraktionen in ihrem Resolutionsantrag schreiben, dass bereits jetzt abzusehen sei, dass die Stadtgesellschaft mit der Umsetzung der Arbeitnehmerfreizügigkeit ab Januar 2014 überlastet sein werde, frage ich mich, welches Szenario hier an die Wand gemalt werden soll. Was ist mit Überlastung gemeint? Auch wenn der Begriff leichtsinnig und fahrlässig Schlimmeres suggeriert, sind wohl in erster Linie die zusätzlichen Belastungen für den städtischen Haushalt gemeint. Und das stimmt: Es kann sein, dass die Stadt Köln zusätzliches Geld für Sozialleistungen ausgeben muss. Doch die Menschen, die zu uns kommen, haben einen Rechtsanspruch darauf, und zwar unabhängig davon, ob sie aus Frankreich, den Niederlanden oder Bulgarien kommen.

(Beifall bei der Linken)

Es ist ja gerade eine der großen Errungenschaften im sich vereinigenden Europa, dass nicht mehr unterschieden wird, woher einer kommt und welche Sprache er spricht. Die EU geht sogar noch weiter. Es wird jedem Bürger auch ein Recht auf Schutz vor Diskriminierung zuteil, egal in welchem Land er sich befindet.

So dürfen wir bei möglichen Mehrkosten auch nicht einen Zusammenhang herstellen zwischen Migrationsbewegungen aus bestimmten Ländern und der finanziellen Misere manch einer Kommune. Die Ursache für die Misere kennen Sie alle. Die kommunalen Finanzen müssen neu geordnet werden. Für dieses Problem können Sie nicht zugezogene Einwohner aus Bulgarien oder Rumänien verantwortlich machen.

(Beifall bei der Linken)

Doch ich möchte hier nicht zu stark auf die angeblich nicht zu bewältigende finanzielle Belastung eingehen, da ich denke, dass sie mit gutem Willen auch weiterhin in Griff zu kriegen ist. Ein viel größeres Problem sehe ich in der Gefährdung der sozialen Balance. SPD, CDU, Grüne und FDP schrieben in ihrem ursprünglichen Antrag, die Bundesregierung möge Rahmenbedingungen schaffen, die die Migration deutlich reduzieren, um so die soziale Balance erhalten zu können. - Was für ein - entschuldigen Sie bitte - gefährlicher Schwachsinn!

(Beifall bei der Linken)

Ich bin auch nicht so naiv, dass ich nicht sehen würde, dass der Zuzug auch Probleme mit sich bringt. Doch es sind nicht die Menschen, die zu uns kommen, die die soziale Balance gefährden; es ist die immer noch grassierende Fremdenfeindlichkeit in unserem Land, und es sind vor allem Rechtsextremisten, die diese schüren.

(Beifall bei der Linken sowie Dr. Sabine Müller [Bündnis 90/Die Grünen])

Doch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in unserer Stadt muss und darf man nicht einfach hinnehmen. Wir können etwas dagegen tun. Fremdenfeindlichkeit hat viele Ursachen. Eine davon ist eine subjektiv empfundene Benachteiligung gegenüber neu zu uns kommenden Menschen. Unabhängig vom Wahrheitsgehalt gilt es diese Sorgen ernst zu nehmen, wir müssen uns aber dann auch die Mühe zu machen, diese Vorurteile zu entkräften. Um dies leisten zu können, darf es keine weiteren Kürzungen im Sozialbereich geben, schon gar nicht bei Projekten, die Rassismus bekämpfen und sich für interkulturelle Verständigung einsetzen.

(Beifall bei der Linken)

Der nun etwas entschärfte Antrag von SPD, CDU und Grünen - die FDP will erstaunlicherweise bei der unsäglichen Ursprungsfassung bleiben - bleibt leider immer noch weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Sie wissen genau, dass Sie mit dieser Resolution nicht wirklich etwas bewegen können. Sie könnten ein Zeichen setzen, tun es aber nicht. Dies bedaure ich angesichts unserer rot-grünen Mehrheit sehr. Warum stoßen Sie hier in eine Richtung wie in den 1990er-Jahren, als mit Parolen wie "Das

Boot ist voll“ das Asylrecht in Deutschland nahezu abgeschafft wurde, anstatt sich schützend vor unsere neuen Einwohner zu stellen und Fremdenfeindlichkeit auch in unserer Stadt zu bekämpfen?

(Beifall bei der Linken)

Ich komme zum Schluss. Unser Antrag, der Antrag von der Linken und Deine Freunde, geht hier viel weiter. Mit unserer Resolution könnten wir wirklich ein Zeichen setzen, das bundesweit Beachtung finden würde: eine Großstadt, die sich uneingeschränkt trotz aller finanziellen Probleme zu einem solidarischen Europa bekennt und ein deutliches Signal gegen Fremdenfeindlichkeit setzt. Dies wäre eine Resolution, über die wir uns zu Recht freuen könnten. Ich bitte Sie daher alle um Unterstützung für unseren Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit sind wir am Ende der Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt. Es gibt von Frau dos Santos Herrmann noch den Wunsch auf Abgabe einer persönlichen Bemerkung.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Zimmermann hat gerade in seinem Wortbeitrag gesagt, es komme darauf an, wie man mit den Dingen umgeht. Dem kann ich zustimmen. Es kommt immer darauf an, wie man damit umgeht.

Herr Detjen, lieber Jörg, man kann unterschiedlicher Auffassung ein, was die Richtigkeit der Resolution angeht; einverstanden. Darüber können wir streiten; das haben wir gerade getan. Was ich aber für mich persönlich und auch für meine Fraktion überhaupt nicht akzeptieren kann, ist, gleichgesetzt zu werden mit Kollaborateuren. Das ist ein politisch besetzter Begriff, der eindeutig darauf hinweist, man würde mit Faschisten und Rechtsextremisten zusammenarbeiten. Lieber Jörg, ich stamme aus einem Land, in dem es eine 50-jährige faschistische Diktatur gegeben hat, und ich lasse mir nicht vorwerfen, ich würde kollaborieren mit irgendwelchen Leuten. Es tut mir leid; mit diesem Ausdruck hast du dich, hat sich die Linke außerhalb des demokratischen Spektrums gestellt.

In diesem Jahr feiern wir auch 80 Jahre Rede von Otto Wels im Reichstag. Wer heute der SPD unter anderem vorwirft, sie sei Kollaborateurin, der weiß nicht, was er sagt und stellt sich damit außerhalb jeglicher Debattenkultur in einer Demokratie. Das muss gesagt werden. Ich lasse das nicht auf mir und ich lasse das auch nicht auf der SPD und den anderen demokratischen Parteien sitzen.

(Lebhafter Beifall bei SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Frau dos Santos.

Wir kommen nun zur Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 3.1.1.

Wir stimmen zunächst ab über den Änderungsantrag von der Fraktion Die Linke. und Herrn Zimmermann. Wer für diesen Vorschlag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Die Linke. und Herr Zimmermann. Wer Enthält sich? - Enthaltung von Herrn Hoffmann.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Vorschlag der FDP, dem ehemaligen Vierer-Vorschlag. Ich bitte um das Handzeichen, wer - -

(Ralph Sterck [FDP]: Das können Sie nicht machen! Der Änderungsantrag ist immer weitergehend als der Ursprungsantrag!)

- Okay. Wir können es auch umgekehrt machen. Sie haben recht, wir haben ihn eben als Änderungsantrag bezeichnet.

Wir kommen jetzt also zur Abstimmung über den Änderungsantrag von SPD, CDU und Grünen. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen und die Fraktion der CDU. Wer Enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Hoffmann und von pro Köln ist dieser Antrag so angenommen. Damit erübrigt sich die Abstimmung - -

(Ralph Sterck [FDP]: Nein!)

- Okay. Dann stimmen wir ab über den Antrag der FDP - -

(Ralph Sterck [FDP]: Nein!)

- Ja, ich weiß es doch. - Wir stimmen ab über den ursprünglichen Vierer-Antrag, der nicht mehr aufrechterhalten wird. Wer stimmt für den Antrag unter Drucksachenummer AN/0388/2013?

(Ralph Sterck [FDP]: Herr Oberbürgermeister, zur Geschäftsordnung!)

- Bitte.

Ralph Sterck (FDP): Ich möchte mich nicht zu sehr in Ihre Sitzungsleitung einmischen, aber der Antrag ist jetzt geändert.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Der ist ersetzt!)

Wir kommen jetzt zur Schlussabstimmung über den so geänderten Ursprungsantrag. Durch die Änderung von SPD, CDU und Grüne ist er ersetzt. Deswegen ist unser Antrag obsolet. Jetzt kommen wir zur Endabstimmung.

(Winrich Granitzka [CDU]: Wo er recht hat, hat er recht!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja, okay. Da gebe ich Ihnen recht. Wir kommen jetzt zur Endabstimmung. Wenn wir Änderungsanträge haben, brauchen wir auch eine Endabstimmung über den letztlich zu beschließenden Antrag. Das machen wir jetzt.

Wer für den letztlich zu beschließenden Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion der CDU, die Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen von der Fraktion der FDP und Herrn Hoffmann. Dann ist der Antrag in der so geänderten Form angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.2 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Reduzierung der Stromkosten der Stadt Köln durch eine Einkaufsgemeinschaft mit der KVB" AN/0291/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich stelle fest: Jetzt wird es sachlich, und schon wird der Saal leerer. - Die Fraktion pro Köln hat einen Antrag eingebracht, in dem wir uns mit der Frage befassen: Wie kann die Stadtverwaltung Kosten reduzieren?

(Unruhe)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich darf bitten, dem Redner zuzuhören.

(Götz Bacher [SPD]: Müssen wir aber nicht!)

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Bacher, dass Sie nicht zuhören wollen oder nicht zuhören können, ist bekannt. Von daher: Das ist nicht so schlimm.

Wir haben uns Gedanken darüber gemacht, wie die Stadtverwaltung bzw. die städtische Gebäudewirtschaft Kosten sparen kann. Die Stromkosten, die wegen der gescheiterten Energiewende explodieren, sind natürlich ein enormer Kostenfaktor. Zu unserem Konzern Stadt, wie es immer so schön heißt, gehört auch die KVB, die hundertprozentige Tochter der Stadt Köln, die den Strom EEG-umlagebefreit beziehen kann. Von daher wäre es nahe liegend, wenn die Stadtverwaltung bzw. die Gebäudewirtschaft den Strom über die KVB beziehen würde; das heißt, dass sie den Strom, den sie benötigt, über die KVB mit einkauft. Das kann mich so vorstellen wie bei einem Unternehmen, zum Beispiel dem Kaufhof, bei dem man, wenn man eine Mitarbeiterkarte hat, auch für Familienangehörige etwas einkaufen und so einen günstigeren Preis erzielen kann. Das ist unser Anliegen.

Wir als Rat der Stadt Köln möchten, dass die Stadtverwaltung und die KVB die Voraussetzungen dafür schaffen, damit die Kosten für den Strom, den wir für Verwaltungsgebäude, Schulgebäude und Sportplätze brauchen, geringer ausfallen. Wenn wir die EEG-Umlage nicht mehr bezahlen müssten, würde ein Kostenvorteil erreicht. Jetzt werden Sie fragen: Wie sieht es mit den Mehrkosten aus, die der KVB dadurch entstehen? Entweder kann das über den Stadtwerekkonzern verrechnet werden, oder wir erstatten der KVB die Kosten, die wir brutto haben. Dann hätten wir immer noch einen guten

Kostenvorteil erreicht und unser Haushalt wäre ein Stück weit entlastet. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Fraktion pro Köln ist - Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. - Nur eine Zwischenfrage, weil es anscheinend keinen Bedarf für eine Debatte zu diesem Thema gibt. Könnte man nicht wenigstens eine Stellungnahme dazu aus der Verwaltungsriege erhalten? Es wäre angemessen, wenn grundsätzlich dazu Stellung genommen würde, ob das überhaupt machbar ist und, falls es machbar ist, warum das noch nicht gemacht wird und ob das überhaupt schon mal geprüft wurde.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann müssen Sie das in Form einer Anfrage machen. Wenn Sie Ihre Fragen vorher formulieren, erhalten Sie die entsprechenden Antworten darauf. Das ist nicht Gegenstand der Debatte heute.

Also: Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so abgelehnt.

Wir kommen zu dem Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.4:

3.1.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Professionelles Baustellenmanagement gegen den Verkehrsinfarkt in Köln!" AN/0297/2013

Herr Möring, bitte.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Zusammenhang mit den vor uns liegenden riesigen Baustellen im Zuge der Brückenerneuerung hat uns, aber auch die Öffentlichkeit vor nicht allzu langer Zeit die Frage ziemlich intensiv beschäftigt, ob der Verkehrsfluss in Köln dann überhaupt noch

gewährleistet ist. Diese Frage haben wir auch in der Vergangenheit schon x-mal diskutiert - insofern ist das keine neue Frage - und mussten uns von der Öffentlichkeit immer wieder fragen lassen: Wie ist es um das Baustellenmanagement in Köln bestellt?

Bemängelt wurde und werden: zu lange Bauarbeiten; man könne nicht beobachten, dass überhaupt etwas passiert; man wisse nicht, wann und wo; es dauere alles zu lange; die Baustellen seien unkoordiniert. Erst vor kurzem habe ich einen Hinweis bekommen auf einen Vorgang in der Thurnerstraße, wo gut ein Jahr nach Wiederherstellung und grundlegender Erneuerung der Straße die StEB kam, dort alles wieder aufgebuddelt hat und anschließend wieder ein Flickwerk hinterlassen hat. Das sind die ständigen Ärgernisse, mit denen wir es zu tun haben. Unsere Bürgerinnen und Bürger haben das Gefühl, dass vonseiten der Verwaltung und auch vonseiten der Politik nicht darauf geachtet wird, dass mit dem Infrastruktureigentum sorgfältig umgegangen wird.

Sicher, es gibt objektive Hindernisse im Umgang mit dieser Problematik. Wir haben oft genug die Frage diskutiert, dass wir kontrollieren müssen, ob Infrastrukturunternehmen - sei es die Telekom oder die StEB oder wer auch immer am buddeln ist - nach Abschluss ihrer Arbeiten alles wieder so fachgerecht wiederhergestellt haben, dass es nicht zu Substanzverlusten kommt. Wir haben aber auch gesehen, wie schwierig es ist, das dann auch durchzuhalten; denn es sind pro Jahr nicht Hunderte, sondern Tausende oder Zigtausenden solcher kleineren und größeren Baustellen, die alle kontrolliert werden müssen.

Im Zusammenhang mit dem, was jetzt vor uns liegt, sollten wir uns allerdings ernsthaft und nachhaltig darum bemühen, ein Baustellenmanagement in Gang zu setzen - „in Gang setzen“ ist vielleicht das falsche Wort; ich weiß natürlich, dass da schon einiges läuft -, ein Baustellenmanagement in eine Form zu bringen, damit es diesen Namen auch wirklich verdient, was mehr ist als eine Information darüber, wo es Baustellen gibt - das findet man schon jetzt nach vier oder fünf Klicks im Portal der Stadt, allerdings nicht schon auf der ersten Seite -, was auch mehr Koordination und Ähnliches einschließt.

Einen guten Aufschlag hat die Verwaltung vor kurzem mit der Präsentation der Sanierungsmaßnahmen des Straßentunnels Grenzstraße zwischen Zoostraße und dem

Autobahnkreuz Köln-Ost gemacht. Das war ein Fortschritt, das war wirklich gut; aber wir brauchen noch deutlich mehr. Vermisst habe ich die großräumige Koordination - daran müssen wir noch arbeiten; die müssen wir in den Blick nehmen - im Zusammenhang mit den anstehenden Baumaßnahmen der DB AG. Es geht dabei ja nicht nur um die Streckenschließungen im Bereich des Kölner Umlands, die zu einer Veränderung in der Zufahrt nach Köln im Berufsverkehr führen dürften, und um die Sanierung der Brücken im Eisenbahnring rund um Köln durch die DB AG; es geht auch um die Unternehmen, die die Straßenaufbrüche machen dürfen. Wir sind bisher nicht in der Lage, das so zu steuern, dass es wirklich nicht zu Dopplungen und Ähnlichem kommt.

Wir haben in unserem Antrag Beispiele angeführt und darauf hingewiesen, wie Saarbrücken oder andere Städte das gehandhabt haben. Das soll dazu auffordern, uns darüber zu informieren, wie und wo noch etwas verbessert werden kann. Wir müssen das ja nicht kopieren. Wir müssen mit unseren Mitteln haushalten; keine Frage. Der entscheidende Punkt ist, dass wir weg von einer reinen Informationsveranstaltung hin zu echtem Management und Koordination kommen. Es kann durchaus sein, dass wir das mit Kölner Mitteln allein nicht machen können. Die StEB oder die Telekom zu zwingen, auf eine Baustelle zu verzichten oder sie zu verschieben, weil sie nicht in unser Konzept passt, ist rechtlich zurzeit nicht möglich. Aber auch da ist zumindest der gute Wille abzustimmen und, wo notwendig, auch mal auf gesetzgeberischer Ebene vorzugehen. Das können wir natürlich hier in Köln nicht, das geht darüber hinaus; das ist völlig klar.

Wir möchten anerkennen, was die Verwaltung bisher auf den Weg gebracht hat, aber auch deutlich machen, wo noch Defizite liegen. Deswegen ist unser Antrag mehr als nur eine Erinnerung daran. Vielmehr soll er nachdrücklich alle Beteiligten auffordern, zu Lösungen zu kommen, die weit über das hinausgehen, was wir heute schon haben. In diesem Sinne bitte ich Sie um Zustimmung und Verabschiedung dieses Antrags. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Möring. - Frau dos Santos,

bitte. - Einen Augenblick! Herr Beigeordneter Höing hat sich zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Beigeordneter Franz-Josef Höing: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Möring, Sie haben es gesagt: Es ist kein neues Thema. Ich glaube, wir müssen es in der Tat ein Stück weit neu denken und vorantreiben. Wir haben 15 Jahre Sanierung vor der Brust. Wir haben die Großbaustellen in einem ersten Aufschlag auf ein Tableau gebracht und in ersten Ansätzen die Abhängigkeiten dieser Baustellen voneinander und ihre verkehrlichen Auswirkungen betrachtet.

Unser Straßennetz ist schon heute über Gebühr strapaziert. Es ist in der Tat unsere Aufgabe, diese Dinge noch besser zu koordinieren. Wir haben leider nicht nur 12 000 Baustellen, wie Sie in Ihrem Antrag formuliert haben, sondern jedes Jahr 24 000 Baustellen, und zwar in einem ganz unterschiedlichen Maßstab. Die großen sind das eine; die sind wir angegangen. Es sind die vielen kleinen, die in einem besonderen Maße ein Ärgernis oder zumindest eine Behinderung sind. Ich nenne sie immer salopp: die Wanderdünen, die durch die Stadt ziehen. Natürlich müssen wir das noch besser koordinieren.

Ich will aber auch deutlich machen: Es ist nicht so, auch wenn der eine oder andere den Eindruck haben mag oder es vielleicht einfacher ist, das zu behaupten, dass wir das heute nicht koordinieren würden. Man muss es noch besser koordinieren, wohl wissend, dass man nie den Zustand erreichen wird, wo alle Dinge synchron gemacht werden können.

Es gibt eine App. Es gibt unseren Verkehrskalender. Wir arbeiten derzeit an einer Internetplattform, in die wir nicht nur die städtischen Maßnahmen einpflegen, sondern auch eine intensive Abstimmung mit der StEB, der KVB, mit NetCologne und weiteren Bauherren in dieser Stadt in Angriff nehmen müssen. Insofern: Das ist „work in process“, wenn Sie so wollen. Natürlich müssen wir zu einer noch größeren Transparenz kommen, weil wir ja auf die Akzeptanz der Bürger in den nächsten Jahren intensiv angewiesen sind.

Ich bin mir selber vollkommen im Klaren - das betrachte ich sehr nüchtern -, dass wir nicht ständig Applaus ernten werden. Natürlich wird man immer zwischen der optimalen Abwicklung einer Baustelle und einer möglichst geringen Beeinflussung des Verkehrs abwägen müssen. Das wird ein schwieriges und großes

Unterfangen sein. Natürlich schauen wir auch, was Städte wie Saarbrücken und auch andere Großstädte machen; wir organisieren das. Sie hatten auch unsere finanziellen Möglichkeiten angesprochen. Wir werden das im Wesentlichen mit Bordmitteln machen müssen. Aber wir werden das angehen müssen, und zwar stärker, als wir es bis dato gemacht haben. - So weit eine erste Einschätzung Ihres Antrags.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Beigeordneter Höing. - Jetzt kommen wir zu Frau dos Santos.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Ich glaube, ich kann das vom Platz aus machen. - Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Anträge dienen in der Regel dazu, Dinge anzustoßen, die noch nicht laufen. Das ist auch der wesentliche Grund, weshalb wir dem CDU-Antrag nicht zustimmen. Er erfüllt diese Voraussetzung nicht.

Die Verwaltung hat gehandelt. Unter ihrer Führung und den Vorschlägen von Herrn Höing ist die Verwaltung dabei, genau das Problem anzupacken, das Herr Möring dargestellt und, wie ich glaube, auch an vielen Stellen ein Stück weit dramatischer geschildert hat, als es tatsächlich ist. Im Übrigen macht die Verwaltung ja nicht erst seit heute oder seit letzter Woche Baustellenkoordination und Baustellenmanagement.

Es ist sicherlich richtig, dass wir noch Verbesserungsbedarf haben. Es ist auch richtig, dass die Großakteure, die Herr Möring benannt hat, an einen Tisch gehören und die Koordination zwischen ihnen zu verbessern ist. Aber genau das hat die Verwaltung jetzt angepackt. Ich zitiere kurz aus der Pressemitteilung der Stadt, die nach der Vorstellung des Konzepts durch Herrn Höing letzte Woche veröffentlicht wurde. Darin heißt es, dass künftig eine Gesprächsrunde regelmäßig dazu tagen wird, dass diesem Gremium unter anderen auch die Industrie- und Handelskammer zu Köln, die Handwerkskammer, die Kölnmesse, der Verkehrsverbund, die Deutsche Bahn AG, die Kölner Verkehrs-Betriebe, RheinEnergie, Landesbetrieb Straßenbau usw. usf. angehören und dass die Koordination gemeinsam angepackt und verstärkt darauf geachtet werden soll, dass nicht nach Fertigstellung einer

Baustelle gleich wieder der nächste Aufriss kommt. Da müssen wir in der Tat besser werden; an der Stelle stimme ich Herrn Möring zu. Aber dieser Antrag ist nicht mehr notwendig, weil die Verwaltung bereits gehandelt hat. - Vielen Dank.

(Beifall bei Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Frau Tull.

Bettina Tull (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es auch vom Platz aus.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Es ist so gemütlich hier!)

- Es ist so gemütlich hier, genau.

Ich bin ein bisschen überrascht von der CDU; denn sie ist ja in alle Prozesse, die in der Stadt passieren, eingebunden. Sie weiß daher ganz genau - auch Sie, Herr Möring -, was sich in den letzten Wochen und Monaten getan hat und welche Verbesserungsvorschläge - Herr Höing hat sie eben angerissen - präsentiert worden sind. Wir waren insgesamt der Meinung, dass das ein guter Weg ist. Frau dos Santos hat eben auch noch einmal gesagt, dass das auf jeden Fall zu einer Verbesserung der Gesamtsituation führen wird. Insofern frage ich mich, was Sie mit Ihrem Antrag bezwecken. Dass die Koordination der Baustellen verbessert werden muss, wurde schon häufiger beantragt. Das ist der jetzt der fünfte Aufguss eines beliebten Themas. Heute Mittag hatten wir das schon einmal beim Antrag der FDP in Sachen Schneesteuer. Man würde meinen, Ihnen könnte auch mal was Neues einfallen; aber gut.

(Zurufe von der CDU)

Offensichtlich wollten Sie Honig aus diesem Thema saugen. Aber ich glaube, das wird nicht richtig funktionieren.

Noch eine Bemerkung am Rande: Baustellen sind lästig; keine Frage. Aber warum sie in Köln so schwierig zu handhaben sind und weshalb sie so viele Probleme verursachen, liegt ja nicht nur daran, dass wir so viele Baustellen haben und diese eventuell schlecht gemanagt werden, sondern es liegt auch daran, dass wir so viel Verkehr haben.

(Beifall bei Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen])

Leider ist die CDU nicht dazu bereit, gemeinsam mit uns an einer nachhaltigen Lösung zu arbeiten.

(Zurufe von der CDU)

Das wäre ein neuer Weg, der erfolgversprechender wäre als der fünfte Aufguss eines Antrags zum Baustellenmanagement. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zurufe von der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: So weit Frau Tull. - Dann kommt Frau Kirchmeyer. Nein, ich sehe, es kommt Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Da Frau Kirchmeyer stimmlich angeschlagen ist, kann sie leider auf kommunaler Ebene nicht auf ihre Zweitstimme zurückgreifen. Deswegen bin ich hier eingesprungen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Bettina Tull, wenn die Probleme von der Mehrheit hier im Rat gelöst würden, bräuchte man sie nicht immer wieder in den Rat einzubringen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Höing hat ja deutlich gemacht, wie groß der Handlungsbedarf noch ist.

Natürlich habe ich nachgeschaut, was wir schon zu diesem Thema gemacht haben. Der erste Antrag, den ich hier begründet habe, stammt aus dem Jahr 2001.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Da war alles besser!)

- Da war alles besser; das stimmt. - Damals ging es darum, die Baustellen auf Veranstaltungen abzustimmen, also beispielsweise dass die Autobahn nicht an verkaufsoffenen Sonntagen gesperrt ist, was ja auch mal passiert ist.

Aus dem Jahr 2007 stammt die Pressemitteilung „City-Marketing unterstützt Forderung nach übergreifendem Baustellenmanagement“, die einen Antrag der FDP im Stadtentwicklungsausschuss thematisiert.

Wir haben 2010 - damals hat der ADAC Köln als „autofeindlichste Stadt“ auserkoren - hier in diesem Rat eine Debatte über das Baustellenmanagement geführt, in der der Vorschlag gemacht wurde, einen Baustellenbeauftragten oder eine Baustellenbeauftragte einzusetzen, der oder die alle Maßnahmen koordiniert, die in den Verkehrsraum eingreifende Bauträger betreffen, und natürlich auch für die Abstimmung zwischen Baustellen und Veranstaltungen zuständig ist. Damals - da gebe ich der Kollegin dos Santos Herrmann recht - hat es einen Änderungsantrag von SPD und Grünen gegeben, der aufgrund der Mehrheitsverhältnisse hier natürlich auch beschlossen wurde, mit dem die Dinge aufgegeben worden sind, die möglicherweise jetzt zu dem Ergebnis geführt haben, das Herr Höing eben geschildert hat, nämlich zu dem, was in den letzten Tagen stattgefunden hat.

Von daher: Die Probleme sind da, Frau Tull. Ich glaube, es schadet nichts, das hier noch einmal zu bekräftigen und die Verwaltung mit Rückenwind zu versehen. Wenn der Antrag von Ihnen gekommen wäre, würden Sie das genauso handhaben. Deswegen werden wir als FDP gerne dem CDU-Antrag hier heute zustimmen. - Danke sehr.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Sterck. - Wir kommen dann zu Herrn Weisenstein.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister Roters! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag wird der Eindruck erweckt, man könne in wenigen Wochen ein Konzept erarbeiten - es soll ja bis zu den Sommerferien vorliegen -, das aufzeigt, mit welchen Mitteln die Verkehrsprobleme in den Griff zu bekommen sind. Das ist ein eindeutiger Versuch von Augenwischerei. Allen hier im Saal ist bekannt, dass es einen sehr großen Nachholbedarf bei der Instandhaltung der Verkehrsinfrastruktur in Köln gibt. Die Erledigung dieser Arbeit wird Jahrzehnte in Anspruch nehmen.

Es gibt bereits eine Gruppe, eine Taskforce zum Baustellenmanagement bei der Stadt. Diese Gruppe ist mit Vertreterinnen und Vertretern aus den betroffenen Ämtern besetzt und trifft sich regelmäßig, um die Baustellen zu koordinieren.

Ebenso wird in puncto Öffentlichkeitsarbeit seit einigen Jahren eine Internetseite betrieben, auf der alle wesentlichen Informationen zu den Baustellen veröffentlicht werden. Es ist sicherlich möglich, die Öffentlichkeitsarbeit bezüglich des Baustellenmanagements zu verbessern. Das wird aber nicht zum Nulltarif möglich sein. Dafür müssten zusätzliche Stellen geschaffen werden.

Im vorliegenden Antrag wird auch gefordert, dass die Bauzeit der einzelnen Baustellen beschleunigt werden soll. Das geht auch nicht zum Nulltarif. Das wird nur funktionieren, wenn an vielen Baustellen rund um die Uhr gebaut wird. Das verteuert Baumaßnahmen enorm. Experten weisen zudem darauf hin, dass viele Firmen das gar nicht leisten können. Es gibt also gar nicht so viele Firmen, wie man bräuchte, um 24-Stunden-Baustellen einzurichten.

Die CDU möchte hier, wenn sie das ernst nimmt, viel Geld ausgeben, um eine minimale Verbesserung in dem Segment Baustellenmanagement zu erreichen. Dieses Geld, meine Damen und Herren, ist derzeit dafür nicht da. Wir brauchen es an anderen Stellen der Stadt viel nötiger. Der Antrag muss deshalb abgelehnt werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 3.1.4. Wer für den Antrag der CDU-Fraktion ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU, die Fraktion der FDP, die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Hoffmann ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.5:

**3.1.5 Antrag der FDP-Fraktion betreffend
"Bewährte Ladenöffnungszeiten
erhalten – Rat unterstützt Vorschlag des
Oberbürgermeisters Jürgen Roters zum
Erhalt liberaler Sonntagsöffnung im
Einzelhandel"
AN/0334/2013**

Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! Ich weiß nicht, wer hier oben seinen Stift vergessen hat. Sie, Herr Detjen?

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Nein!)

Ich habe den Stift hier eben gefunden. Wir bereichern uns ja nicht an fremden Sachen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Herr Oberbürgermeister! Nur, weil es so schön ist: Unser Antrag trägt den Titel: „Bewährte Ladenöffnungszeiten erhalten - Rat unterstützt Vorschlag des Oberbürgermeisters Jürgen Roters zum Erhalt liberaler Sonntagsöffnung im Einzelhandel“.

Meine Damen und Herren, Sie wissen ja, ich spreche häufig zu diesem Thema, und ich spreche auch gerne zu diesem Thema. Wissen Sie auch, warum? Frau Tull, das ergänzt die Replik auf den Vorwurf, den Sie uns eben gemacht haben. Es lohnt sich durchaus, bei manchen Themen penetrant zu sein, weil sich dann doch noch etwas bewegt, selbst bei der rot-grünen Landesregierung.

Wäre das wahr geworden, was Herr Kossiski im Wahlkampf vollmundig versprochen hat, würden wir wieder um 18.30 Uhr hektisch in den Kaufhof rennen, um schnell noch etwas einkaufen zu können. Wir haben es gemeinsam mit dem Einzelhandel und anderen Vertretern geschafft, dass die angeblich so radikale Änderung des Ladenöffnungsgesetzes nun doch nicht so schlimm ausfällt, wie wir es befürchtet hatten.

Ich freue mich, Herr Oberbürgermeister, dass Sie einen Beitrag dazu geleistet haben, dass eine Großstadt wie Köln anders bewertet wird als die von mir gern zitierte Gemeinde Hückeswagen-Kobeshofen. Denn es macht schon einen Unterschied, ob man für eine Millionenstadt eine Regelung findet oder für kleine Gemeinden, die kreisangehörig sind.

Nun haben Sie am 24. August 2012 einen Brief an den Minister Garrelt Duin geschrieben - er war ja gestern auch in Köln -, in dem Sie ihn gebeten oder aufgefordert haben, die Sonntagsöffnungszeiten insbesondere für die größeren Städte differenziert zu betrachten und dies in die Diskussion zum Ladenöffnungsgesetz mit einzubeziehen. Nach unseren Wasserstandsmeldungen, Herr Oberbürgermeister, geht die Diskussion in Düsseldorf leider im Moment in die Richtung, dass die Regelung 12 plus 1, sprich: 13 - wir haben ja noch die Sonderöffnungszeit an einem Adventssonntag - in Kraft treten soll. Dazu sage ich - da kann ich Ihrer eigenen Argumentation nur zustimmen -: Es wäre schlecht, wenn es zu

einer Reduzierung auf unter 15 verkaufsoffene Sonntage käme. Sie haben dies in Ihrem Brief ja auch deutlich formuliert und den Landesminister aufgefordert, sich für eine Ausweitung einzusetzen.

Nun bin ich etwas unsicher. Ich habe den Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Herrn Duin, gestern erlebt. Erlauben Sie mir die etwas saloppe Formulierung: Das kenne ich von den Wirtschaftssprechern der SPD auf allen Ebenen. Sie sind immer sehr freundlich, sie sind konziliant gegenüber dem Mittelstand - ich weiß, wovon ich spreche -; nur, wenn es dann zum Schwur kommt, hatte ich, zumindest bei der Regierung in Düsseldorf, bisher immer den Eindruck, dass der Umweltminister mehr zu sagen hat als der Wirtschaftsminister.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deswegen bin ich etwas skeptisch, ob denn die Ankündigung von Herrn Duin, man sei ja in einer Diskussion mit dem Einzelhandel, wirklich zu einer Verbesserung der Situation führt. Verbesserung hieße, dass man sagt: Okay, wir machen eine Regelung 12 plus 1 plus 1. Das würde bedeuten: Wir hätten zwei geöffnete Adventssamstage, allerdings einen Samstag nur im Zentrum und einen anderen Samstag nur in den - -

(Ralph Sterck [FDP]: Sonntag! - Ulrich Breite [FDP]: Sonntag!)

- Entschuldigung, Sonntag. Vielen Dank, Herr Sterck. Dafür haben wir einen Fraktionsvorsitzenden und einen Geschäftsführer, die den Zwischenruf immer an der richtigen Stelle machen. Es geht selbstverständlich um Sonntage.

Also noch einmal: Wir müssten die verkaufsoffenen Adventssonntage aufteilen: einen Adventssonntag im Zentrum und einen anderen in den Außenbezirken. Deswegen halte ich es immer noch für richtig, dass wir von Köln aus das Signal senden: Wir wollen 15 verkaufsoffene Sonntage, vor allen Dingen auch ohne einzelne Beschränkungen. Gerade an den Adventssonntagen wäre es schwer vermittelbar, wenn zum Beispiel die Geschäfte im Agnesviertel oder in der Südstadt offen sind, im Zentrum aber nicht, oder wenn im umgekehrten Fall ein oder zwei Wochen später im Zentrum alle Geschäfte geöffnet sind, das Einkaufszentrum in Weiden aber geschlossen hat. Das macht keinen Sinn.

Deswegen würde ich mich freuen, wenn Sie die Anregungen des Oberbürgermeisters unterstützen könnten, damit wir gemeinsam eine gewisse Bewegung bei der rot-grünen Landesregierung erzielen können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zu Herrn Börschel.

(Dr. Ralf Unna [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ich habe noch eine Nachfrage!)

- Eine Nachfrage? Ja, bitte schön.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Kollege, Sie sagten eingangs, dass Sie sich nicht am Schreibgerät bereichern wollten und dies auch grundsätzlich nicht vorhätten. Mich würde interessieren, wie Sie das zusammenbringen mit der Bereicherung oder der Übernahme der Idee des Oberbürgermeisters. Steht das nicht im Widerspruch?

(Heiterkeit)

Reinhard Houben (FDP): Herr Dr. Unna, wunderbar aufgegriffen. Ich habe beim Kuli natürlich von materiellen Werten gesprochen. Es ist kein Fehler, wenn man eine gute Idee oder einen guten Vorschlag, den jemand anders hatte, übernimmt. Da fällt uns kein Zacken aus der Krone. Das unterscheidet die FDP ja vielleicht von anderen Fraktionen hier im Rat.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zu Herrn Börschel. Bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Houben, das ist schon ein beeindruckendes Schauspiel, was Sie hier aufführen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben in der Ratssitzung am 14. Februar 2012 zum letzten Mal über dieses Thema diskutiert, übrigens anlässlich eines Antrags der FDP. Damals vertraten Sie noch glühend die

Meinung, das bisherige, von der schwarz-gelben Landesregierung eingeführte Ladenöffnungsgesetz hätte sich bewährt. Hände weg! Alles perfekt, alles wunderbar.

(Ralph Sterck [FDP]: Immer noch! - Beifall bei der FDP)

- Sehen Sie! - Heute wollen Sie uns glauben machen - ich darf Herrn Houben zitieren -: Wir halten es immer noch für richtig, die Sonntagsöffnungen auf 15 Sonntage zu begrenzen. Uups!

(Ralph Sterck [FDP]: Besser als zwölf!)

- Moment! Die Aussage war doch: Wir halten es immer noch für richtig. Herr Houben, was stimmt denn nun?

(Volker Görzel [FDP]: Wortklauberei!)

- Lieber Herr Kollege - ich komme gerade nicht auf Ihren Namen, wenn Sie mir freundlicherweise helfen würden - -

(Zurufe: Görzel!)

- Entschuldigung, mein Fehler! - Lieber Herr Kollege Görzel, Wortklauberei, sagen Sie. Das ist schon spannend. Ich werde das mal mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in Düsseldorf besprechen. Ihre Düsseldorf Landtagskolleginnen und -kollegen - Frau Gebauer wird Ihnen das berichten können - sind nach wie vor fundamentaloppositionell und sagen dort: Das bisherige Ladenöffnungsgesetz hat sich bewährt. Hände weg! Also genau das, was Sie hier im Februar 2012 gesagt haben. Jetzt will uns Herr Houben glauben machen, Sie seien immer schon der Meinung gewesen, dass die Begrenzung auf 15 Sonntage - das haben Sie gerade gesagt - eine angemessene Regelung sei. Das ist Logik à la FDP. Damit kommen Sie hier im Rat der Stadt Köln nicht durch.

Ich will Ihnen noch einmal darlegen, wie die Debatte damals zustande gekommen ist, und zwar außerhalb dieses Rates, nämlich auf Landesebene. Die rot-grüne Regierungskoalition hat sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, das Ladenöffnungsgesetz zu evaluieren und diese Evaluation zur Grundlage einer Überarbeitung zu machen. Darüber haben wir seinerzeit hier im Rat der Stadt Köln diskutiert. Ich darf in dem Fall ohne falsche Bescheidenheit sagen, dass ich derjenige war, der damals in dieser Ratsdebatte gesagt hat: Liebe Leute, solche Ladenöffnungen an Sonntagen sind

immer auch ein Kompromiss zwischen sehr vielen heterogenen Interessen. Wir als sozialdemokratische Fraktion in Köln sind der Meinung, dass man einen Kompromiss suchen sollte. - Ich habe - neben meiner Meinung für die Fraktion, dass an den werktäglichen Öffnungszeiten eher kein Veränderungsbedarf besteht - damals die Frage von 15 Sonntagsöffnungen für Köln bzw. eine landesweite Regelung ins Gespräch gebracht. Das hat Sie damals immerhin nachdenklich gemacht; Sie haben Ihren Antrag zurückgezogen. Wir haben gesagt: Lasst uns mal gucken, was wir gemeinsam auf die Reihe kriegen können!

Still ruhte der See. Von Ihnen war nichts mehr zu hören außer, wie gesagt, Fundamentalopposition in Düsseldorf. Und jetzt, nachdem in Düsseldorf so gut wie alles in trockenen Tüchern ist, nachdem die Regierungskoalition ihren Koalitionsvertrag gemacht hat, nachdem Sachverständigenanhörungen stattgefunden haben, nachdem überlegt wurde, einen Korridor von 10 bis 15 Sonntagen landesweit zu schaffen und innerhalb dieses Korridors zu versuchen, einen ordentlichen Mittelweg zu finden, jetzt, wo alles vorbei ist, da sind Sie plötzlich aufgewacht und kommen auf die Idee, dass man eigentlich doch 15 Sonntagsöffnungen ganz vernünftig finden muss. Das ist wirklich Tempo - das nehmen Sie ja immer so gerne für sich in Anspruch -; in der Sache macht das aber gar keinen Sinn mehr.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wäre die FDP auf Landesebene der Meinung gewesen, Sie hätte an einem Kompromiss mitwirken müssen, wären Sie also kompromissbereit gewesen, hätten Sie die Chance gehabt, den Korridor zwischen 10 und 15 in Ihrem Sinne mit zu beeinflussen. Da Sie es aber vorgezogen haben, in Fundamentalopposition zu gehen - wie übrigens auch die CDU in Düsseldorf -, haben das SPD und Grüne eben alleine gemacht. Da wird ein Kompromiss herauskommen, der unseren unmittelbar Kölner Vorstellungen als SPD nicht ganz entsprechen wird, der aber ein sehr ordentlicher, tragfähiger Kompromiss ist. Wie immer im Leben gilt: Hätten Sie mitgewirkt, hätten Sie die Chance gehabt, auch im Sinne einer breiten Mehrheit - ich verrate Ihnen da kein Geheimnis; Rot-Grün wäre gewiss bereit gewesen, mit Blick auf eine noch breitere Mehrheit auf die FDP zuzugehen - Veränderungen von Realität zu bewirken. Da Sie vorgezogen haben, sich mäkelnd und trotzig in die Opposition zu

begeben, wurde dieser Düsseldorfer Kompromiss eben ohne Sie gemacht. So ist das: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.

Deswegen wird es eine Lösung geben, die ordentlich ist, mit der man gut leben kann. Jedenfalls ist Ihr bisher geltendes Ladenöffnungsgesetz für eine Befriedung nicht geeignet. Das, was die rot-grüne Regierungskoalition auf Grundlage von Sachverständigenanhörungen dann in Gesetzesform gießen wird, ist allemal besser als das, was Sie immer versucht haben. Dass Sie jetzt versuchen, nachzuklappen, ist wirklich der Ausweis einer jämmerlichen Oppositionsstrategie.

(Lachen bei Reinhard Houben [FDP])

Noch ein Punkt: Sie haben eben noch einmal angeregt, nach der Größenklasse von Kommunen zu differenzieren. Diesen Gedanken hatten wir übrigens auch. In Düsseldorf waren sich aber nach der Sachverständigenanhörung alle einig - übrigens auch die Vertreterinnen und Vertreter der FDP im Ausschuss -, dass es auch wegen rechtlicher Unsicherheiten nicht sinnvoll ist, über eine Größenklassifizierung von Kommunen nachzudenken. Das hätte einfach eine viel zu große Unsicherheit bewirkt. Insofern vertreten Sie das übrigens in Düsseldorf auch nicht mehr. Das will ich Ihnen nur zur Sicherheit noch einmal zurufen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Börschel. - Wir kommen dann zu Herrn Dr. Strahl.

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Fraktion wird für den Antrag der FDP stimmen. Dieses Stimmverhalten werde ich Ihnen anhand von drei Argumenten kurz erklären. Sie sind Ergebnis meiner Wahrnehmung während der Expertenanhörung zur Novelle des Ladenöffnungsgesetzes am 18. Februar 2013 in Düsseldorf.

Erstens. Köln ist mit etwa 1 020 000 Einwohnern die bei weitem bevölkerungsreichste Stadt Nordrhein-Westfalens. Alle anderen Städte haben jeweils höchstens 60 Prozent dieser Einwohnerzahl. Köln ist aus seiner Historie heraus polyzentrisch strukturiert - mit 86 Vororten in neun Stadtbezirken. Der

bevölkerungsreichste Stadtbezirk ist Mülheim mit etwa 145 000 Einwohnern. Das ist mehr, als 90 Prozent der NRW-Städte einzeln an Einwohnern haben.

Bevölkerungstechnisch und von der Struktur her ist Köln mit keiner anderen Stadt in Nordrhein-Westfalen zu vergleichen - und darf folglich auch nicht mit ihnen gleichgemacht werden.

Die Zahl von willkürlich gewählten 13 verkaufsoffenen Sonntagen mag für Heimbach und Nideggen ohne Kollision zu bewerkstelligen sein; für Köln ist sie mehr als widersinnig - und das sagt nichts über meine Wertschätzung von Heimbach und Nideggen.

Zweitens. Am Beispiel eines verkaufsoffenen Sonntags im Advent waren sich die Abgeordneten aller Parteien durchaus einig, dass diese Vorgabe zu einer nicht akzeptablen Konkurrenzsituation von Innenstädten und Vororten führt. Deshalb wurde ein zweiter freizugebender Sonntag im Advent in die Diskussion eingeführt. Aber nun soll - hören Sie zu, und staunen Sie - dieser zweite Sonntag von den verbleibenden zwölf Sonntagen über das Jahr abgezogen werden. Welch ein Aberwitz: Um die Konkurrenzsituation zwischen Weihnachten zwischen den Innenstädten und den Vororten zu entwirren, wird der Zustand übers Jahr hinaus weiter verschärft. Wo bleibt da die Logik?

Drittens. Oberbürgermeister Roters weiß natürlich, dass wir in Köln eine ordentliche Nahversorgung und einen funktionierenden Einzelhandel in den Nebenzentren dringend benötigen, insbesondere im Hinblick auf den demografischen Wandel in der Bevölkerung. Wie wollen Sie einem älteren Menschen klarmachen, dass er doch bitte seinen Führerschein abgeben möge, wenn er anschließend kaum eine Möglichkeit mehr hat, seinen Bedarf an Handelswaren fußläufig zu erreichen? Da ist es absolut nicht hilfreich, wenn sich an den verkaufsoffenen Sonntagen die Einzelhändler mehrerer Nebenzentren im selben Stadtbezirk und vielleicht zusätzlich noch die Einzelhändler in der Innenstadt um denselben Kunden bemühen müssen.

Die Erfahrung der Einzelhändler aus den letzten Jahren zeigt, dass die 18er-Regelung für den Einzelhandel hinreichend ist, die 15er-Regelung schwierig sein dürfte und die 12+1er-Regelung in der Gesetzesnovelle absolut nicht auskömmlich sein wird.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Dr. Strahl, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Ja.

Martin Börschel (SPD): Herr Dr. Strahl, ich habe nur folgende Frage: Warum hat die CDU denn genau diese Position - ebenso wenig wie die Kollegen der FDP - in Düsseldorf nicht vertreten?

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Ich habe Sie auf der Veranstaltung dort nicht gesehen. Sie können aber davon ausgehen, dass ich diese Ansicht vertreten habe.

(Beifall bei der FDP - Martin Börschel [SPD]: Und Ihre Landtagsfraktion, Herr Kollege?)

- Mit dem hiesigen Abgeordneten bin ich deswegen im Gespräch; das ist richtig - aber nicht erst seit gestern.

(Martin Börschel [SPD]: Aber der ist von gestern! Deswegen wird er nichts bewegen!)

- Das müssen Sie bitte mit ihm ausmachen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der guten Erkenntnis dieser Tatsache hat sich der OB, um Schaden von der Stadt abzuwenden, in dieser Angelegenheit im August vorigen Jahres an seinen Parteifreund, den Wirtschaftsminister Duin, gewandt und ihn gebeten, die Freigabe von 15 verkaufsoffenen Sonntagen vorzusehen. Alternativ möge er überlegen, ob für die Städte je nach Größe der Kommune zehn bis 15 verkaufsoffene Sonntage möglich sein sollten.

Zumindest dieser besseren Erkenntnis des OBs und seiner Verwaltung sollten wir folgen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte schenken Sie dem Antrag der FDP Gehör. Dieser Antrag stützt den Vortrag unseres OBs und verhindert damit eine zu befürchtende und durchaus mögliche irreparable Schädigung des Einzelhandels in den Vororten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Dann kommen wir zu Frau Thelen.

Elisabeth Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Mit ewiggleicher Penetranz zwingt die FDP den Rat wieder einmal zu einer Ladenöffnungsdebatte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Ralph Sterck [FDP]: Ja! - Beifall bei der FDP)

Um es vorab zu sagen - das wird Sie nicht überraschen -: Wir sehen heute keinen Handlungsbedarf in dieser Frage. Martin Börschel hat eben dargestellt, wie der Stand auf Landesebene ist. Dort gab es in den letzten Monaten einen intensiven Diskussionsprozess. Jetzt zeichnet sich ein Kompromiss ab, mit dem wir leben können. Auch wir als Ratsfraktion der Grünen hätten an der einen oder anderen Stelle andere Akzente gesetzt. Das Ergebnis ist aber so, wie es ist, und es ist unserer Meinung nach tragbar.

Nach dem Grundsatz „Teile und herrsche!“ soll der Oberbürgermeister nun für eine Kritik an der rot-grünen Landesregierung herhalten. Der Brief, auf den Sie sich beziehen, ist mehr als ein halbes Jahr alt, also von der Entwicklung inzwischen überholt.

(Ralph Sterck [FDP]: Der OB hat eben noch die ganze Zeit dazu genickt!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das war nur ein freundliches Nicken.

Elisabeth Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Sterck, in Ihrem Antrag nehmen Sie diesen Brief äußerst selektiv zur Kenntnis. Sie sezieren ihn mit blau-gelber Brille.

(Ralph Sterck [FDP]: Aha!)

Ich habe diesen Brief intensiv gelesen - ich nehme an, Sie auch.

(Ralph Sterck [FDP]: Ja! Von wem haben Sie ihn denn bekommen? Sie dürfen es ruhig zugeben: Von uns!)

- Mag sein.

(Ralph Sterck [FDP]: Gern geschehen!)

Das ist jetzt aber nicht wesentlich, glaube ich.

(Ralph Sterck [FDP]: Nein, nur nicht!)

Der OB vertritt in besagtem Brief die Kölner Selbstbeschränkung auf drei Sonntagsöffnungen offensiv. Vielen Dank dafür, Herr Roters! Er äußert sich auch ausdrücklich positiv zu der Absicht der Landesregierung, die möglichen Sonntagsöffnungen zu reduzieren.

Darauf nehmen Sie nicht Bezug, Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion. Im Gegenteil: Sie testieren dem OB in Ihrem Antrag, dass er - hört, hört! - für eine liberale Sonntags- und Feiertagsöffnung im Einzelhandel eintritt. Sie sprechen sogar von einer liberalen Lösung nach Kölner Vorbild. Alle Achtung! Das Kölner Modell, in der Vergangenheit von Ihnen als Blockadepolitik und schädlich beschimpft, ist jetzt eine liberale Lösung nach Kölner Vorbild.

Da halte ich es mit Lorient:

Im liberalen Sinne heißt liberal nicht nur liberal.

Meine Damen und Herren, wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Noch einmal Herr Houben, bitte. - Herr Detjen, Sie standen nicht auf unserer Liste. Aber selbstverständlich bekommen Sie das Wort. Sonst melden Sie sich immer vorher sehr aufmerksam und intensiv.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister, ich hatte mich gemeldet, bin aber auch - wie Herr Houben - ein Ladenschluss-Diskutant. Insofern ist es doch klar, dass ich mich dazu äußere.

Jetzt muss ich einmal Folgendes sagen: Es ist interessant, dass Grüne und SPD zu dem Vorschlag des Oberbürgermeisters, 15 Sonntage vorzusehen, überhaupt nichts gesagt haben. Sie haben nicht gesagt, dass sie das gut finden. Sie haben aber auch nicht gesagt, dass sie das schlecht finden.

(Martin Börschel [SPD]: Dazu habe ich doch etwas gesagt! - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Zuhören, Herr Detjen!)

- Ich habe nichts gehört. Sie haben vom Landtag erzählt usw. usf. - Im Übrigen finde ich es spannend, Herr Börschel, dass Sie jetzt

Ladenschlussbeauftragter der SPD im Rat geworden sind. Das ist etwas Neues - Sie sind ja auch nicht im Wirtschaftsausschuss -, aber durchaus interessant.

Die FDP hat ja eine Erfolgsgeschichte. Sie hatte Sie hier im Rat auf die Frage - jetzt bin ich bei einem anderen Thema - des werktäglichen Öffnens angesprochen. Da sind Sie ihr weit entgegengekommen, Herr Börschel, indem Sie hier erklärt haben, daran werde sich nichts ändern - obwohl in den ganzen Diskussionen in der Öffentlichkeit klar war, dass wir die werktägliche Öffnung reduzieren müssen. Das war gar keine Frage. In der neuen Diskussion spricht aber niemand mehr davon. Jetzt geht es im Wesentlichen um den Sonntag.

In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, dass es die Kölner Allianz für den Freien Sonntag gibt. Diesem Bündnis gehören der DGB, der Evangelische Kirchenverband, der Katholikenausschuss, die Katholische Arbeitnehmer Bewegung und ver.di an.

(Zuruf: Und Sie!)

- Nein. Das geht nicht, weil diesem Bündnis keine Parteien angehören, sondern nur Verbände. Deswegen sind wir auch nicht dabei. Wir finden die Position dieses Bündnisses aber sehr interessant.

Dieses Bündnis hat zu Ihrer Gesetzesinitiative Ende letzten Jahres Folgendes geschrieben - ich zitiere -:

Als Kölner Allianz für den Freien Sonntag sind wir von der Novelle und auch von der Sicht des Ministers tief enttäuscht. Im Vorfeld der Landtagswahl klangen die Pläne zum Sonntagsschutz der Kölner SPD und der Grünen anders - nämlich sinngemäß: Wir brauchen gar keine verkaufsoffenen Sonntage, denn sie machen wirtschaftlich keinen Sinn und sind alles andere als familienfreundlich.

Diese Aussage ist relativ klar: keinen offenen Sonntag. Jetzt bekommen wir aber eine ganz andere Entwicklung. Insofern ist es aufseiten der FDP schon ganz vernünftig, doch einmal zu gucken, was man da noch so machen kann.

(Zurufe von der FDP)

- Das finde ich vollkommen legitim, obwohl ich eine völlig andere Position vertrete. Sie sind in

dieser Frage auch nicht ganz erfolglos. Insofern kann ich das gut verstehen.

Deswegen wäre es angebracht, jetzt zu sagen: Hier und heute wird es da keine Bewegung geben. - Ich finde, dass es aber doch Bewegung gibt.

Daher sage ich dem Oberbürgermeister: Nein, Herr Oberbürgermeister, das wollen wir nicht. Ich will das nicht. Das ist eine ganz klare Ansage. Mit dem, was Sie tun, habe ich gar kein Problem. Sie können selbstverständlich Briefe nach Düsseldorf schreiben. Diese Briefe können Sie auch gerne für sich behalten. Ich würde auch nicht im Müll kramen und sehen, dass ich sie finde.

Das ist doch sein gutes Recht. Ich finde es unmöglich, dass man hier Briefe zur Grundlage eines Antrags macht. Das finde ich wirklich doof. Insofern sage ich: In diesem Punkt möchte ich den Oberbürgermeister verteidigen, in der sachlichen Frage überhaupt nicht. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Dann kommen wir zu Herrn Houben. Er hat noch eine Ergänzung.

Reinhard Houben (FDP): Ja, Herr Oberbürgermeister. Das ist so schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Aber danach ist Ladenschluss.

Reinhard Houben (FDP): Dann ist für heute Schluss mit dem Ladenschluss. - Herr Oberbürgermeister, ich muss hier erst einmal eine gewisse Ehrenrettung vornehmen. Laut dem Verteiler dieses Briefes haben ihn unter anderem die Kölner Landtagsabgeordneten in Kopie erhalten, Herr Detjen. Wir müssen also nicht in irgendwelchen Mülleimern suchen, um Briefe des OBs zu bekommen. Die Kommunikation zu unserer Landtagsfraktion funktioniert auf jeden Fall direkt, Frau Thelen. Wir sind da aber gerne behilflich.

Frau Thelen, was Sie hier gesagt haben, finde ich allerdings wirklich ärgerlich. Wenn Sie hier im Rat antreten, müssen Sie auch einmal daran denken, welche weiteren Funktionen Sie im

Auftrag des Kölner Rates wahrnehmen. Sie sind genauso wie ich im Aufsichtsrat von KölnTourismus.

Es wäre schön, wenn Sie sich die Mühe gemacht hätten, die Stellungnahmen der verschiedenen Verbände zu lesen, die sich im Landtag entsprechend geäußert haben. Mit Erlaubnis des Oberbürgermeisters möchte ich hier nur Folgendes zitieren:

Tourismus NRW:

- starke Kritik an Einschränkung auf 13 Sonntage
- Kritik an Adventsregelung
- Kritik an Anlassbezug
- Shopping als Bestandteil des Urlaubs wird von der Politik völlig unterschätzt
- Forderung, dass das Sortiment in Kurorten ausgeweitet werden sollte

Als Aufsichtsratsvorsitzende von KölnTourismus sollten Sie ein anderes Mitglied Ihrer Fraktion ans Rednerpult schicken,

(Beifall bei der FDP und der CDU)

um eine für den Tourismus so schlechte Position hier zu begründen. Es tut mir leid, Frau Thelen; das kann man bei aller Freundschaft nicht durchgehen lassen.

Interessant ist auch, was Herr Kilp bei der Anhörung im Landtag von sich gegeben hat. Das war auch nicht unbedingt hilfreich für die Stadt Köln. Angeblich war er nicht im Auftrag des OBs da, sondern hatte einen anderen Hut auf. Ich fand es schon merkwürdig, dass Herr Kilp, der mit dem Problem auch ein bisschen etwas zu tun hat, gesagt hat: Na gut; dann müssen wir mit dem 12+1er-Modell irgendwie klarkommen.

Herr Börschel, ich schätze sowohl Ihre Intelligenz als auch Ihre Eloquenz. Ich mag es aber überhaupt nicht, wenn Sie versuchen, mich und meine Fraktion auf den Arm zu nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Erstens. Wenn Sie denn der große Fürsprecher der großen Kommune Köln im Landtag gewesen sind und wenn Sie doch derjenige gewesen sind, der gesagt hat, 15 Sonntage vorzusehen, sei eine gute Regelung, frage ich Sie: Warum haben wir die 15er-Regelung denn dann nicht, Herr Landtagsabgeordneter Dr. Börschel?

(Beifall bei der FDP - Zuruf von Martin Börschel [SPD] - Winrich Granitzka [CDU]: Er gibt den Doktor wieder zurück!)

- Entschuldigung; Dr. h. c. von mir. Sie sehen, wie weit meine Anerkennung Ihrer Eloquenz geht, dass ich Sie schon zum Dr. h. c. mache.

(Martin Börschel [SPD]: Danke!)

Ich will Sie aber nicht in solche Schwierigkeiten bringen, wie Herr zu Guttenberg sie hatte.

Zweitens. Herr Börschel, wir werden gleich unter Tagesordnungspunkt 6.3.1 eine Verwaltungsvorlage zur Abstimmung bekommen. Dabei geht es um Sonntagsladenöffnungszeiten. Ich gehe davon aus, dass wir diese Vorlage mit relativ breiter Mehrheit beschließen werden. Wenn ich die Tabelle richtig lese, sind dort 16 Termine vorgesehen. Erklären Sie mir bitte einmal, wie es zusammenpasst, dass wir gleich 16 Termine beschließen und hier Angst haben, den OB in Bezug auf 15 Termine zu unterstützen. Das ist einfach unredlich. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP - Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Houben. - Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Lieber Herr Kollege Houben, wenn Sie mich so freundlich herausfordern, will ich wenigstens noch zwei Dinge dazu sagen.

Erstens. Der Oberbürgermeister hat in seinem Schreiben vom 9. September 2012 - das ist übrigens schon etliche Monate her - selbst darauf hingewiesen, dass er den Landesgesetzgeber darum bittet, bei der neuen gesetzlichen Regelung, die beabsichtigt war, eine Übergangsregelung für das Jahr 2013 vorzusehen, damit man hier die teilweise weit fortgeschrittenen Planungen noch umsetzen kann. Genau das hat der Landesgesetzgeber ermöglicht. In genau diesem Kontext ist die gleich zu behandelnde Vorlage des Oberbürgermeisters zu den 16 verkaufsoffenen Sonntagen auch zu verstehen. So einfach ist das - nur dass Sie das auch einmal verstanden haben.

(Reinhard Houben [FDP]: Das ist doch Quatsch!)

Zweitens. Sie haben es aufgegeben, in Düsseldorf bei diesem Thema Realität verändern zu wollen. Ich sage Ihnen noch einmal: Die rot-grüne Koalition hat festgehalten, dass es zehn bis 15 verkaufsoffene Sonntage geben wird. Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln konnte sich vorstellen, dass die Zahl 15 eine gute gesetzliche Obergrenze ist. Ich kann Ihnen versichern, dass diese Positionierung aus Köln, die auch der Oberbürgermeister ziemlich zum letzten in der Sache angemessenen Zeitpunkt, nämlich im September 2012, vertreten hat, dazu geführt hat, dass wir am Ende bei einer Zahl landen werden, die nicht 10, nicht 11 und vielleicht auch nicht 12 heißt, aber vermutlich auch nicht 15. Man setzt sich eben nicht immer durch. So ist das im Leben. Das bekenne ich hier ganz offen. Ich bin für eine andere Zahl eingetreten. Irgendwann ist die Messe aber gelesen.

Wenn die FDP - ich sage es noch einmal - und die CDU die Hand ausgestreckt hätten und bereit gewesen wären, für eine breite Mehrheit endlich ihre Fundamentalposition aufzugeben, unbedingt weiter am angeblich bewährten schwarz-gelben Ladenöffnungsgesetz nach dem Motto „Freie Fahrt für freie Bürger, wann immer sie wollen“ festzuhalten, hätte es auch - das ist meine feste Überzeugung - noch mehr Bewegungsspielraum gegeben. Da Sie aber gesagt haben, Rot-Grün solle alleine agieren, hat Rot-Grün das unter sich ausmachen müssen. Dadurch ist die Kölner Position am Ende nicht 1:1 umgesetzt worden, wie wir uns das hätten vorstellen können.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Hört, hört!)

Die Zahl, die am Ende herauskommt, ist immer noch besser als das, was Sie wollten. Sie wollten nämlich praktisch rund um die Uhr die volle Liberalität. Das haben wir immer abgelehnt.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann gebe ich Frau Thelen das Wort.

Elisabeth Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte nur noch einige Sätze zum Thema sagen. - Herr Houben, Sie haben Kritik an mir als Aufsichtsratsvorsitzender von KölnTourismus geäußert. Vom Grundsatz her argumentieren Sie immer, wenn die Ladenöffnungszeiten nicht

erweitert würden, sei das eine Katastrophe - für den Einzelhandel, für die Kölner Wirtschaft und auch für den Tourismus.

In Ihrem hier vorliegenden Antrag geht es um die Verteilung der zehn bis 15 Sonntagsöffnungen im Jahr. Ich sage Ihnen: Relevant für den Tourismus sind die Sonntagsöffnungen in der Innenstadt, in der City. Für den Tourismus ist nicht relevant, ob in Porz oder in Weiden oder in Sülz gleichzeitig mit Porz eine Sonntagsöffnung stattfindet.

Wir haben uns hier in den letzten Jahren aus gutem Grund auf drei Sonntagsöffnungen in der City geeinigt. Wollen Sie jetzt behaupten, darunter leide der Tourismus? Die Touristenzahlen steigen von Jahr zu Jahr. Es sind ganz andere Faktoren, die da einen Einfluss haben. Ich weise diese Kritik ausdrücklich zurück; denn sie ist völlig sachfremd.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Houben, ich gebe Ihnen ausnahmsweise noch einmal das Wort.

Reinhard Houben (FDP): Gestatten Sie mir nur eine kurze Bemerkung. - Herr Börschel, ich finde es vollkommen legitim, zu argumentieren: Ich habe mit 15 angefangen und komme jetzt auf 12 oder 13. - Dann werfen Sie uns aber bitte nicht in dem ersten Vortrag, den Sie einbringen, vor, dass wir umfallen, wenn wir von 20 auf 15 zurückgehen.

(Martin Börschel [SPD]: Das habe ich gar nicht gesagt!)

Das ist eben auch politisches Bewegen.

(Martin Börschel [SPD]: Sie haben sich gar nicht bewegt!)

Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit ist die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt beendet.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag der FDP-Fraktion ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP-Fraktion, die CDU-Fraktion, Herr Hoffmann und die Fraktion

pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen.

(Reinhard Houben [FDP]: Und der OB?)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Reinhard Houben [FDP]: Mit Ihrer Stimme? - Ralph Sterck [FDP]: Bisschen schizo!)

Gestatten Sie mir dazu auch eine Erklärung. Natürlich ist es Aufgabe eines Oberbürgermeisters, dafür Sorge zu tragen, dass die Interessen der Stadt auch so weit wie möglich in der Landesgesetzgebung umgesetzt werden. Deswegen habe ich mich auch verpflichtet gesehen, diese 15-Tage-Regelung, soweit es eben möglich ist, einzufordern. Wenn wir jetzt einen Kompromiss geschlossen haben, hat das auch damit zu tun, dass wir uns als größte Stadt im Lande deutlich artikuliert haben und sagen: „Wir wollen nicht bei zehn stehen bleiben; das, was wir noch eben mittragen könnten, wären 13 Sonntage“, wie Herr Kilp das auch in der entsprechenden Anhörung zum Ausdruck gebracht hat.

(Beifall bei der SPD)

Dann kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich rufe auf:

3.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Maßnahmen zur Verhinderung von weiterem Zuzug in das Stadtgebiet von Köln“ AN/0292/2013

Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Bitte.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Zahl der Armutseinwanderer aus Rumänien und Bulgarien nach Deutschland hat sich bekanntlich von 64 000 im Jahr 2007 auf 147 000 im Jahr 2011 mehr als verdoppelt. Im ersten Halbjahr 2012 stieg die Zahl im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 24 Prozent. Wenn vom 1. Januar 2014 an die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgaren und Rumänen in Europa gilt, könnte die Zahl weiter steigen. Hinzuzuzählen sind zudem noch zahlreiche Asylbewerber aus Ländern wie Bosnien-Herzegowina und Serbien. Besonders betroffen hiervon sind Großstädte, also auch Köln.

Im Gegensatz zu Ihnen haben wir von der Fraktion pro Köln konkrete Vorschläge, welche Maßnahmen ergriffen werden könnten, um den weiteren Zuzug von Armutsflüchtlingen nach Köln zumindest zu verringern.

Hierzu gehört unter anderem eine Informationskampagne über die fehlenden Unterbringungsmöglichkeiten und den allgemeinen Wohnungsmangel in Köln in den Herkunftsländern, zum Beispiel durch Zeitungsinserate.

(Beifall bei pro Köln)

Wenn natürlich gleichzeitig bekannt wird, dass eine Unterbringung in Hotels erfolgt, konterkariert das selbstverständlich eine solche Kampagne. Daher ist diese Luxusunterbringung umgehend zu beenden.

(Beifall bei pro Köln)

Darüber hinaus muss auch die ausufernde Duldungspraxis, die es hier in Köln aus uns nicht nachvollziehbaren Gründen immer noch gibt, umgehend eingestellt werden. Wer rechtskräftig ausreisepflichtig ist, muss auch konsequent abgeschoben werden.

(Beifall bei pro Köln)

Auch die Dublin-II-Verordnung ist konsequent umzusetzen. Hieraus ergibt sich nämlich in vielen Fällen, dass Deutschland für das Verfahren gar nicht zuständig ist.

Rumänien und Bulgarien „sind bis heute einfach nicht entwickelt genug für Rechte wie die Freizügigkeit“, so zum Beispiel Nikolas Busse in der *FAZ* vom 10. März 2013. Daher wäre eine weitere sinnvolle Maßnahme die Verschiebung der Freizügigkeitsregelung für diese Länder.

Das politisch Richtige wäre natürlich gewesen, diese erst gar nicht einzuführen, meine Damen und Herren. Vertreter Ihrer Parteien waren es, die diese Entscheidungen getroffen haben. Wir können nur hoffen, dass die Wähler dies nun endlich erkennen und bei den nächsten Wahlen berücksichtigen werden.

Wir haben keine Angst davor, die Probleme beim Namen zu nennen. Das unterscheidet uns von Ihnen, meine Damen und Herren. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Fraktion pro Köln ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Als nächsten Tagesordnungspunkt rufe ich auf:

3.1.7 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Deutsch als Amts- und Arbeitssprache für die Verwaltung der Stadt Köln in der Hauptsatzung festschreiben“ AN/0293/2013

Ich will vorweg noch darauf hinweisen, dass es in § 23 Abs. 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen eine Regelung gibt. Dort heißt es - ich zitiere -:

Die Amtssprache ist deutsch.

Ich weiß nicht, ob Sie vor diesem Hintergrund noch Interesse an einer Aussprache haben? - Herr Uckermann.¹

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! - Es ist schade, dass Sie uns jetzt verlassen, Herr Oberbürgermeister. Sie haben sich ja schon zu unserem Tagesordnungspunkt geäußert. Das finde ich sehr loblich. Selbstverständlich hat die Fraktion pro Köln immer Interesse an einer demokratischen Aussprache. Das, was wir hier vorbringen, ist auch wichtig, Herr Oberbürgermeister. Ich finde es durchaus bemerkenswert, dass Sie den entsprechenden Paragraphen zitiert haben, darf aber auch daran erinnern, dass die Bundeskanzlerin selbst einmal eine Debatte darüber angestoßen hat, ob Deutsch nicht als geschützte Sprache, als Amts- und Arbeitssprache, ins Grundgesetz gehört. Daran kann ich mich noch gut erinnern.

Jetzt werden Sie fragen, wieso wir hier im Stadtrat einen solchen Antrag stellen. In der Tat muss das immer einen entsprechenden Anlass haben. Mich hat eine Mitbürgerin angesprochen, die einen Migrationshintergrund hat, die die

¹ Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes übernimmt die Sitzungsleitung.

deutsche Sprache und die deutsche Kultur sehr schätzt, die gerne deutsche Staatsbürgerin ist und die darum kämpfen musste, deutsche Staatsbürgerin zu werden. Als sie dann ihren Ausweis bekommen hat und zu einem Bürgeramt gegangen ist, um ihn abzuholen, hat sie dort beim Warten mitbekommen, wie zwei Mitarbeiterinnen in einer anderen Sprache kommuniziert haben. Bestimmt ging es darum, was gestern Abend im Fernsehen kam oder was heute Abend gekocht wird. Das mag ja sein. Sie sagte aber: Ich habe mich ausgegrenzt gefühlt. Ich bin deutsche Staatsangehörige und möchte, dass auch im Amt in deutscher Sprache gesprochen wird,

(Beifall bei pro Köln)

auch wenn Mitarbeiter eine andere Muttersprache haben. - Das war für uns natürlich ein Anlass, diesen Punkt hier noch einmal vorzubringen.

Ein weiterer Anlass sind für uns Papiere aus dem Integrationsrat, in denen es immer um den Mythos der interkulturellen Öffnung der Verwaltung geht. Was meinen Sie denn damit? Dort steht unter anderem der Satz: „Jede Sprache, die in Köln auf der Straße gesprochen wird, muss sich auch in der Verwaltung wiederfinden.“ Was haben wir denn davon? Diese Bilingualität oder Mehrsprachigkeit, die Sie da immer anpreisen, lehnen wir ab.

Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass auf der Welt über 100 Millionen Menschen Deutsch als Muttersprache haben. Wir bestehen darauf, dass Deutsch Teil der Identität ist. Deutsch ist kein Dialekt, sondern Deutsch ist unsere Muttersprache. Diese Sprache wollen wir hier sprechen.

(Beifall bei pro Köln)

Wir sind weltoffen - auch für Menschen, die Deutsch als etwas Erstrebenswertes ansehen und sich hier integrieren wollen. Natürlich haben wir hier in Köln über 100 Sprachen, die auf der Straße gesprochen werden. Zu einer gemeinsamen Kommunikation in einem Gemeinwesen gehört aber auch eine gemeinsame Sprache. Das ist auch für den politischen Willensbildungsprozess wichtig. Wie soll es denn demnächst gehen, wenn Sie bei der Verwaltung anrufen und jemanden am Apparat haben, der dann vielleicht gar kein Deutsch mehr spricht?

Wieso soll sich denn jemand die deutsche Sprache aneignen, wenn man im Prinzip als Deutscher demnächst in gewissen Sozialräumen in der Minderheit ist? Das sind ja keine Zukunftsvisionen, die als Horrormärchen daherkommen; zum Teil ist das in Köln Realität. Gehen Sie einmal auf manchen Schulhof, und schauen Sie einmal, ob dort noch deutsch gesprochen wird.

Da müssen wir als Kölner Stadträte ein Vorbild geben. Das können wir tun, indem wir Deutsch als Arbeits- und Amtssprache in unserer Verwaltung und als Umgangssprache in die Hauptsatzung hineinschreiben. Ich bitte Sie um Zustimmung.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag unter TOP 3.1.7 abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

**3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend
„Kommunale Daseinsvorsorge sichern:
Wasser ist keine Handelsware!“
AN/0326/2013**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Zusammenhang möchte ich auf die gestrige Pressemitteilung hinweisen, die Ihnen allen vorliegt.

Gibt es Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 3.1.8? - Ja. Bitte.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme immer wieder mit Verwunderung zur Kenntnis, dass die allgemeinen Höflichkeitsformen hier immer etwas leiden, wenn Redner von pro Köln aufgerufen werden. Frau Bürgermeisterin, Sie werden auch wissen, dass es üblich ist, dass Redner mit ihren Namen aufgerufen werden.

(Beifall von Jörg Uckermann [pro Köln])

Nur bei pro Köln wird da immer eine Ausnahme gemacht. Das finde ich schade. Ich will gar nicht weiter darauf herumreiten. Aber ich denke, dass

die Besucher dieser Sitzung sich auch einen Reim darauf machen können, wenn Ratsmitglieder, die alle gleich gewählt sind, hier von der Sitzungsleitung, die eigentlich objektiv zu sein hat, unterschiedlich behandelt werden. Das ist nicht in Ordnung. Ich möchte darum bitten, dass die Ratsmitglieder hier in Zukunft auch gleich behandelt werden.

Meine Damen und Herren, mit unserem Antrag wollen wir explizit eine Debatte darüber anstoßen, dass unsere Wasserversorgung, der Quell des Lebens, auch in Zukunft in der öffentlichen Hand bleibt und nicht der allgemeinen Privatisierungswelle, die wir in den letzten Jahren erleben mussten, zum Opfer fällt. Wir haben in den letzten ein bis zwei Jahrzehnten eine große Privatisierungswelle in den Kommunen erlebt, die viele Bereiche umfasst. Man denke an die Stromversorgung, Teile der öffentlichen Verkehrsmittel und viele andere Bereiche. Inzwischen haben wir doch alle feststellen müssen, dass diese Privatisierungen nicht unbedingt zum Vorteil waren. Im Gegenteil: Zumeist ist die Qualität gesunken, und die Preise sind gestiegen. So kann man das im Prinzip zusammenfassen. In vielen Bereichen war die Privatisierung ein Fehler. Wir sollten diesen Fehler bei einem so wertvollen und lebenswichtigen Gut wie unserer Wasserversorgung nicht wiederholen.

Deshalb fordern wir heute, dass man frühzeitig auf allen Ebenen Druck macht gegen Bestrebungen bei der Europäischen Union, auch hier die Türen für Privatisierung zu öffnen.

Ich gebe auch gerne zu, dass das nicht auf unserem Mist gewachsen ist. Wir haben uns da von Zugängen inspirieren lassen, die wir in den letzten Wochen aus der Piratenpartei hatten. Die Fraktion der Piraten im Landtag hat das ja auch groß thematisiert. Wir haben uns da auch gerne Anregungen geben lassen. Ich möchte mich hier bei dem ehemaligen Sprecher der Kölner Piratenpartei, Oliver Wesemann, bedanken. Er wird auch in Bälde für uns in einem städtischen Ausschuss mitarbeiten. Es handelt sich also um ein Thema, das uns wichtig ist, das meiner Meinung nach allen wichtig sein sollte und bei dem wir auch gerne parteiübergreifend gute Ideen aufgreifen und einbringen.

Dass dieses Thema wichtig ist, beweist auch die Presseerklärung der Stadt Köln, die heute noch schnell herausgegeben wurde. Oberbürgermeister Roters und die Stadtverwaltung haben doch erkannt, dass wir

unseren Finger hier in eine Wunde legen, die für die Stadt Köln existenziell wichtig ist.

Ich kann dem Oberbürgermeister bei seiner Interpretation des Schreibens der EU allerdings überhaupt nicht folgen. In der Presseerklärung der Stadt Köln wird es nämlich verharmlosend so dargestellt, als seien unsere Hinweise gar nicht berechtigt, als sei hier alles in Butter und als drohe auf keinen Fall eine Privatisierung im Bereich der Wasserversorgung.

Meine Damen und Herren, nicht nur wir und die Piraten, sondern auch viele unabhängige Verbände, Experten und Wissenschaftler weisen darauf hin, dass die EU hier natürlich Vorbereitungen trifft, um die Tür für Privatisierungen zu öffnen. Selbstverständlich erfolgt das teilweise in einer Salamtaktik. Dass nicht gleich in einer Richtlinie steht, ab sofort werde alles privatisiert, ist doch klar. Schließlich erleben wir in allen Bereichen immer wieder, dass die Interessen bestimmter Großkonzerne, bestimmter Global Player, scheinbar durchgesetzt werden. Man konfrontiert die Bürger nicht auf einmal mit der bitteren Wahrheit, sondern will sie hinters Licht führen, indem man solche Entwicklungen nur scheinbar in Form der Salamtaktik durchsetzt. Das ist doch allgemein bekannt.

Da kann uns hier niemand für dumm verkaufen. Die Bürger sollte auch niemand für dumm verkaufen. Es ist ihr Wasser, mit dem an dieser Stelle gespielt wird, unser Quell des Lebens. Hier steht pro Köln ganz klar auf der Seite aller Naturschützer, aller Menschen, denen ihre Heimat, ihre Umwelt und ihre Natur am Herzen liegen.

Deswegen bitte ich Sie: Unterstützen Sie diese Resolution, wenn Ihnen das Wohl Kölns wirklich am Herzen liegt. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gibt es weitere Wortmeldungen zu TOP 3.1.8? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Kostensteigerungen bei Großprojekten“ AN/0294/2013

Dazu liegt noch keine Antwort vor. - Herr Höing, darf ich Sie bitten, etwas dazu zu sagen?

Beigeordneter Franz-Josef Höing: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Detjen, Ihre Anfrage war sehr ausführlich. Es gibt eine Reihe von Dingen, die wir jetzt aufbereiten müssen. Wir hatten noch nicht ausreichend Zeit, um das in der entsprechenden Seriosität zu tun. Insofern möchten wir die Bitte äußern, die Antwort in der nächsten Ratssitzung geben zu dürfen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Höing. - Herr Detjen, sind Sie damit einverstanden?

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Ja!)

- Danke schön.

Dann kommen wir zu:

4.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Sachstand: Transparente Darstellung städtischer Leistungen und Gebühren“ AN/0349/2013

Antwort der Verwaltung vom 19.03.2013 0982/2013

Bitte schön, Frau Henk-Hollstein.

Anna-Maria Henk-Hollstein (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Bei der Beantwortung unserer Anfrage musste man eigentlich feststellen bzw. zu dem Schluss kommen: Sie war notwendig, damit das Thema, das wir im November des letzten Jahres hier gemeinsam vorangetrieben und beschlossen haben, überhaupt wieder aufgegriffen wurde. Es war eine Initiative der CDU. Wir haben um einen gemeinsamen Beschluss gerungen und waren uns auch alle einig, dass so schnell wie möglich der Internetauftritt geschaffen sein soll, um diese Punkte - insbesondere die Kosten, die die Bürger

in dieser Stadt zu tragen haben - transparent darzustellen.

Das geht aus der Beantwortung dieser Anfrage leider überhaupt nicht hervor. Im Gegenteil: Es werden Positionen doppelt wiederholt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Henk-Hollstein, würden Sie bitte Ihre Frage stellen?

Anna-Maria Henk-Hollstein (CDU): Ich komme zu meiner Frage. Auf der Seite 2 lässt man sich zwei Mal darüber aus, dass eine neue Plattform geschaffen wird. Ich wüsste gerne, wie diese Plattform aussehen wird, wann sie kommen wird und wie sie ausgestaltet sein wird.

Darüber hinaus ist die Beantwortung der Frage 3 mit einem schlichten Nein sehr kurz gegriffen. Wir waren uns ja einig, dass diese Plattform und diese Informationen bis zu den Haushaltsplanberatungen für die Bürger öffentlich dargestellt sein sollen. Jetzt wird einfach mitgeteilt: Wollen wir nicht; schaffen wir nicht; kriegen wir nicht. - Liebe Verwaltung, das ist kein fairer, kein transparenter Umgang mit den Bürgern dieser Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Frau Henk-Hollstein. - Frau Klug, würden Sie dazu bitte Stellung nehmen?

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Wenn Sie das wünschen, Frau Bürgermeisterin, nehme ich gerne dazu Stellung, obgleich sich mir die Frage nicht wirklich erschlossen hat. Es wurde gesagt, in dieser Antwort würde mitgeteilt: Wollen wir nicht, schaffen wir nicht; kriegen wir nicht. - Ich muss ehrlich sagen: Das lese ich hier an keiner Stelle.

Wir sind gefragt worden, ob wir das vor der Verabschiedung des Haushalts schaffen. Diese Frage ist mit Nein zu beantworten. Ich will Ihnen auch gerne sagen, warum: Die ganz bedeutende Aufgabe Internetstadt Köln, ist eng mit diesem Anliegen verwoben - aus meiner Sicht gerade deswegen, weil wir nicht fünf Plattformen nebeneinander haben wollen, von denen jede zu einem eng begrenzten Bereich Auskunft über die Gebührenhöhe usw. gibt. Das wollen wir ja

gerade verändern. Wir wollen das auf einer einheitlichen Plattform zusammenführen. Dieses bedarf einer Vorbereitung. Nichts anderes steht hier in der Antwort. Auf diesen Weg haben wir uns gemacht.

Dass wir diese Aufgabe noch nicht abgeschlossen haben, obgleich sie im letzten November beschlossen wurde, liegt daran, dass Sie vor Jahren die Daueraufgabe Bürgerhaushalt beschlossen haben. Diese Aufgabe ist zeitlich in der Haushaltsvergabe eingebunden. Sie hat in der Kämmerei natürlich eine Priorität. Weil sie sehr zeitkritisch ist, war sie vorzuziehen. Das haben wir hier getan.

Das alles wird in dieser in der Verwaltung koordinierten Form ordentlich bearbeitet. Vielen Dank.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Beigeordnete. - Herr Möring, Sie haben noch eine Nachfrage.

Karsten Möring (CDU): Ja, ich habe noch eine Nachfrage. - Frau Kämmerin, diese Antwort kann ich jetzt auch nur sehr begrenzt verstehen. Die Nachfrage von Frau Henk-Hollstein implizierte eigentlich die klare Frage, bis wann das denn geschehen soll, wenn der ursprüngliche Termin nicht zu halten ist.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang folgende Anmerkung: Wenn wir einen solchen Beschluss fassen, hat die Verwaltung im Rahmen der Beratung eines solchen Beschlusses auch die Möglichkeit, darauf aufmerksam zu machen, dass der Termin, den wir uns vorstellen, aus den und den Gründen nicht zu halten ist. Dann einfach nur mit einem Nein zu antworten, finde ich auch ein bisschen sehr befremdlich.

Deswegen frage ich noch einmal ganz konkret: Mit welchem Zeithorizont können Sie das umsetzen?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bitte schön, Frau Beigeordnete.

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Ich bin erstaunt über die Aussage, wir hätten uns im Verfahren zu einem Termin äußern sollen; denn es war kein Termin gesetzt worden. Jedenfalls

liegt uns keine Terminanfrage vor. Daher ist in der Priorisierung die zeitkritische Aufgabe des Bürgerhaushalts höher bewertet worden.

Wann diese Frage abschließend bearbeitet ist, kann ich Ihnen auch heute nicht sagen; denn wir werden sie, wie bereits ausgeführt, im Zusammenhang mit der Internetstadt Köln bearbeiten. Damit ist die hier vorliegende Aufgabe an die Erfüllung dieser Aufgabe gebunden.

Dazu kann ich Ihnen heute keine andere Antwort geben. Ich will aber gerne dafür sorgen, dass ein Zeitplan vor der nächsten Ratssitzung vorliegt. - zusammen mit dem Zeitplan zur Internetstadt Köln.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Beigeordnete.

Dann rufe ich auf:

4.3 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Sachstand beim ehemaligen Hertie-Kaufhaus in Porz“ AN/0355/2013

Antwort der Verwaltung vom 13.03.2013 0899/2013

Gibt es dazu Nachfragen, Herr Hoffmann? - Das ist nicht der Fall.

Nun kommen wir zu:

4.4 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann betreffend „Neuordnung des Kölner Sports“ AN/0364/2013

Antwort der Verwaltung vom 19.03.2013 0974/2013

Herr Hoffmann, bitte.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich wäre mit einem Ja oder Nein als Antwort auf meine Frage 5 zufrieden. Sie lautet:

Trifft es zu, dass der Geschäftsführer der Sportstätten GmbH, dessen Vertrag offensichtlich nicht verlängert wird, derzeit mit der Ausarbeitung der zukünftigen Vertragsverhältnisse zwischen Stadt und 1. FC Köln betraut

ist, zum 1. FC Köln unter Mitnahme bestimmter Aufgaben im Event-Bereich wechseln soll - und wie ist sichergestellt, dass dabei mögliche Interessenkollisionen ausgeschlossen sind?

Sagen Sie einfach „ja“, „nein“ oder „im nichtöffentlichen Teil“. Es kann nicht sein, dass zu den Fragen 4 und 5 gemeinsam Stellung genommen wird und die Frage 5 dabei total unberücksichtigt bleibt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Es gibt jetzt eine Antwort, Herr Hoffmann.

(Klaus Hoffmann [Freie Wähler Köln]:
Danke schön!)

Frau Dr. Klein, bitte.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Meine Damen und Herren! Herr Hoffmann, lassen Sie mich Ihre Frage nicht mit Ja und nicht mit Nein beantworten, sondern wie folgt: Die Sportstätten GmbH - und damit auch der Geschäftsführer der Sportstätten GmbH - führt die Verhandlungen. - Sonst ist dem nichts hinzuzufügen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön.

Dann rufe ich auf:

**4.5 Anfrage der Fraktion Die Linke.
betreffend „Künstlerprojekt Kolbahallen
in Ehrenfeld“
AN/0371/2013**

**Antwort der Verwaltung vom 19.03.2013
1001/2013**

Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Ich habe zwei Nachfragen an die Verwaltung, Frau Berg.

Zu Antwort 1: Es ist doch richtig, dass der Stadt Köln der Mietvertrag gekündigt wurde? Hier steht nämlich nur ganz allgemein „beendet“. Das war ja damals die LEG. Die NRW.URBAN GmbH ist ja auch zu 100 Prozent im Landesbesitz. - Das ist meine erste Frage.

Daran anknüpfend lautet meine zweite Frage: Wäre es nicht sinnvoll, wenn die Verwaltung mit der Gruppe „Wir selbst e. V.“ noch einmal Kontakt aufnimmt, um zu versuchen, gemeinsam eine konstruktive Lösung zu finden? - Das ist nicht nur meine zweite Frage, sondern ich bitte Sie auch, diesen Kontakt aufzunehmen. - Danke.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke, Herr Detjen. - Frau Berg, bitte.

Beigeordnete Ute Berg: Frau Bürgermeisterin! Herr Detjen, es ist richtig, dass die Stadt Köln Mieterin ist. Die Stadt Köln hat aber, wie Sie wissen, an den Verein „Wir selbst e. V.“ untervermietet.

Der Stadt Köln ist schon 1999 von der Vorgängerin der NRW.URBAN GmbH, nämlich der LEG, gekündigt worden. Seither hat es Verhandlungen mit dem Verein gegeben. Es wurden auch schon Kündigungen und Räumungsklagen ausgesprochen. 2008 hat sich die Gesetzgebung geändert, sodass jetzt mit noch mehr Nachdruck an die Sache herangegangen werden konnte.

Die Stadt Köln akzeptiert selbstverständlich die Kündigung. Der Mietvertrag war für zehn Jahre angelegt. Nach zehn Jahren wurde dann gesagt: Jetzt musst du raus, Stadt Köln. - Das hat die Stadt akzeptiert, aber ihre Untermieterin nicht.

Wir hatten keine andere Möglichkeit. Zusprachen und selbst Räumungsklagen waren in der Vergangenheit nicht erfolgreich. Deshalb haben wir jetzt noch einmal einen erneuten Anlauf genommen. Das Ergebnis ist, dass vom Amtsgericht Köln nun einer Räumungsklage stattgegeben wurde. Das ist der Stand der Dinge.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Berg.

Jetzt kommen wir zu:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

**6.1.1 11. Satzung zur Änderung der Satzung
der Zusatzversorgungskasse der Stadt
Köln
0054/2013**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist gegen diese Änderung? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so angenommen.

Dann rufe ich auf:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

6.2.1 Honorarordnung der Volkshochschule Köln 3493/2012

Hier möchte ich so abstimmen lassen, wie schon im Schulausschuss und im AVR beschlossen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist gegen diesen Beschluss? - Niemand. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so angenommen.

Jetzt rufe ich, wie beschlossen, zur gemeinsamen Beratung auf:

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 1. Änderungsverordnung zur 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2013 vom 20.09.2012 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen 0877/2013

16.1 Kommunalaufsichtliche Beanstandung/ Ratsbeschluss 14.09.2010 „Verzicht auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen (Südlicher Abschnitt Severinstraße)“ 0454/2013

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0289/2013**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0372/2013**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0377/2013**

16.2 228. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 3766/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau dos Santos Herrmann, bitte.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir behandeln hier die Frage, wie wir mit der Situation an der Severinstraße umgehen. Wir haben - eigentlich der gesamte Rat; die Stadtverwaltung an der Spitze, in dem Fall Guido Kahlen, der Stadtdirektor - sehr ernsthaft versucht, den Menschen an der Severinstraße entgegenzukommen und sie mit Blick auf die besondere und sehr außergewöhnliche Härte, die sie an ihrer Straße erlebt haben - nicht nur durch den Bau der Nord-Süd-Stadtbahn, sondern insbesondere auch seit der Zeit des Einsturzes des Historischen Archivs -, zu unterstützen.

Wir haben nach Wegen gesucht, um die Menschen von den Straßenbaubeiträgen zu befreien. Wir wollten als Stadt ein Zeichen setzen, um unsere Solidarität zu zeigen und den Menschen ein wenig dafür zu danken, dass sie das ertragen.

Wir sind aber von der Bezirksregierung als der Kommunalaufsicht sehr deutlich angewiesen worden, dass das nicht geht. Die Stadt ist verpflichtet, nun ihren eigenen Beschluss zurückzunehmen und eine Gebührenerhebung zu veranlassen.

Wir werden das tun müssen. Darum kommen wir nicht herum. Wir möchten aber gerne nach Wegen suchen, wie man sicherstellen kann, dass diese Entscheidung den Menschen am Ende nicht noch zusätzliche Schwierigkeiten macht - jedenfalls nicht über das hinaus, was durch die Erhebung der Beiträge nun früher oder später auf sie zukommt.

Deswegen haben wir unseren Änderungsantrag gestellt. Wir möchten die Verwaltung auffordern, genau zu prüfen, was geht und was nicht geht: Ist eine Stundung möglich? Sind Ratenzahlungen möglich? Ist vielleicht der Zeitpunkt noch ein Stück zu verschieben, um die Situation ein wenig zu entschärfen?

Insbesondere liegt uns aber daran, dazu beizutragen, dass in das Viertel wieder neue Dynamik hineinkommt. Durch die Gestaltung der Severinstraße ist schon einiges passiert. Ich habe mich heute Morgen selber davon überzeugen können, dass die Straße vielleicht noch mehr Belebung braucht, aber doch schon auf einem ganz ordentlichen Weg ist.

Insofern sind wir der Verwaltung dankbar, dass eine sehr pragmatische Lösung zu den Sonntagsöffnungen gefunden wurde. Wir begrüßen das sehr. Wie vorhin in der Debatte schon angeklungen ist, bekommen wir in Köln damit am Ende 16 verkaufsoffene Sonntage in diesem Jahr. Das ist aber auf die Sondersituation an der Severinstraße zurückzuführen. Und ich betone noch einmal: Wir sind froh, dass die Verwaltung hier einen Weg gefunden hat, der rechtlich machbar ist und der sowohl den Händlern als auch den Menschen an der Straße ein Stück Belebung und Lebensqualität wiedergibt.

Deswegen bitte ich Sie um Unterstützung unseres Ergänzungsantrags. Um die Erhebung der KAG-Beiträge kommen nicht herum. Wir können aber einiges tun, damit die Situation an der Severinstraße die Menschen nicht über Gebühr fordert und überfordert. Außerdem können wir ein Stückchen dazu beitragen, dass ein bisschen mehr Leben, ein bisschen mehr Qualität und auch ein bisschen mehr wirtschaftliche Stärke in das Viertel zurückkommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:
Schönen Dank, Frau dos Santos. - Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist nun vier Jahre her, dass beim Einsturz des Stadtarchivs zwei Menschen ums Leben gekommen sind und 36 Menschen ihre Wohnungen verloren haben. Seitdem ist am Waidmarkt und in der Severinstraße nichts mehr so, wie es vor dem 3. März 2009 war.

Das Unglück, meine Damen und Herren, können Rat und Verwaltung nicht ungeschehen machen. Wohl aber können sie das Ziel haben - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Frau Bürgermeisterin, den Herrn Stadtdirektor -

eine Entlastung der von diesem tragischen Unglücksfall betroffenen Menschen zu erreichen.

Mit seinem Beschluss vom 14. September 2010, im südlichen Abschnitt der Severinstraße auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen nach KAG zu verzichten, hat der Rat eben dieses bezweckt.

Er hat sich einstimmig für eine Entlastung der gebeutelten Anwohnerinnen und Anwohner ausgesprochen.

Deutliche Zweifel der CDU-Fraktion an der Rechtmäßigkeit dessen, was der Stadtdirektor vorgeschlagen hatte, hat er im Vorfeld der Entscheidung wortreich zu zerstreuen versucht und erklärt - ich zitiere -:

Wenn es eine andere Lösung gegeben hätte, hätten wir sie geprüft. Gehen Sie bitte davon aus, dass wir es versucht haben. Es ist uns keine bessere Möglichkeit eingefallen.

Der Rat muss nun die Konsequenzen dieser Einfallslosigkeit des Stadtdirektors tragen. Herr Kahlen hat uns damals zu einem, wie wir heute wissen, rechtswidrigen Beschluss gedrängt, den wir nun aufheben müssen.

Die Leidtragenden sind die Anwohner und Geschäftsleute der Severinstraße.

Frau dos Santos Herrmann, es ist nicht damit getan, dass wir mal eben drei Ladenöffnungszeiten dranhängen, weil Sie dort allenfalls Blumen kaufen können - oder in den Ein-Euro-Läden vielleicht noch eine Hartschale für Ihr Handy oder so etwas.

(Beifall bei der CDU)

In der Intention stimmen wir Ihnen ja zu. Wir können aber doch nicht glauben, dass wir mit solchen Maßnahmen den Menschen an der Severinstraße wirklich helfen können.

Die finanzielle Entlastung erscheint auf diese Weise nicht mehr möglich zu sein. Die Verwaltung muss andere, alternative Hilfsmaßnahmen entwickeln - was sie bisher nicht getan hat. Ich zitiere noch einmal:

Es ist uns keine bessere Möglichkeit eingefallen.

Die Menschen vor Ort leiden nicht nur seit Jahren unter den massiven Beeinträchtigungen durch den Bau der Nord-Süd-Stadtbahn. Wenn Sie sich einmal mit den Leuten unterhalten, werden Sie übrigens staunen, was für Dinge denen passiert sind, die bis heute nicht geregelt sind, obwohl immer davon geredet wurde, diese Geschichten unglaublich kulant zu behandeln. Nach vier Jahren besteht da immer noch hoher Bedarf. Ich könnte Ihnen erschreckende Einzelbeispiele nennen.

Die Menschen leiden also - ich zitiere noch einmal den Stadtdirektor -

nicht nur unter dem Unglück, sondern auch unter der Stigmatisierung ihrer Straße.

Dem ist zuzustimmen.

Eine Entlastung, wie sie der Rat vor zweieinhalb Jahren beschlossen hat, ist nicht in Sicht. Für die Anwohner und Geschäftsleute der Severinstraße ist dies ein Skandal.

Daher fordern wir die Verwaltung auf, jetzt endlich Vorschläge zu erarbeiten, welche konkreten Maßnahmen zeitnah umgesetzt werden können, um die Wohn- und Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner in der Severinstraße sowie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Gewerbetreibenden nachhaltig zu verbessern. Das ist auf einer rechtlich sicheren Basis notwendig. Hier ist Einfallsreichtum gefragt, Herr Stadtdirektor.

(Beifall bei der CDU)

Wir denken beispielsweise an Werbemaßnahmen für die Geschäfte, eine Einhausung der U-Bahn-Zugänge und einen wirklich guten Zugang zur Severinstraße, aber auch an Marketingmaßnahmen, die wir machen können, und vor allen Dingen an Hilfe in den Fällen, in denen die Menschen in ihrer Situation schon drei oder vier Jahre darauf warten. Wir müssen darangehen, ihre Situation deutlich zu verbessern.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen und der SPD, unsere Anträge haben die gleiche Zielrichtung. Das will ich gerne anerkennen. Ich denke, Sie wollen genau wie wir, dass den Menschen endlich geholfen wird. Deshalb werden wir Ihrem Antrag auch zustimmen.

Ich bitte Sie, aber auch unserem Antrag zuzustimmen oder gemeinsam etwas zu machen, damit wir mit großer Mehrheit für die Menschen ein Zeichen setzen, dass es an der Severinstraße endlich vorangeht und dass wir hier endlich etwas tun.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen ein deutliches Signal setzen - und nicht das Signal, das Sie setzen wollen, Herr Houben. Den Menschen nützt es nämlich

nichts - und das haben sie eingesehen -, wenn eine U-Bahn unter ihren Füßen rollt, während die Straße oben so aussieht, wie sie jetzt aussieht.

(Zurufe von Volker Görzel [FDP] und Ralph Sterck [FDP])

- Ich komme gleich noch einmal darauf zurück; darauf können Sie sich verlassen.

Ich sage: Wir müssen hier heute ein politisches Signal setzen, das wirkliche Hilfe bedeutet.

Das heißt aber nicht, dass wir Ihrem Antrag zustimmen können. Die vorzeitige Inbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn haben wir damals gemeinsam mit der FDP aus gutem Grund in die Haushaltsberatungen verschoben; denn trotz eines Haushaltslochs von 317 Millionen Euro im nächsten Jahr, das Sie genau kennen, ist hier von Kosten von etwa 25 Millionen Euro die Rede. Wollen Sie das noch obendrauf packen? Wir müssen vorher klären, ob eine solche Mehrausgabe denn in das Haushaltssystem passt.

Wir müssen aber auch klären, ob die zu erzielenden Effekte für die Menschen und die Gewerbetreibenden in der Severinstraße überhaupt etwas bewirken oder nicht nur populistisch hier eine Zustimmung signalisieren. Wir müssen wirkliche Verbesserungsmaßnahmen finden. Das müssen wir in den nächsten Wochen klären. Wir wollen den Menschen in der Severinstraße wirkungsvoll helfen.

Das sollten wir mit einer großen Mehrheit tun, wie es jetzt auch die SPD beantragt hat. Wir werden das genauso beantragen. Ich würde mich freuen, wenn Sie von der FDP sich überwinden könnten, den Menschen wirklich zu helfen und ihnen nicht nur zu versprechen, dass unter ihren Füßen eine U-Bahn rollt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Moritz, bitte².

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte

² Oberbürgermeister Roters hat zwischenzeitlich die Sitzungsleitung wieder übernommen.

Damen und Herren! Der letzte Vortrag verblüfft mich doch über alle Maßen. Ich erfahre hier wirklich Neuigkeiten. Bis jetzt habe ich bei dieser Ratssitzung nicht viele Neuigkeiten erfahren, sondern eigentlich nur aufgegossene Anträge von anno dunnemals gehört. Jetzt habe ich aber etwas Neues erfahren: FDP und CDU haben die TIN Süd in die Haushaltsberatungen verschoben. - Meine Erinnerung ist eine ganz andere.

(Dr. Rolf Albach [FDP]: Unsere auch!)

Jetzt frage ich einmal die FDP, ob sie die gleiche Erinnerung hat wie Herr Granitzka.

(Zurufe von der FDP: Nein!)

- Wunderbar. - An die FDP gerichtet, sage ich nur Folgendes: Herr Sterck, ich wäre glücklich, wenn ich mit Ihnen heute die TIN Süd beschließen könnte. Ich kann aber die Zahl Ihrer und unserer Mandatsträger zusammenrechnen. Da das nicht zur Mehrheit reicht, führt uns dieser Antrag nicht weiter, finde ich.

Der Wahrheit halber sage ich auch für das Protokoll und für Sie zur Erinnerung, Herr Granitzka: Es war nicht die FDP, die das mit Ihnen beschlossen hat, sondern die SPD. Aber das ist eine Klitzekleinigkeit.

(Winrich Granitzka [CDU]:
Entschuldigung, ich habe mich
versprochen!)

- Das ist wahrscheinlich der schwarz-gelbe Reflex.

Eigentlich sind wir uns alle einig. Daran möchte ich noch einmal anschließen. Ich würde mich auch über einen gemeinsamen Beschluss freuen. Eines muss ich allerdings sagen: Einerseits werfen Sie der Verwaltung Fantasielosigkeit und mangelnde Kreativität vor. Andererseits schreiben Sie in Ihrem Antrag:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Vorschlagserarbeitung konkreter Maßnahmen bzw. Hilfestellungen, ...

Das ist auch nicht besonders fantasievoll.

Wir haben uns vor Ort im Veedelsbüro mit Vertretern der Interessengemeinschaft zusammengesetzt und ihnen zugehört. Auf Grundlage ihrer Anregungen haben wir - nicht weil wir so kreativ sind, sondern weil wir zugehört haben, was sie uns vorgetragen haben - uns überlegt: Was können wir denn tun?

(Winrich Granitzka [CDU]: Das haben wir auch getan! Stellen Sie sich das einmal vor!)

Die drei Ladenöffnungszeiten hätte die Verwaltung auch alleine hinkriegen können. Heute liegt uns auch eine Vorlage vor, in der uns genau das empfohlen wird. Das ist aber nur eine kleine Teilmenge.

Was für die Severinstraße ganz wichtig ist, ist eine finanzielle Entlastung. In diesem Zusammenhang gäbe es die Möglichkeit, zu sagen: Um die nicht vollendeten U-Bahn-Ausgänge herum sind noch Restarbeiten zu erledigen; bis dahin gilt die Straße als nicht ausgebaut; bis dahin müssen auch die Beiträge nicht erhoben werden. - Ich könnte mir gut vorstellen, dass das funktionieren könnte.

Ich weiß aus Umlagen bei Wohnumfeldmaßnahmen in Sanierungsgebieten, dass wir immer versucht haben, Härten durch Stundungen zu vermeiden, damit die Betroffenen nicht in finanzielle Bedrängnis geraten. Auch das ist in finanzieller Hinsicht für die Leute wichtig, glaube ich.

Es gibt aber auch etwas, was für das Leben in der Straße wichtig ist. Herr Granitzka, hören Sie bitte zu. Man kann in der Severinstraße nämlich viel mehr als nur Blumen und Handyhartschalen kaufen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Nicht am Sonntag! - Beifall bei der FDP)

Die Severinstraße hat ein unglaublich tolles und breites Spektrum an Geschäften. Da können Sie alles kriegen, und zwar zu Fuß. Das ist perfekt.

(Winrich Granitzka [CDU]: Nur am Sonntag nicht!)

Ich glaube nicht, dass Sie in Ihrer Nähe so viel einkaufen können, wie ich das in der Severinstraße kann.

Ich möchte, dass das so bleibt. Deswegen sollten wir auch die IG unterstützen. Für den Veedelsmanager und das Veedelsbüro leisten wir einen verhältnismäßig geringen finanziellen Aufwand, mit dem wir eine große Wirkung erzielen. Dort werden nämlich die Ehrenamtler mit der Geschäftsführung zusammengebunden. Die Ehrenamtler würden diese Arbeit nicht schaffen, wenn das Veedelsbüro geschlossen würde. Wahrscheinlich muss man in diesem Zusammenhang auch noch ein paar Worte mit der Arbeitsagentur reden. Ich hoffe aber, dass

die Verwaltung da zu einem guten Ergebnis kommt.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass wir alle für diese Verbesserungen sind. Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass irgendeiner im Rat dagegen wäre. Sie sind ein ganz, ganz kleines Entgegenkommen und auch eine Wertschätzung für die Arbeit, die dort vor Ort geleistet wird. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
sowie bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herzlichen Dank, Frau Moritz. - Wir kommen zu Herrn Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Werter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Vieles ist zur Situation in der Severinstraße gesagt worden. Dem kann ich mich auch anschließen und es entsprechend kurz machen. Ich möchte in meinen Ausführungen allerdings auch einen Blick auf einen speziellen Aspekt werfen, der in den Änderungsanträgen sowohl von Rot-Grün als auch von der CDU so nicht vorkommt. Dazu komme ich gleich.

Wir haben als FDP den ersten Änderungsantrag gestellt und damit einen gewissen Wettbewerb ausgelöst. Die anderen Fraktionen haben sich dann auch Gedanken gemacht. Das ist okay.

Ich habe von der Sitzungsleitung gehört, dass man nachher möglicherweise einen anderen Antrag als den weiter gehenden Antrag ansieht und den FDP-Antrag gar nicht mehr zur Abstimmung stellt. Deswegen werde ich Ihnen gleich noch einen Verfahrensvorschlag machen.

Der Änderungsantrag von Rot-Grün wird hier möglicherweise eine sehr breite Mehrheit finden. Herr Kollege Granitzka, spätestens Ihre Rede hat meine Fraktion und mich überzeugt, dass wir dem Antrag von Rot-Grün ebenfalls zustimmen werden, um das hier mit einer breiten Mehrheit zu beschließen. Wir tragen diese Dinge alle mit.

Ich habe noch eine Frage an die Antragsteller. Sie schreiben in Ihrem Antrag:

Das Projekt Veedelsbüro im Kartäuserhof wird im bisherigen Umfang weiter bezuschusst.

Wie lange soll es denn weiter bezuschusst werden?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das müssen wir dann im Einzelnen klären! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Bis die U-Bahn fährt!)

- Ich halte den Vorschlag, es zu bezuschussen, bis die U-Bahn fährt, für eine sehr gute Lösung, die der Severinstraße auch sehr hilft.

Der größte Wunsch, der dort besteht - da widerspreche ich Herrn Granitzka, weil er das hier kleingeredet hat oder wegwischen wollte -, ist nach dem, was ich gehört habe, die Teilinbetriebnahme zumindest der U-Bahn;

(Beifall bei der FDP)

denn es sieht - das hat Frau Moritz eben auch angedeutet - vor Ort immer noch wie in einer Bauruine aus, wenn die Rolltreppen heute herauskommen, aber die Straße noch nicht endgültig gestaltet ist. Deswegen fehlen mir in Ihren Anträgen die entsprechenden Aussagen zur Teilinbetriebnahme Süd der Nord-Süd-Stadtbahn.

Wir hatten in der Tat eine Vorlage, datiert vom Juni letzten Jahres, die in die Haushaltsplanberatungen, die wir im kommenden Monat haben werden, verwiesen worden ist. Meine Frage ist, inwieweit sich dort die Entscheidungsgrundlagen geändert haben. Dabei schaue ich entweder Herrn Fenske von der KVB oder Herrn Höing an. Nach meinen Informationen gibt es einen Zuwendungsbescheid vom 1. Oktober 2012, also nach der damaligen Verwaltungsvorlage, mit dem die Mittel für einen Bewilligungszeitraum bis zum 31. Dezember 2019 bewilligt werden. Wir wissen, dass 2019 ein wichtiges Datum ist, weil dann das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ausläuft und wir es wegen des Unglücks am Waidmarkt wahrscheinlich nicht schaffen werden, bis 2019 alles abgerechnet zu haben.

Hier gibt es einen 10-prozentigen Sicherheitseinbehalt, der insgesamt 53 Millionen Euro ausmacht. Die KVB bezeichnet das als drohenden Zuschussverlust. Die Frage ist ja, lieber Herr Kollege Granitzka - Sie haben eben von 25 Millionen Euro Kosten gesprochen; ich habe die Zahlen etwas anders in Erinnerung -, ob es nicht ein gutes Geschäft für die Stadt wäre, lieber die Teilinbetriebnahme vorzunehmen, um die 53 Millionen Euro nicht zu verlieren. Wenn ich es richtig verstanden habe,

ist es auch die Empfehlung von Land und Bund an die Stadt Köln, die Teilbetriebnahme vorzunehmen, um diese Mittel zu sichern.

Herr Fenske, Herr Höing, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie darstellen würden, wie Sie das sehen und inwieweit dieses Geld in die Vorlage vom Juni 2012 eingepreist wird; denn das verschiebt die finanziellen Rahmenbedingungen dieses ganzen Projekts noch einmal erheblich.

Aus Sicht der FDP-Fraktion - deswegen haben wir das auch in unseren Änderungsantrag hineingeschrieben - haben wir keine Zeit zu verlieren, die Teilbetriebnahme Süd hier zu beschließen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Oberbürgermeister, deswegen stellen wir für den Fall, dass Sie über den FDP-Antrag nicht mehr abstimmen lassen wollen, weil andere Anträge möglicherweise weiter gehend sind, einen zusätzlichen Ergänzungsantrag. Wir beantragen nämlich, im Änderungsantrag von SPD und Grünen unter II. folgenden zusätzlichen Punkt 3 zu ergänzen:

Die Nord-Süd-Stadtbahn ist in ihrem südlichen Teilabschnitt zum nächstmöglichen Zeitpunkt in Betrieb zu nehmen.

Das ist unser Änderungsantrag. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen?

(Ralph Sterck [FDP]: Ich hatte um eine Antwort gebeten! Ich hatte eine Frage gestellt!)

- Gut. - Herr Fenske.

Jürgen Fenske (Kölner Verkehrs-Betriebe): Die Antwort ist nicht ganz leicht, Herr Sterck. Sie haben nach der Verwaltungsmeinung - Stichwort: Berücksichtigung in der Verwaltungsvorlage - zu dem Sicherheitseinbehalt, den Sie zu Recht mit 53 Millionen Euro beziffert haben, gefragt.

Sie haben auch auf die Tatsache hingewiesen - ich will Ihnen jetzt ersparen, die komplexe Materie des Zuschusses im

Einzelnen darzustellen -, dass 2019 der Zuschussstopf GVFG nach formaler gesetzlicher Grundlage ausläuft. Darum ist es in dem Gespräch auch gegangen.

Gleichzeitig muss man wissen, dass der Zuschussgeber darauf verwiesen hat, dass es eine gemeinsame Bundesratsinitiative von drei Ländern, auch überparteilich besetzt, geben wird, um eine Anschlussregelung zu schaffen. Das sind - das will ich an dieser Stelle deutlich sagen; das ist mir auch wichtig - Erklärungen. Das sind Beschlüsse der Fachminister bzw. der Verkehrsministerkonferenz. Es sind noch keine Beschlusslagen im Bundesrat und im Bundestag. Das bleibt abzuwarten.

Meine persönliche Einschätzung - auch aus den vielen Gesprächen, die ich führe - ist, dass wir nach 2019 auch eine, wie auch immer geartete, Regelung bekommen. Das ist aber - ich betone das - eine Einschätzung. Das formale Förderrecht ist so, wie Sie es zitiert haben.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Da keine weiteren - -

(Ralph Sterck [FDP]: Er hat die Frage an die Verwaltung weitergegeben!)

Beigeordneter Franz-Josef Höing: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrter Herr Sterck, es ist so, wie Herr Fenske das gerade dargestellt hat. Das ist die Gesetzeslage. Wir haben alle diese Dinge aufbereitet. Sie sind in die Haushaltsplanberatungen verschoben worden. Da kann man dieses Thema noch einmal in aller Breite diskutieren, glaube ich.

Die Gesetzeslage ist so, wie Herr Fenske es beschrieben hat. Ende 2019 läuft das GVFG erst einmal aus. Die Debatten, von denen Herr Fenske auch gesprochen hat, bei denen es darum geht, eine Anschlussfinanzierung für dieses Gesetz in Angriff zu nehmen, gibt es an vielen Stellen und auf unterschiedlichsten Ebenen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich will von dieser Stelle aus auch noch sagen, dass es einen Beschluss des Verkehrsausschusses gibt, die Frage der vorzeitigen Inbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn im Finanzausschuss zu behandeln. Dort wird dieser Punkt mit der nötigen informellen und formellen Begleitung zur Diskussion, zur Beratung und zur Abstimmung

gestellt, sodass die Fragen, die Sie gerade sowohl an Herrn Höing als auch an Herrn Fenske gerichtet haben, auf der Grundlage einer Verwaltungsvorlage mitberaten werden können. Daher sehen wir diese Frage jetzt im Grunde nicht als entscheidungsfähig an. Das will ich noch einmal deutlich sagen.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister, Sie haben gerade gesagt: auf der Grundlage einer Verwaltungsvorlage. Das war ja meine Frage. Beraten wir nur aufgrund der verwiesenen Beratungsvorlage vom Juni 2012? Oder wird es von der Verwaltung eine neue Beratungsvorlage geben, bei der das Zuschussrisiko von 53 Millionen Euro mit eingepreist ist? Das war meine Frage.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir haben zunächst einmal eine Vorlage des Stadtvorstandes und der Verwaltung, die dahin geht, dass von einer vorzeitigen Inbetriebnahme abgesehen wird. Das ist die Vorlage. Diese Vorlage ist von der Kämmerin mitgezeichnet. Sie liegt dem Verkehrsausschuss vor und soll im Finanzausschuss beraten werden.

(Ralph Sterck [FDP]: Es gibt also keine neue Vorlage? - Gegenruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist die verwiesene Vorlage!)

- Ja. Im Rahmen der Beratungen werden dann natürlich zusätzliche Informationen gegeben. Das ist selbstverständlich.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung. - Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur kurz etwas zum Abstimmungsverfahren sagen. Die CDU hat ja ihr Interesse signalisiert, dem Änderungsantrag von SPD und Grünen beitreten zu wollen. Das nehmen wir sehr gerne an. Insofern würden wir unseren Antrag im Einverständnis mit den Kollegen von Grünen und CDU dann zu einem gemeinsamen Dreier-Antrag machen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Sterck, nach dem, was der Oberbürgermeister gesagt hat, glaube ich jetzt, dass der Zusatzantrag, den die FDP gestellt hat, im Finanzausschuss beraten wird und nicht mit in diesen Antrag aufgenommen wird.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

- Okay. Dann werden wir beantragen, den Antrag der FDP in die Haushaltsplanberatungen des Finanzausschusses zu verweisen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gut. - Dann beginnen wir bei den Abstimmungen mit dem Ergänzungsantrag der FDP. Die CDU hat beantragt, dass dieser Ergänzungsantrag in den Finanzausschuss verwiesen wird. Das ist die erste Abstimmung, die wir jetzt vornehmen. Dann haben wir da auch eine bestimmte Klarheit. Daher frage ich: Wer ist für die Verweisung des Ergänzungsantrags der FDP, die Nord-Süd-Stadtbahn so schnell wie möglich in Betrieb zu nehmen, in den Finanzausschuss? - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der CDU, die Fraktion pro Köln und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Die Grünen und Herr Zimmermann enthalten sich. Damit ist dieser Antrag in den Finanzausschuss verwiesen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und CDU unter Tagesordnungspunkt 16.1. Ich mache es noch einmal positiv und frage: Wer ist für diesen Antrag? - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion der CDU, die Fraktion der FDP, die Fraktion pro Köln, Herr Zimmermann, Herr Hoffmann und die Fraktion Die Linke. Damit ist dieser Beschluss einstimmig gefasst worden.

Weil es sich um einen Ergänzungsantrag oder Änderungsantrag handelt, müssen wir jetzt noch über die unter Tagesordnungspunkt 16.1 zu beschließende Vorlage abstimmen. Wer gegen diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Niemand. Enthaltungen? - Keine. Damit ist sie einstimmig angenommen. - Damit haben wir TOP 16.1 abgearbeitet.

Dann kommen wir zu der unter Tagesordnungspunkt 16.2 vorliegenden Satzung. Wer gegen diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist niemand. Wer enthält sich? - Keiner. Damit ist sie ebenfalls einstimmig angenommen.

Letztlich müssen wir nun noch die 1. Änderungsverordnung unter TOP 6.3.1 beschließen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist sie so beschlossen. - Vielen Dank. Damit sind die Tagesordnungspunkte 6.3.1, 16.2 und 16.2 beendet.

Nun rufe ich auf:

6.4 Sonstige städtische Regelungen

6.4.1 Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen 0873/2013

Hierzu liegt eine Neufassung vor.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Geschäftsordnung so geändert. - Vielen Dank.

Wir kommen zu:

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2012 gemäß § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2012 0829/2013

Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann ist das so zur Kenntnis genommen.

Damit sind wir bei:

10 Allgemeine Vorlagen

Wir beginnen vereinbarungsgemäß mit:

10.0 Grundsätze der Werbung im öffentlichen Raum Öffentliche Aussprache im Zusammenhang mit dem Abschluss des Werbenutzungsvertrages

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ja. Wir gehen nach der üblichen Reihenfolge vor. Der erste Redner ist Herr Börschel.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor ich Herrn Börschel das Wort gebe, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass wir uns hier in einem sehr sensiblen Bereich befinden. Sie wissen, dass wir die Ausführungen dazu in nichtöffentlicher Sitzung behandeln werden, weil es hier um vergaberechtliche Vorgänge geht, die in den nichtöffentlichen Teil gehören. Deswegen möchte ich an Sie appellieren, in Ihren

Wortbeiträgen dafür Sorge zu tragen, dass in den Diskussionsbeiträgen keine Informationen geliefert werden, die in den nichtöffentlichen Teil gehören.

Martin Börschel (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Oberbürgermeister, jetzt bin ich ja ganz gehemmt und muss noch mehr darüber nachdenken, was ich sage. Ich will aber versuchen, dass ich dem einigermaßen gerecht werden kann.

(Winrich Granitzka [CDU]: Darf ich eine ganz kurze Anmerkung machen, bevor wir in die Debatte eintreten?)

- Hauptsache, meine Zeit läuft nicht weiter. Dann ist mir alles recht.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte schön.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Vielen Dank, dass Sie mir diese Gelegenheit geben, Herr Börschel. - Wir werden gerne mit Ihnen darüber debattieren, wie viele Werbemaßnahmen die Stadt braucht und was in diesem Zusammenhang erforderlich ist. Wir können nur, weil wir den Änderungsantrag erst heute hier im Rat auf den Tisch bekommen haben, leider nicht darüber abstimmen. Auch aus einem anderen Grund, den ich im nichtöffentlichen Teil nennen werde, werden wir nicht abstimmen können.

Daher bitten wir um Verschiebung der Abstimmung - nicht der Sache selber, sondern der Abstimmung -, wenn das irgendwie möglich ist, damit wir die Möglichkeit haben, die Sachargumente nachzuprüfen. Bei der nächstmöglichen Gelegenheit werden wir das auch tun können. Heute sehen wir uns aber nicht in der Lage, darüber abzustimmen. Sollte die Mehrheit das anders beschließen, müssen wir uns auch dementsprechend verhalten. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich nehme diese Informationen erst einmal zur Kenntnis. Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung werden wir das auch als Antrag zur Abstimmung stellen. - Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt wird es ja noch komplizierter. Dass die Schlussfassung des von SPD und Grünen im nichtöffentlichen Teil gestellten Änderungsantrags erst heute verteilt worden ist, ist richtig. Dass er mit der CDU-Fraktion durch die zuständigen Beteiligten nicht abgestimmt worden sei, möchte ich allerdings in aller Form zurückweisen. Es hat diesbezüglich mehrere Gespräche gegeben- auch heute noch. Das sage ich in aller Freundschaft und nur deshalb, damit das unter uns Beteiligten klar ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Gelegenheit, über einen Werbenutzungsvertrag und die europaweite Ausschreibung desselben zu sprechen, ist eine ganz besondere. Im Leben eines durchschnittlichen Ratsmitglieds kommt das nur einmal vor, weil die Laufzeiten solcher Verträge eher in Jahrzehnten als in Monaten oder Jahren zu messen sind. Insofern sollten wir uns in der Tat sehr intensiv mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Für uns von der SPD-Fraktion sind zwei Dinge besonders leitend und wichtig und in eine angemessene Balance zu bringen, nämlich auf der einen Seite die Stadtbildkomponenten von Werbung und öffentlichem Raum und auf der anderen Seite das Erzielen eines ordentlichen Ertrags. Diese beiden Ziele stehen zunächst einmal nebeneinander und müssen in eine ordentliche und ausgeglichene Balance gebracht werden. Es geht hier um den öffentlichen Raum. Deswegen ist die Frage, was Werbung eigentlich für den öffentlichen Raum und das Stadtbild bedeutet, eine ganz zentrale.

Dabei darf man - das ist unsere Überzeugung - Werbung nicht per se verteufeln. Sie gehört nun einmal zur Marktwirtschaft dazu. Sie gehört auch zum Leben einer prosperierenden Stadt dazu. Insofern ist Werbung als solche erst einmal nichts Negatives. Sie muss aber dort, wo Menschen im öffentlichen Raum davon betroffen sind, besonders sensibel gehandhabt werden.

Deswegen setzen wir uns im Rahmen der Diskussion um die Ausschreibung des Werbenutzungsvertrags ganz massiv dafür ein, dass wir bei der Zahl der Werbeträger gegenüber dem Status quo - den ja jeder Mensch in Köln sehen kann; insofern ist das auch nichts Vertrauliches - zu einer deutlichen Reduktion kommen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass es bei der Qualität der Werbeträger einen deutlichen Schritt nach vorne gibt. Wir wollen

mehr Qualität von Werbung im öffentlichen Raum in Köln haben.

Hier geht es, wie gesagt, um eine vernünftige Balance. In allen Fällen darf man, wenn man die Balance erreichen will, aber auch nicht übertreiben.

Würde man die Werbung von der Zahl her zu sehr reduzieren, gibt es auch Probleme, nämlich zum Beispiel dadurch, dass die Werbung dann auf den privaten Raum ausweichen würde. Ein Werbenutzungsvertrag hat immer auch eine gewisse Kanalisierungswirkung. Das, was wir öffentlich zulassen, wird eben nicht im Rahmen eines Wildwuchses wie Kraut und Rüben auf privaten Flächen gemacht. Insofern hat das Absenken von Werbung auch eine natürliche Grenze.

Außerdem wollen wir unbedingt sicherstellen, dass insbesondere Kleingewerbetreibende, Kulturschaffende, Kulturinstitutionen, Kleinkunsttreibende und Ähnliche nach wie vor bezahlbare Werbemöglichkeiten haben. Das mindert zwar den Ertrag und greift sicherlich auch ein Stückchen ins Stadtbild ein, ist aber für eine prosperierende Kultur- und Kleingewerbeszene in Köln elementar.

Last, not least darf man nicht vergessen, dass im Rahmen eines solchen Konzepts auch die Stadt selbst - beispielsweise für ihre Kulturinstitutionen oder für die Bewerbung einer Bürgerbefragung oder eines Bürgerentscheids, um nur einige Beispiele zu nennen - Werbeflächen für sich in Anspruch nehmen können sollte.

Wir legen großen Wert darauf, dass es innerhalb der Qualität und des Weniger, das wir unbedingt wollen, auch Unterschiede in der Stadt gibt. Wir treten deswegen mit allem Nachdruck dafür ein, dass es sensible Zonen gibt - beispielsweise die Bereiche um die romanischen Kirchen, um nur ein Beispiel zu nennen. Es muss auch Tabuzonen geben, in denen man auf Werbung im öffentlichen Raum ganz verzichten sollte. Hier nenne ich die Kern-Altstadt, die Kern-City in unserer Stadt.

Viel mehr darf man ja in öffentlicher Sitzung gar nicht sagen. Ich will damit nur Folgendes deutlich machen: Für die SPD ist es wichtig, auf der einen Seite im Rahmen eines guten Wettbewerbs, bei dem auch faire Bedingungen herrschen müssen, einen ordentlichen Ertrag zu generieren - schließlich geht es dabei auch um Geld für die Stadt, das wir dringend brauchen - und auf der anderen Seite Qualität

und ein Weniger an Werbung im öffentlichen Raum sicherzustellen.

Lassen Sie mich noch einen allerletzten Gedanken einbringen, der uns in den Debatten der letzten Monate immer wichtig war und auch wichtig bleiben wird. Anlässlich eines Werbenutzungsvertrages - ich sage hier ganz bewusst „anlässlich“ und nicht zwingend „im Rahmen“; für die Feinschmecker ist das vielleicht interessant; im öffentlichen Teil der Sitzung will ich aber nicht näher darauf eingehen - muss es endlich auch ein überzeugendes Konzept für öffentliche Toiletten geben - und natürlich nicht nur ein Konzept, sondern auch dessen Realisierung. Das will ich nur noch einmal klipp und klar sagen. Wir wollen nicht, dass das weiter aufgeschoben wird. Ich sage hier ohne Wenn und Aber: wenn auch möglicherweise nicht zwangsläufig im Rahmen dieses Werbenutzungskonzeptes, dann wenigstens anlässlich. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Börschel. - Herr Klipper, bitte.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn Sie heutzutage durch die Stadt gehen, werden Sie feststellen, dass nicht nur der öffentliche Raum, sondern auch der private Raum mit Werbung vollgemüllt ist. Sie sehen Werbung unterschiedlicher Art in verschiedenen Formaten. Diese Formate sind teilweise uralt. Zum Teil befinden sie sich auch in Grenzbereichen zu privaten Grundstücken. Dieser öffentliche Raum ist kein Aushängeschild für uns.

Daran können wir jetzt das erste Mal etwas ändern. Wie Herr Börschel schon gesagt hat, suchen wir hier für 15 Jahre eine Lösung. Dabei wollen wir die negativen Erfahrungen, die wir im Rahmen des letzten Werbenutzungsvertrages aus dem Jahr 1994 gemacht haben, eliminieren und positiv auf die Stadt einwirken.

Für mich als Vorsitzenden des Stadtentwicklungsausschusses hat die städtische und städtebauliche Entwicklung eine riesige Bedeutung. Deswegen bin ich sehr zufrieden, dass wir, wie schon angesprochen wurde, eine Reduzierung der Werbeträger - ich sage extra: der Werbeträger; nicht der

Werbeflächen, aber der Werbeträger - erreichen, und zwar um rund 20 Prozent. Das ist in dieser Stadt sehr viel. Mich freut auch, dass wir anfangen, die Qualität dieser Werbeträger zu erhöhen. Auch das werden wir im nichtöffentlichen Teil zu diskutieren haben.

Wie gerade schon gesagt worden ist, wollen wir bei diesem Werbenutzungsvertrag die öffentliche Hand, die den Raum zur Verfügung stellt, auch adäquat an den Erträgen beteiligen. Das ist der Spagat, den wir machen müssen. Auf der einen Seite müssen wir sorgsam mit der Ausweitung der Werbung umgehen. Auf der anderen Seite möchten wir den Playern in diesem Bereich nicht den ganzen Profit geben, sondern einen erheblich höheren Betrag für den Haushalt bekommen.

Ich will gar nicht auf die Einzelheiten eingehen. Der Oberbürgermeister hat eben einen Hinweis gegeben. Das ist natürlich sehr schwierig. Wir haben einen nichtöffentlichen Teil, den wir noch zu bearbeiten haben, und einen öffentlichen Teil.

Unser Ziel ist es, dass am Ende des ganzen Prozesses in den nächsten anderthalb Jahren herauskommt - wir sprechen hier erst über den Zeitraum ab dem 1. Januar 2015 -, dass der öffentliche Raum viel geordneter und viel ansehnlicher ist.

Er muss dann auch modern sein. Daher müssen wir bei diesem Vertrag berücksichtigen, dass die Technik sich verändert. Es wird viel mehr digitalisiert. Früher hat man großflächige Werbung im 18/1-Format geklebt. Das wird in den nächsten Jahren der Vergangenheit angehören. Deswegen muss unser Beschluss so flexibel sein, dass die Digitalisierung auch ein Teil des öffentlichen Bildes wird. Umgekehrt darf das aber auch nicht dazu führen, dass wir nachher eine völlige Unruhe in den öffentlichen Raum bekommen, weil es überall irgendwo blinkt.

(Martin Börschel [SPD]: Wir wollen kein Las Vegas haben!)

- Kein Las Vegas, genau - auch wenn es manchmal ganz schön wäre, einen Colt zu haben.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und einen Times Square?)

- Die Erträge, die am Times Square erwirtschaftet werden, würde ich gerne nehmen, liebe Frau Moritz. Das kann ich nur sagen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Da werden Sie schwach!)

- Sie müssen sich einmal vor Augen führen, um welche Beträge es da geht. Mit diesen Erträgen hätten wir zumindest einen Teil unserer Sorgen um den Haushalt beseitigt. - Diesen Spagat müssen wir also bewältigen.

Lassen Sie mich zum Schluss aber auch sagen, weswegen unsere Haltung für uns sehr schwer geworden ist. Wir haben über dieses ganze Thema vier Monate diskutiert. Wir haben in verschiedenen Bereichen immer drei Schritte nach vorne und zwei zurück gemacht. Da die Gespräche teilweise im Geheimen stattfanden, war das nur schwer an die Fraktionsmitglieder herüberzubringen. Am letzten Donnerstag habe ich aber im Stadtentwicklungsausschuss gesagt: Wenn wir diese Sache nicht am Freitag oder spätestens am Montagvormittag in schriftlicher Form vorgelegt bekommen, besteht das Risiko, dass wir hier nicht zustimmen können, weil wir dann nicht mehr bei unserer Fraktionssitzung ausführlich darüber sprechen können.

Leider - mit „leider“ meine ich sowohl den Stadtwerke-Konzern als auch die Verwaltung - muss ich feststellen: Wir haben die Unterlagen am Freitag nicht bekommen. Sie wurden mir dann irgendwann per E-Mail übersandt. Teilweise habe ich sie erhalten, als ich im Finanzausschuss saß, der bekanntlich erst um 14.30 Uhr am Montag begonnen hat. Der Termin „Montag, 12 Uhr“ war also auch nicht eingehalten. Daher war es für meine Fraktion äußerst schwierig, diese Angelegenheit in allen Details zu beraten, wie Herr Granitzka schon gesagt hat.

Deswegen haben wir auch den Wunsch, den Beschluss um eine Sitzung zu verschieben. Das könnte man durchaus machen. Ich bin der Überzeugung, dass man das bei einer sehr guten Planung des ganzen weiteren Prozesses hinbekommen könnte. Ich plädiere also ebenfalls für die Verschiebung um eine Sitzung. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Klipper. - Wir kommen zu Frau Moritz.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Kolleginnen

und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich finde das schon bedauerlich, Herr Klipper. Sie sagten gerade selber, dass wir vier Monate zusammengearbeitet haben. Es war natürlich ein großer Wunsch, dass der Werbenutzungsvertrag, der 15 Jahre gelten soll, also mehrere Wahlperioden überdauern soll, von einer breiten Mehrheit getragen wird.

Ich weiß auch, dass dieser Änderungsantrag Ihnen vorher vorlag, dass Sie ihn aber bis heute Mittag nicht eingereicht haben. Dann kann man ihn auch schlecht ausdrücken. Darauf kann ich jetzt aber nicht näher eingehen. Was wir hier machen, ist ja alles riskant. Deshalb sind auch die sensibelsten Personen der Fraktionen ausgewählt worden, zu sprechen.

(Heiterkeit)

Im Fall unserer Fraktion bin das ich. Das ist ja allgemein bekannt.

Lassen Sie mich jetzt zu den Inhalten kommen. Werbung ist in unserer Gesellschaft allgegenwärtig. Sie beherrscht unser Leben und begegnet uns überall: im Rundfunk, im Fernsehen, in den Printmedien, im Internet, auf Autos, auf Taxen, auf Straßenbahnen.

Ehrlich gesagt, bin ich persönlich ein Werbemuffel. Ich gucke eigentlich nur Fernsehsender, bei denen zwischendurch keine Werbung läuft.

(Zuruf von der FDP: Kinderkanal!)

- Genau. - Deshalb habe ich auch großes Verständnis für Leute, die sich für eine Reduzierung von Werbung aussprechen. Damit müssen wir uns in der Tat beschäftigen. Das ist - darüber freue ich mich - in dieser Vorlage gelungen, wie auch Herr Klipper gerade bestätigt hat.

Ich komme genauso wie Herr Klipper aus dem Stadtentwicklungsausschuss. Deswegen war es mir ein ganz großes Anliegen, die stadtgestalterischen Aspekte von Werbung stärker zu berücksichtigen.

Wem ist es nicht schon passiert, dass ihm auf einem Radweg plötzlich eine Stadtinformationsanlage den Weg versperrt und er einer auf den Bürgersteig gemalten Radwegserpentine folgen muss, bei der er wirklich nur im Schrittempo nicht aus der Kurve gerissen wird? Das darf es in Zukunft nicht mehr geben.

Wem ist es nicht schon passiert, dass ein wunderbarer Blick auf ein historisches Gebäude oder eine wirklich repräsentative Achse von einem riesigen Mega-Light verstellt ist? Auch das wollen wir vermeiden.

Deswegen sind wir auf die gute Idee gekommen, die Stadt stadträumlich zu betrachten. Wenn ich „wir“ sage, meine ich übrigens nicht die Grünen, sondern alle, die damit befasst waren - auch die Verwaltung, die uns dabei sehr unterstützt hat. Wir sind auf die Idee gekommen, Stadträume zu definieren, in denen Werbung entweder gar nicht oder nur in sehr eingeschränktem Maße zulässig ist. In der Tabuzone ist keine Werbung gestattet. Das ist die Zone, die unsere Einladungsadresse für Menschen von außerhalb ist, nämlich die Altstadt. Es gibt aber auch Zonen wie die Ringe oder die Umgebung von romanischen Kirchen. Darüber hinaus gibt es - das möchte ich hier auch betonen - sensible Bereiche in Stadtbezirken, beispielsweise die Ortszentren. Ohne in Details zu gehen, darf ich hier sagen, dass auch etliche Anregungen der Bezirke übernommen werden. Darüber freue ich mich; denn die Bezirke waren nicht so tief in die Vorberatungen einbezogen.

Gestatten Sie mir auch einige Worte zum Design, das uns, die wir uns für die Stadtgestaltung engagieren, ganz besonders interessiert. Es wird eine Fachjury für Design geben. Darüber freue ich mich. Hier werden also nicht irgendwelche Politiker oder Mitarbeiter der Stadtwerke oder sonstige Leute, die nicht nachweislich Ahnung davon haben, entscheiden, sondern eine Fachjury.

Ich muss allerdings auch etwas ansprechen, mit dem ich nicht ganz so glücklich bin. Die Bahn- und Busnutzer freuen sich zwar alle darüber. Wir werden nämlich mehr Fahrgastunterstände bekommen.

(Zuruf)

- Ich habe „mehr“ gesagt. Es können 1 000 sein; es können 5 00 mehr sein. Ich weiß es eigentlich gar nicht mehr genau.

(Ralph Sterck [FDP]: Es können auch nur 300 mehr sein!)

Wir haben uns aber zum Beispiel auch über die Frage unterhalten, wie sich die Werbung denn in Zukunft entwickeln wird. Es ist davon auszugehen, dass es viel mehr Wechsler und viel mehr digitale Werbung geben wird. Wir haben darüber gesprochen, ob so etwas auch an

Fahrgastunterständen infrage kommt. Weil wir das noch nicht kennen, sind wir hier sehr unsicher.

Im Stadtentwicklungsausschuss - übrigens auch im öffentlichen Teil; bis jetzt hat das noch niemand moniert - hatte ich vorgeschlagen, so etwas einmal modellhaft aufzubauen. Wir haben aber erfahren, dass es das in Hamburg seit 2008 gibt. Vielleicht ist es billiger, wenn ein paar Leute dorthin fahren, um es sich da anzugucken. Deswegen haben wir hier noch einen kleinen Vorbehalt eingebaut. Wenn es so ist, wie uns berichtet wird, können wir uns das durchaus vorstellen. Wenn es nicht so ist, sind wir frei, noch Änderungen einzubringen.

Herr Oberbürgermeister, ein weiterer Punkt spielt für uns eine große Rolle. In den letzten 15 Jahren hat es jede Menge Veränderungen gegeben. Wir wissen nicht, was uns in den nächsten 15 Jahren erwartet. Vor diesem Hintergrund ist es uns ganz wichtig, dass sowohl die Stadtwerke als auch die Stadt gemeinsam mit dem Konzessionär entsprechende Änderungen im Konsens beschließen. Wir haben das Gefühl, dass da wirklich die gesamte Kompetenz zusammenkommt. Das beruhigt uns sehr.

Herr Börschel hat darauf hingewiesen, dass wir Einnahmen erwarten. Das ist klar. Klar ist aber auch: Je mehr Einschränkungen wir machen, desto geringer sind die Einnahmen.

Deswegen ist das Ganze immer ein Kompromiss. Wir sind der Meinung, dass wir diesen Kompromiss tragen können und dass er auf dem Boden der Beratungen gefasst worden ist, bei denen wir uns in den Gesprächen und in dem Prozess eigentlich alle einig waren. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Moritz. - Wir kommen zu Herrn Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Weil wir uns, wie die Vorredner schon gesagt haben, in den Zielen alle einig sind, kann ich es hier auch kurz machen. Wir wollen auf der Straße mehr Qualität und weniger Quantität. Im nichtöffentlichen Teil werden wir gleich über die Zahlen diskutieren.

Man kann hier aber schon einmal sagen, dass dieses Ziel sicherlich erreicht werden wird.

Weniger Quantität erreichen wir dadurch - Frau Moritz hat es auch gesagt -, dass wir bestimmte Bereiche ganz von Werbung freistellen und in sensiblen Bereichen weniger Werbung zulassen.

Das wird natürlich den Druck in anderen Teilen der Stadt erhöhen. Deswegen werden wir wahrscheinlich vergeblich auf Briefe und E-Mails warten, in denen der Stadt dafür gedankt wird, dass in einem sensiblen Bereich bzw. einem Ortskern Werbung abgebaut worden ist. Eher müssen wir mit Beschwerden rechnen, in denen es heißt: Ich wohne an einer Landstraße neben einem offenen Feld. Dort gab es früher nie Werbung. Jetzt stehen hier plötzlich drei Mega-Lights. - Irgendwie wird die Werbewirtschaft ihre Werbung ja unterbringen.

Es gibt einen weiteren Aspekt, der dazu führt, dass es nachher möglicherweise mehr Quantität geben wird - Frau Moritz hat ihn gerade auch angesprochen -, und zwar das Phänomen der Wechsler und der digitalen Technik. Das muss gar nicht unbedingt in der ersten Phase ab 2015 umgesetzt werden, sondern kann später kommen, wenn sich die Technik weiterentwickelt. Der Vertrag läuft ja lange genug. Wir müssen darauf achten, dass wir als Stadt Köln entsprechende Regelungen einbauen, damit es nicht zu viele Öffnungsklauseln gibt, die dazu führen, dass plötzlich die ganze Stadt digital flimmert. Zu den Wechslern liegt ja ein Vorschlag von Rot-Grün vor. Im nichtöffentlichen Teil werden wir gleich darüber diskutieren, wie das mengenmäßig zu fassen ist.

Frau Moritz hat zum Ende ihrer Ausführungen erklärt, man dürfe die Werbewirtschaft nicht zu sehr einschränken. Frau Moritz, es freut mich sehr, dass Sie sich jetzt schon so geschmeidig in Ihrer Argumentation zeigen. Bei Ihren bisherigen Auftritten zu diesem Thema - auch noch letzte Woche im Stadtentwicklungsausschuss - waren Sie wesentlich härter und haben Werbeverbote gefordert. Das konnte gar nicht weit genug gehen - bis hin zu einem Verbot in der Nähe aller 600 Kinderspielplätze in Köln. Ich bin froh, dass die SPD Sie da ein bisschen auf den Weg der Tugend zurückgeführt hat.

Deswegen musste ich mein Redekonzept auch etwas ändern. Eigentlich wollte ich aus der schönen Liste zitieren, in der die FDP einmal zusammengestellt hat, was die Grünen alles verbieten wollen. Darin steht beispielsweise:

- Verbot von Handynutzung bei Kulturveranstaltungen
- Verbot von getrenntgeschlechtlichen Toiletten
- Verbot von Stand-by-Funktionen bei Elektrogeräten
- Verbot von Süßigkeitswerbung im Umfeld von Kinderprogrammen
- Fleischverbot an einem Wochentag in Schulen und Kitas

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Und Verbot von unqualifizierten Reden!)

Ich hatte gedacht, dass ich jetzt auch das, was Frau Moritz immer propagiert hat, nämlich das Alkoholverbot an Karneval oder das Verbot von Suchtmittelwerbung in der Umgebung - -

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich immer propagiert?)

- Das steht ja sogar in der Anlage. - Entschuldigung; das darf ich gar nicht sagen. Zu der Anlage kommen wir nachher noch. Darin stehen die Dinge. Darüber reden wir nachher im nichtöffentlichen Teil. - Deshalb muss ich diese Verbotsliste also weglegen.

Eines kann ich hier aber schon sagen - Herr Klipper hat die Gefühlslage seiner Fraktion ja auch schon ein bisschen vorweggenommen -: Wir werden dieser Vorlage am Ende nicht zustimmen - auch nicht mit der Öffnungsklausel, die Herr Klipper angesprochen hat.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Warum reden wir dann so intensiv darüber?)

- Herr Frank, wenn Sie das wirklich interessiert, kann ich es auch kurz andeuten, ohne zu sehr in die Details zu gehen.

Mit dem Vertrag von vor 15 Jahren - er ist auch bekannt; er steht ja quasi auf der Straße; er ist auch in den Medien kommuniziert worden - haben wir eine gewisse Altlast, was die Wartehäuschen angeht. Diese Altlast ist aus unserer Sicht nicht richtig bereinigt worden.

Außerdem stellt sich die Frage, wie wir einen fairen Wettbewerb zwischen potenziellen Betreibern herstellen können, die möglicherweise Lose gewinnen. Über diese Frage werden wir nachher diskutieren. Wir

zweifeln daran, dass es dort wirklich zu einem fairen Wettbewerb kommen wird.

Deswegen wird die FDP-Fraktion die Vorlage ablehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich gebe nun Herrn Fenske das Wort.

Jürgen Fenske (Kölner Verkehrs-Betriebe): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte zwei Anmerkungen machen und mit einem inhaltlichen Hinweis beginnen. Wir werden nachher im nichtöffentlichen Teil darüber debattieren. Im öffentlichen Teil möchte ich nur so viel sagen: Nach langen Diskussionen - auch gemeinsamen Diskussionen; auch in Spiegelung des Marktes; auch im Vergleich zu anderen Städten - haben wir ein Gesamtpaket - ich betone: ein Gesamtpaket - gefunden, bei dem wir versucht haben, die einzelnen Aspekte in einer Balance zu halten.

Eigentlich habe ich mich aber zu Wort gemeldet, weil die Damen und Herren von der CDU um eine Verschiebung der Abstimmung gebeten haben. Ich habe die dringende Bitte, dass wir die Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 24.6 heute nicht verschieben, weil wir uns in einer Kette von weiteren Entscheidungen befinden. Nach dieser Entscheidung, wenn sie denn heute getroffen wird, steht relativ rasch der sogenannte Teilnahmewettbewerb an. Dann folgen die Veröffentlichung der eigentlichen Ausschreibungsunterlagen und das Verhandlungsverfahren.

Da wir uns bei den Werbeträgern - ein Spezifikum hat Herr Sterck gerade schon zu erkennen gegeben, als er die Fahrgastunterstände angesprochen hat; das gilt aber nicht nur für die Fahrgastunterstände, sondern für alle Werbeträger - auch immer im Bereich von Genehmigungsrecht und Baurecht bewegen, brauchen wir aufgrund der Zahl der Werbeträger in der Tat das komplette Jahr 2014 zur Vorbereitung.

Deswegen kann ich Sie nur herzlich bitten, es - auch im Interesse der Stadt - zu ermöglichen, dass wir jetzt in den Zeitplan eintreten, um alles so ordentlich hinzubekommen, dass wir am 1. Januar 2015 neu, gut, sicher und solide starten können.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Dann kommen wir zu Herrn Weisenstein.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister Roters! Sehr geehrte Damen und Herren! Werbung im öffentlichen Raum gehört zum Bild einer Großstadt. Hier besteht großer Konsens, dass die Werbung nicht überhandnehmen darf. In der Tat darf die Werbung ein erträgliches Maß im öffentlichen Raum nicht überschreiten. Bestimmte Bereiche sollten komplett von Werbung verschont bleiben. Das darf aber nicht dazu führen, dass andere Bereiche mit Werbung völlig überladen werden.

Meist werben Firmen und Konzerne für ihre Produkte. Wir als Stadt Köln sollten aber auch darauf achten, dass Initiativen und Vereine die Möglichkeit haben, auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Wir sind der Auffassung, dass diese Organisationen und Vereine in den Bezirkszentren die Möglichkeit erhalten sollen, auf modernen digitalen Tafeln auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Damit würden wir diesen Leuten eine Stimme in der Stadt geben und so einen Beitrag zur Demokratisierung der Stadtgesellschaft leisten.

Neun zusätzliche Schautafeln sind unserer Auffassung nach - wenn man in jedem Stadtbezirk eine hätte, wären es ja neun - absolut vertretbar.

Vorwiegend kommerzielle Werbung vermindert mitunter die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Folglich ist es richtig und notwendig, die Einnahmen, die die Stadt und ihre Töchter aus der Werbung generieren, wieder in den öffentlichen Raum zu investieren. Der Neuabschluss eines Vertrages beinhaltet die Chance, Mehreinnahmen zu erzielen.

Von den Einnahmen muss die öffentliche Infrastruktur profitieren. Traditionell stehen Werbung und öffentliche Toiletten in der Stadt Köln in einem engen Zusammenhang. Dieser Zusammenhang wird wahrscheinlich weiterhin bestehen - auch wenn gegebenenfalls die Stadt oder eine ihrer Töchter die Toiletten künftig wieder selbst betreut und unterhält. Die Veränderung könnte genutzt werden, um die unbefriedigende Situation der öffentlichen Toiletten in Köln zu verbessern.

Wir fordern aber nicht nur eine qualitative und quantitative Verbesserung der Toilettensituation. Diese Möglichkeit sollten wir auch nutzen, um ein neues Infrastrukturangebot für die

Bürgerinnen und Bürger der Stadt Köln zu ermöglichen. Wir würden es sehr begrüßen, wenn man das in Zeiten knapper Kassen durch einen günstigen Werbevertrag zusätzlich erreichen könnte. Wir sind nämlich der Auffassung, dass mit relativ geringem Aufwand die Einrichtung von Trinkwasserstellen an der Außenseite neu zu errichtender Toilettenanlagen möglich wäre. In vielen anderen Großstädten gibt es das Angebot, dass man im öffentlichen Raum Trinkwasser zur Verfügung gestellt bekommt. Insbesondere für ältere Menschen und gesundheitlich angeschlagene Leute ist das ein wichtiger Aspekt. Heiße Tage - Stichwort: Klimawandel - machen diese zusätzliche Infrastrukturmaßnahme für die Bevölkerung unserer Meinung nach absolut notwendig.

Zu den weiteren Punkten werde ich nachher im nichtöffentlichen Teil Stellung beziehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Weisenstein. - Herr Beigeordneter Höing, bitte.

Beigeordneter Franz-Josef Höing: Ich würde gerne in meiner Rolle noch einige Worte dazu sagen. Herr Börschel hat vorhin darauf hingewiesen, dass der Abschluss eines solchen Vertrages vor dem Hintergrund der langen Laufzeit für ein normales Ratsmitglied ein singuläres Ereignis in dessen Karriere ist.

(Martin Börschel [SPD]: Nur Herr Bacher macht das dreimal!)

Für einen normalen Stadtbaurat ist das auch ein singuläres Ereignis. Ich mache das jetzt zum zweiten Mal.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist nicht singulär! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie sehen gar nicht so alt aus!)

Ich kenne die Situation also schon ein bisschen. Wenn man sich mit einem solchen Thema so intensiv beschäftigt, sieht man eigentlich nur noch Werbung, wenn man durch die Stadt geht. Nachts schläft man nicht richtig gut, weil man denkt: Mit deiner Entscheidung, die du jetzt treffen musst, zerstörst du im Grunde die Stadt.

Damit will ich Folgendes sagen: Ich glaube, dass man die Kirche ein bisschen im Dorf lassen sollte. Werbung ist ein Teil der Stadtgestalt. Ich habe das in meiner Bremer Zeit erlebt. Dort haben wir uns auch gefragt: Wie viel verträgt eine Stadt? Wie markant sind dann die Elemente im Stadtraum sichtbar? Und siehe da: Trotz aller sehr heftigen Debatten - die mich jetzt wieder einholen, wenn ich Ihre Argumente höre - ist es nachher doch gar nicht so schlimm. Die Werbung verteilt sich dann im Stadtraum. Wir sind auch gehalten - das wollen wir über die Fachjury erreichen -, zu einem guten Design für Köln zu kommen. Ich glaube also, dass wir ein ausgewogenes Verhältnis der Werbeträger gefunden haben.

Ich will an dieser Stelle durchaus auch ein kleines Plädoyer für Werbung in der Stadt halten. Sie alle könnten sicherlich wie aus der Pistole geschossen einige Plätze in Europa oder auf der Welt nennen, die von Werbung leben und die wir deshalb aufsuchen, weil diese Werbung so ein markantes Element ist. Es gibt wiederum andere Plätze, die davon leben, dass dort überhaupt keine Werbung existiert. So ist es in Köln natürlich auch. Es gibt robustere Lagen, und es gibt sensible Lagen. Deshalb haben wir das Stadtgebiet auch aufgeteilt. Dabei haben wir nicht den Fehler gemacht, nur die zentralen Räume zu schützen. Vielmehr haben wir in jeden Stadtteil hineingeschaut und auch dort noch einmal die sensiblen Bereiche identifiziert und kartiert. Auch in diesen Räumen gehen wir mit großer Sensibilität mit Werbung um.

Es ist eine wichtige Entscheidung, die wir hier treffen. Wir sollten uns das nicht zu leicht machen. Das Portfolio, über das wir nachher vielleicht noch im Detail reden, ist aber ausgewogen. Ich glaube, dass die Stadt das vertragen kann. Wir haben auch - es wurde ja schon eine Prozentzahl genannt - mit der Werbung in dieser Stadt richtig aufgeräumt. Das kann man an dieser Stelle noch einmal mit aller Überzeugung formulieren. - Vielen Dank.

(Beifall von Martin Börschel [SPD])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Beigeordneter Höing. - Damit haben wir den öffentlichen Teil der Debatte unter diesem Tagesordnungspunkt beendet. Die weiteren Diskussionen werden wir im nichtöffentlichen Teil führen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.2:

10.2 Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Köln, Löschgruppe Dellbrück, mit angeschlossener Rettungswache am Standort Urnenstraße 7 hier: Baubeschluss 3825/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Frau Gordes.

Birgit Gordes (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Freundlicherweise hat Herr Stadtdirektor Kahlen dem Finanzausschuss die Unterlagen überlassen, die wir eingefordert hatten. Natürlich wäre es zukünftig hilfreich, wenn der Fachausschuss die Unterlagen hätte. Dann könnte er auch einen Beschluss fassen und müsste die Vorlage nicht ohne Votum weiterschicken.

Was Sie nicht zugestellt haben, ist der Fünfjahresplan über die im Feuerwehrbereich noch ausstehenden Sanierungen und Neubauten mit den jeweiligen Finanzplänen. Die Folgeaufwendungen für Unterhalt und Miete konnte ich der Unterlage auch nicht entnehmen. Sie können das ja freundlicherweise dem Ausschuss zur nächsten Sitzung überlassen.

Wir werden heute dieser Vorlage zustimmen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen diesen Beschlussvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Damit ist er gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

10.3 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Externe Bauwerksprüfung der unterirdischen Stadtbahnanlage und Hochbahn nach DIN 1076 4573/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

10.4 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz 0419/2013

Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.5:

10.5 Wirtschaftsplan 2013 für die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln 0459/2013

Ich sehe keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen der FDP. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltung von Herrn Hoffmann. Ansonsten ist der Wirtschaftsplan angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.6:

10.6 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 01.01.2011 - 31.12.2011 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln 0399/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Ebenfalls keine. Damit ist der Jahresabschluss einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.7:

10.7 Stadtbahnhaltestelle Bahnhof Deutz/Messe hier: Planungsbeschluss für die Erneuerung der Fliesen 0637/2012

Wir stimmen ab, wie im Verkehrsausschuss vorgeschlagen, Anlage 10.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist der Planungsbeschluss einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

10.9 Personalgestellung für die Überwachung Tunnel Grenzstraße in der provisorischen Tunnelleitstelle 0549/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Waddey, bitte.

Manfred Waddey (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Herr Höing, wir wollen nicht, dass wir jetzt einen langfristigen Vertrag ausschreiben, der dann möglicherweise über zwei Jahre bedient werden muss, obwohl wir in Bezug auf die kommende Tunnelleitstelle möglicherweise schon früher fertig sind. Wie sieht es mit den Beendigungsmöglichkeiten des Vertrages aus?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte schön.

Beigeordneter Franz-Josef Höing: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Herr Waddey, vielen Dank für die Frage. Wir haben sehr kurze Kündigungsfristen. Ihre Hoffnung ist ja, dass die Tunnelleitstelle schon bald fertig ist. Diese Hoffnung will ich ein bisschen bremsen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Die Hoffnung stirbt zuletzt!)

Nehmen wir aber einmal an, wir würden da jetzt unglaublich schnell vorankommen. Dann hätten wir die Möglichkeit, die Verträge sehr kurzfristig zu kündigen.

(Manfred Waddey [Bündnis 90/Die
Grünen]: Okay!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das ist so zu Protokoll genommen. Damit ist Ihre Frage auch beantwortet. - Vielen Dank.

Dann können wir zur Abstimmung kommen. Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Vorlage mit Mehrheit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

**10.10 AWB GmbH & Co. KG / Übernahme einer Ausfallbürgschaft durch die Stadt Köln
0626/2013**

Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann können wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Die Fraktion pro Köln ist dagegen. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

10.12 Sanierung und Umfeldgestaltung des VHS-Studienhauses am Neumarkt, Josef-Haubrich-Hof 2, 50676 Köln

**Baubeschluss
0455/2013**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion
und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen
AN/0384/2013**

Dazu gibt es eine Wortmeldung von Herrn Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte nur noch einmal auf den Zusatzantrag hinweisen, weil er eben erst umgedruckt worden ist. Er bezieht sich auch auf die gestern im Finanzausschuss geführte Diskussion. Es geht darum, die Verwaltung zu beauftragen, uns einen Vorschlag zu machen, wie der Raum unter den Arkaden, der unter Umständen vom Haus der Architektur Köln nachgefragt wird, einer rentierlichen Nutzung zugeführt werden kann. Damit das nicht vergessen wird, beantragen wir diese Ergänzung der Beschlussvorlage der Verwaltung.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Ich habe auch noch eine Frage an die Verwaltung. Aus dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft haben wir die Information bekommen, Herr Rummel, der Betriebsleiter, habe dort gesagt, man wolle die Arkade, bei der ursprünglich eine Nutzung durch das Haus der Architektur Köln - davon hat Herr Frank gerade schon gesprochen - vorgesehen war, gar nicht schließen. Hier heißt es immer: Ausbau. Das verstehe ich so, dass es im Rohbau verbleibt, aber geschlossen ist und man dann nach einer Vermarktungsmöglichkeit sucht. Es wäre mir schon wichtig, dass die Sache geschlossen wird und dort nicht ein offener Bereich bleibt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das ist unser Begehrt mit dem Antrag!)

- Ja, gut; darin steht ja nur etwas von Vermarkten. Ich meine, Herr Rummel habe im Betriebsausschuss gesagt, es werde nicht geschlossen. Deswegen möchte ich noch einmal klargestellt haben, dass es wirklich geschlossen wird.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die
Grünen]: Ja, das wollen wir auch!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nach der ursprünglichen Vorlage war es so, dass das nicht geschlossen werden kann. Jetzt gibt es aber einen Ergänzungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, in dem es darum geht, dass hier doch eine bauliche Vorkehrung getroffen wird, damit dieser Bereich in Zukunft auch rentierlich vermarktet werden kann.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Als Prüfauftrag?)

- Als Prüfauftrag.

Ralph Sterck (FDP): Entschuldigung, Herr Frank; das steht so nicht in Ihrem Antrag. Dort heißt es:

Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich einen Vorschlag zu unterbreiten, wie dieser Raum einer rentierlichen Nutzung zugeführt werden kann.

Das ist nicht das, was ich meine. Ich meine, dass es auf jeden Fall geschlossen werden soll. Dann kann man sich nachher immer noch Gedanken über die rentierliche Nutzung machen.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Dann fragen wir doch einfach einmal den zuständigen Beigeordneten.

(Ralph Sterck [FDP]: Das habe ich doch gemacht!)

Er wird uns das sicherlich erklären können. Wir sind uns doch einig, was wir wollen. Wenn der Beigeordnete das noch einmal bestätigen kann, wissen wir ja, was wir beschließen.

Beigeordneter Franz-Josef Höing: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrter Herr Frank, die Aussage ist richtig. Nach der bisherigen Vorlage war vorgesehen, dass wir es nicht schließen und nur das Raumprogramm der VHS dort unterbringen.

Ich habe Ihren Antrag - und auch Ihre Ausführungen, Herr Sterck - wie folgt verstanden: Schließt es bitte und sucht nach einer rentierlichen Nutzung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP - Karl-Jürgen Klipper

[CDU]: Wir müssen das aber erst einmal finanziell mit einem Preisschild versehen!)

- Das Preisschild müssen wir im Rahmen dieses Prüfauftrages dann noch nachliefern.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir wollen ja Einnahmen erzielen!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es wird ein entsprechender Vorschlag unterbreitet, das zu schließen und es auch rentierlich auf den Markt zu bringen. Dann muss das hier beschlossen werden. - Okay.

Dann können wir über diesen Vorschlag einschließlich des Ergänzungsvorschlags, den wir gerade gehört haben, abstimmen. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand? - Damit haben wir es so beschlossen. - Vielen Dank.

Zu Tagesordnungspunkt 10.13:

10.13 Betreuung und Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der offenen Ganztagsgrundschule Am Rosenmaar 4312/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

10.14 Besetzung des Unterausschusses Ganztags 0355/2013

Dazu sehe ich auch keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

10.15 Übernahme von Ausfallbürgschaften zugunsten der Kölner Sportstätten GmbH 0435/2013

Dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Gegen die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen zu:

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 190. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 7, Köln-Porz
Arbeitstitel: Schulstandort an der Berliner Straße in Köln-Porz-Westhoven hier: Feststellungsbeschluss 0475/2013

Ich sehe keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So angenommen.

Ich rufe auf:

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 58480/03
Arbeitstitel: Widdersdorf Süd (neu) in Köln-Widdersdorf, 3. Änderung „Erste Planungsstufe“
0493/2013

Ich sehe keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.2:

12.2 Beschluss über die Aufstellung und Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 7248/02
Arbeitstitel: Bergisch Gladbacher Straße/Steyley Straße in Köln-Holweide
4576/2012

Ich sehe keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Dagegen ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.3:

12.3 Beschluss über die Aufstellung und Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 7047/02
Arbeitstitel: Bezirkszentrum Wiener Platz/Frankfurter Straße in Köln-Mülheim
4594/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.4:

12.4 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 72377/03
Arbeitstitel: Heidelweg in Köln-Sürth
0314/2013

Ich sehe keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Dagegen sind die Fraktion der CDU und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das mit der eben genannten Mehrheit angenommen.

Wir kommen zu:

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs-/Durchführungs-/Fluchtlinienplänen

13.1 Aufhebung des Durchführungsplanes 70482/02 (7048 Sc 4/02)
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Adamsstraße in Köln-Mülheim
0339/2013

Ich sehe keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 13.2:

13.2 Aufhebung des Bebauungsplanes 70481/03 (7048 Sc 3/03)
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Regentenstraße in Köln-Mülheim
0351/2013

Ich sehe keine Wortmeldungen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 13.3:

13.3 Aufhebung des Durchführungsplanes 70479/07 (7046 Na/07)
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Biegerstraße in Köln-Mülheim
0354/2013

Ich sehe keine Wortmeldungen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist der Beschluss so gefasst.

Zu Tagesordnungspunkt 13.4:

13.4 Teilaufhebung des Bebauungsplanes 71481/04
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Mündelstraße in Köln-Mülheim
0365/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 13.5:

13.5 Teilaufhebung des Bebauungsplanes 71470/06 (7046 Nd/06)
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Arnsberger Straße in Köln-Buchheim
0375/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit so angenommen.

Wir kommen zu:

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine zweite Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Neustadt/Süd, Köln-Sülz
Arbeitstitel: Eifelwall in Köln-Neustadt/Süd; Köln-Sülz
0303/2013

Ich sehe keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig so angenommen.

Ich rufe auf:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.3 230. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
4641/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Gegenstimmen der Fraktion pro Köln. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. So beschlossen.

Dann kommen wir zu:

17 Wahlen

17.1 Wahl eines sachkundigen Einwohners und einer stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Soziales und Senioren
0309/2013

Auf Vorschlag des Caritasverbandes sollen Herr Peter Krücker als sachkundiger Einwohner und Frau Maria Hanisch als stellvertretende sachkundige Einwohnerin gewählt werden.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ist jemand dagegen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

17.2 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
0407/2013

Als Nachfolger für Frau Anja Ritzen soll Herr Michael van Dawen als stimmberechtigtes Mitglied gewählt werden.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

17.3 Entsendung von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohner in den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
0441/2013

Auf Vorschlag des Integrationsrates soll Herr Mevlüt Ekinci als sachkundiger Einwohner gewählt werden.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist er gewählt.

Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

17.4 Antrag der SPD-Fraktion hier: Benennung einer sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss Kunst und Kultur
AN/0370/2013

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion soll Frau Astrid Freudenberger als sachkundige Einwohnerin für den Ausschuss Kunst und Kultur gewählt werden.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist Frau Freudenberger gewählt.

Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

**17.5 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Gremienbesetzung
AN/0374/2013**

Dabei geht es um die Nachfolge von Herrn Zimmermann in verschiedenen Gremien.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

**17.6 Entsendung eines Mitglieds in den
Aufsichtsrat der GAG Immobilien AG
0936/2013**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Dann kommen wir zu:

**18 Genehmigung von
Dringlichkeitsentscheidungen gemäß
§ 60 Abs. 1 Satz 3 der
Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen**

**18.1 Bedarfsfeststellungsbeschluss:
Beauftragung einer externen
Projektsteuerung für das Bauvorhaben
Archäologische Zone mit Jüdischem
Museum
0709/2013**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Enthaltung bei der Fraktion Die Linke. Ansonsten ist das angenommen. - Vielen Dank.

Damit haben wir das Ende des öffentlichen Teils unserer heutigen Sitzung erreicht.

(Schluss: 20:29 Uhr)